



# Kryptowährungen

## Lassen sie sich zähmen?

Wildcat-Banking

Gerhard Senft

> 4

Scheitern als Chance

Werner Peters

> 12

Was ist  
Wirtschaftsphilosophie?

Gero Jenner

> 28

Währung und Wahrheit

Anton Winter

> 34



# HUMANE WIRTSCHAFT

## Für strukturelle Veränderungen

Die Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** wird vom gemeinnützigen „Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.“ mit Sitz in Essen herausgegeben.

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

**Gesell**  
**Dich doch dazu**

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

**Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.**

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <http://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de) oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

Die Seminarreihe „**Wirtschaft und Gesellschaft**“ geht weiter:

und am **21./22. April 2018** mit dem Thema:

**Auswirkungen einer Reform der Bodenordnung**

und am **26./27. Mai 2018:**

**Die Zukunft des Bildungswesens – frei von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz**

in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. (Details auf Seite 26 in dieser Ausgabe und online)

Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und Eckhard Behrens vom SffO e. V.

## Wilde Zeiten

Liebe Leserinnen und Leser,

Begriffe wie Freiwirtschaft, Freigeld und Freiland sind Ihnen geläufig. Freibanken oder besser gesagt „Free Banking“ eher nicht. Den Buchungsvorgang einer Geschäftsbank bei Vergabe eines Kredits bezeichnen manche Experten in Übereinstimmung mit Finanz-Lehrbüchern als Geldschöpfung, wengleich die Geldscheine einzig von der Zentralbank gedruckt werden dürfen. Das Drucken von Banknoten war im Gegensatz dazu ein wesentliches Merkmal der »Freibanken« in vergangenen Zeiten. Expertenstreit entflammt heutzutage an Nuancen der Ausgestaltung des Zusammenspiels der Zentralbank mit den Geschäftsbanken oder der Rangfolge einzelner Funktionen des Bargelds. Ob die Lösungsvorschläge für ein Geldsystem der Zukunft Vollgeld oder umlaufgesichertes Geld heißen: Am Staatsmonopol wird nicht gerüttelt. Im Gegensatz zum *Free Banking*.

Die unterschiedlichen geschichtlichen Phasen eines Bankwesens, die es regionalen Geschäftsbanken ermöglichte, Geld zu drucken, waren genauso vielgestaltig, wie das Design der in Umlauf gebrachten Scheine. Der damit verbundene Freiheitsdrang mit geringer staatlicher Einflussnahme basiert auf der Annahme, wonach Gesellschaftssysteme am besten funktionieren, wenn sie kleinteilig, selbstregulierend und -organisierend sind und auf Gerechtigkeit und Chancengleichheit beruhen. Michael Unterguggenberger, einstiger Bürgermeister der Geldwunderstadt Wörgl, hatte mit seinen Arbeitswertscheinen das Geld drucken erfolgreich in eigene Hände genommen, bis es ihm der Staatsmonopolist verbot. Das Aufsehererregende an diesem Experiment aus vergangenen Tagen war die mittels Klebmarken sinnlos gemachte Hortung der Scheine. Eine Finesse, die es beim *Free Banking* nicht gab.

Eine Bank in Michigan brachte zu Beginn des 19. Jahrhunderts Banknoten mit aufgedruckten Bildmotiven von Wildkatzen heraus. Das Geldhaus ging Pleite und es erwies sich, dass die umlaufenden Geldscheine nicht durch versprochene Sicherheiten gedeckt und damit wertlos waren. Die Bank hinterließ der Nachwelt den Begriff „*Wildcat-Banking*“, der in der Folge abwertend benutzt wurde, um zu signalisieren, dass von privaten Geschäftsbanken ausgegebene Währungen erhöhte Verlustgefahren bergen. Ermöglicht wurden die Free-Banking-Zeitphasen durch unterschiedliche staatliche Regulierung. Dementsprechend straff oder lasch war die Leine politischer Abhängigkeit der Institute, was wiederum Vor- und Nachteile zur Folge hatte. Dass sich am Ende die zentrale Geldschöpfung durchsetzte, erkennt man an allen heutigen Weltwährungen.

Spätestens seit der Bankenkrise 2008 schwindet das Vertrauen in die Bankenmacht und das Finanzwesen im Allgemeinen. »*Too big to fail*« wurde zum Synonym für eine Finanzwelt, die jegliche Bodenhaftung verlor. Seitdem nehmen Währungsneuschöpfungen zu. Neben einer Vielzahl regionaler und sektoraler Modelle entsteht eine ernstzu-

nehmende Kraft im Bereich der digitalen Währungen. Finanzinstrumente stehen unter staatlicher Aufsicht, nur wo genau die Trennlinien zu Transaktionsmedien mit unabhängigem Eigenleben verlaufen, lässt sich kaum ausmachen. Eine unkontrollierbar erscheinende Fülle an Zahlungsmitteln und Finanzdienstleistungsangeboten keimt auf, die mit dem allgegenwärtigen *Smartphone* mit Leichtigkeit handhabbar ist. Aufbauend auf einer um Vertrauen werbenden Struktur, der *Blockchain*-Technologie, schicken sich Kryptowährungen an, eine innovative Ära des freien Bankings einzuläuten. Die Funktion der Vermittlung zwischen Geldanlage und Kreditvergabe scheint dabei bedeutungslos zu werden. Das Konzept des Bitcoins mit einem Marktpreis in US-Dollar ist zu einem verpönten Spekulationsobjekt verkommen, sollte aber nicht dazu verleiten, die dahinterstehende Technologie samt seiner Zukunftsmöglichkeiten zu unterschätzen. Für einige Experten geht es längst nicht mehr darum, ob die Zukunft des Geldes digital und unabhängig von Monopolen ist, sondern nur noch, ab wann dezentrale Geldschöpfung auf breiter Front zur Normalität wird. Wie ist es einzuschätzen, wenn der EZB-Präsident Draghi vor Bitcoin warnt, aber im gleichen Atemzug das Potenzial der Blockchain-Technologie als zukunftsweisend erklärt? Geht er, der oberste Währungshüter des Euro davon aus, dass die Geldemission zentral bleibt und sich der modernen Digitaltechnik bedient, um Vertrauenswürdigkeit herzustellen?

Das wesentliche Potenzial von *Blockchain* liegt in der Unabhängigkeit von den Schwächen monopolistischer Machtkonzentrationen und deren Einflussnahme auf das Gesamtsystem. Draghis Äußerungen deuten an, dass man die aufkommende Technik durch Regulierung unter hoheitliche Kontrolle bringen will. Dieses Ansinnen ist hinsichtlich des sich entwickelnden Gefüges von Kryptowährungen paradox.

Wir leben in einer Phase politischen wie ökonomischen Umbruchs bahnbrechenden Ausmaßes. Noch in einem Stadium steckend, das Wissen und Erfahrung von Geldreformern gefragter denn je erscheinen lässt. Die Gelegenheit, aufkommende Entwicklungen von Beginn an mitzugestalten, bekommt man nicht alle Tage.

Herzlich grüßt Ihr

Andreas Jangemann



# INHALT



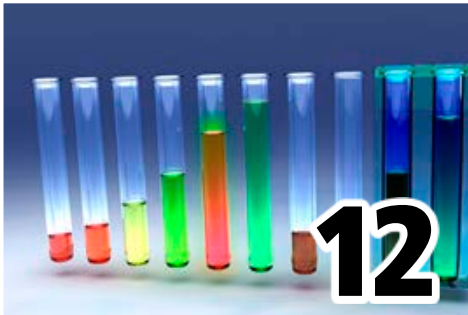
4



16



23



12



20

Adressdaten unserer Geschäftsstelle:

**HUMANE WIRTSCHAFT**

Luitpoldstr. 10

91413 Neustadt a. d. Aisch

Tel.: (09161) 87 28 672

Fax: (09161) 87 28 673

E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de)

## Free Banking in Geschichte und Gegenwart ..... 4 Gerhard Senft

Die Zentralbanken drucken das Geld. Sie versorgen über das Bankensystem alle Wirtschaftsteilnehmer mit Geldscheinen. Andere Lösungen wurden praktiziert und theoretisch durchdacht. An der Schwelle zur digitalen Welt des Geldes gewinnen diese Experimente wieder an Bedeutung.

## Anmerkungen zur Quantitätstheorie ..... 16 Robert Mittelstaedt

Ein immerwährender geldtheoretischer Zankapfel verschiedener Volkswirtschaftsschulen. Manche Theorien bauen auf ihr auf. Andere lehnen sie als falsch ab. Der im Januar verstorbene Autor beschäftigte sich im Zusammenhang mit freiwirtschaftlichen Geldreformen damit.

## 61. Mündener Gespräche ..... 11 Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

Ein echtes Zukunftsthema: Europa und der EURO.

## Wie wollen wir wirtschaften? ..... 20 Dietrich Heißenbüttel

Diese wichtige Zukunftsfrage stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung in Stuttgart. Ein Bericht.

## Keine Experimente – Scheitern als Chance ..... 12 Werner Peters

Im Hickhack um die Regierungsbildung in Deutschland galt in allen Parteien eine Lösung als verpönt, die angesichts des Wahlergebnisses ein gangbarer Weg wäre: eine Minderheitsregierung. Welche Vorzüge hätte sie und welche Chancen böten sich für die Weiterentwicklung der Demokratie?

## New Narratives 2 in Stuttgart ..... 22 Terminhinweis des Veranstalters

## 5. Internationale Summer School ..... 23 Günther Jedliczka

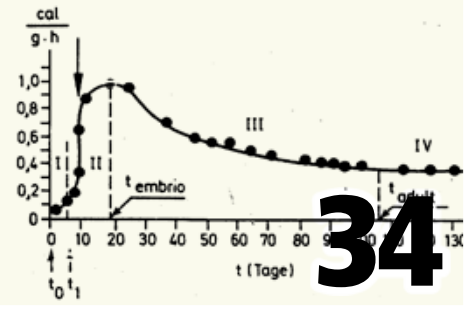
Die HUMANE WIRTSCHAFT vergibt ein Stipendium.

## Mutlos und halbherzig ..... 13 Pat Christ

Es ist an sich schon ein Alarmsignal, wenn ein modernes Wirtschaftssystem mit massiven Menschenrechtsproblemen zu kämpfen hat. Richtig bedenklich wird es allerdings, wenn sich Vereinbarungen selbst auf nationaler Ebene als Papiertiger erweisen.

**Ende der Bewerbungsfrist: 31. März!**  
Jetzt unbedingt bewerben!

## Termine 2018 ..... 24 Unsere Termine, wie immer in der Heftmitte.



TITELBILD:

## I don't $\Xi$ ther

Idee: Andreas Bangemann  
0x71559467bFAab47270f048F29D2F0AfE41fbc743

Umsetzung: Martin Bangemann  
0x3D5D58dAA55FeE1f7e4451Ca9A26c00Cc045f46E



### Grundlagenseminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ 26 Terminhinweis der Redaktion

Ein Kursangebot für alle, die immer schon wissen wollten, was es mit den wichtigsten Fragen zum Thema Wirtschaft auf sich hat. Die Auftaktveranstaltung Anfang November war ein vielversprechender Einstieg. Jetzt anmelden für die kommenden Termine.

### Eden: zur Aktualität der Reformgedanken 27 Dietrich Heißenbüttel

In der Gartenbausiedlung tut sich etwas. Und Silvio Gesells Reformen spielen dabei eine Rolle.

### Was ist Wirtschaftsphilosophie? 28 Gero Jenner

Wenn Ergebnisse und Auswirkungen sich partout nicht mit den Vorstellungen der wissenschaftlichen Vordenker vereinbaren lassen, rücken philosophische Leitplanken in den Fokus. Was kann man in Bezug auf das Wirtschaften von ihnen erwarten und was nicht?

### Währung und Wahrheit 34 Anton Winter

Analogien können bei der Analyse von Systemen hilfreich sein, wenn es gilt Fehlern, die womöglich ganz zu Beginn gemacht wurden auf die Spur zu kommen. Im Falle von Wirtschaften und Währungsfragen bietet sich ein Ausflug in die Biologie an.

### Im Jahre 1 nach Trump 41 Werner Peters

Bei einem Menschen, der durch Wort und Tat Anlass gibt, voyeuristisch aufs Detail zu schauen, verliert man schon mal das große Ganze aus dem Blick. Das sollte aber nicht zur Gewohnheit werden. Denn ein Jahr Trump hat mehr zu bieten als die Interpretationen von Tweets.

### Leserbriefe 47

### Impressum – Kontakt – Shop 48

# Gesell

## Dich doch dazu

# Free Banking in Geschichte und Gegenwart<sup>[1]</sup>

## Das Jahrhundert der Vermischung

Gerhard Senft

<sup>1</sup> Einleitung des Herausgebers Gerhard Senft zum Buch "Wildcat-Banking" – Materialien zur monetären Gestaltungsfreiheit

*Seit dem Hereinbrechen der globalen Wirtschaftskrise 2008 ist vieles in Bewegung geraten. Der Diskurs über monetäre Themen hat sich spürbar intensiviert. Zu keiner Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg war die Innovationshäufigkeit auf dem Geld- und Finanzsektor derart hoch wie in den vergangenen zehn Jahren (wobei die abenteuerlich anmutende „Produktvielfalt“ des Bankensektors hier natürlich nicht gemeint ist). Die Idee eines gezielt eingesetzten Negativzinses, vor nicht allzu langer Zeit noch milde belächelt, ist in der ökonomischen Realität angekommen. Nachdem immer mehr Menschen finanzieren wollen, was ihnen gefällt, erfährt das Crowdfunding wachsenden Zuspruch. Ein wahres Rauschen im Blätterwald hat jedoch der Aufstieg der Kryptowährungen ausgelöst. Besonders ins Blickfeld geriet in dem Zusammenhang der Bitcoin. Als digitale Währungseinheit entstand der Bitcoin verbunden mit dem Ziel, ein von Zentral- und Geschäftsbanken bzw. sonstigen Intermediären unabhängiges elektronisches Zahlungssystem zu schaffen (König 2015). Erstmals vorgestellt wurde das Konzept 2008 von einer Person bzw. einer Gruppe mit dem Pseudonym Satoshi Nakamoto in „Bitcoin: A Peer-to-Peer Electronic Cash System“. Die Geldschöpfung erfolgt hierbei durch so genanntes „Mining“, indem mittels Computer komplexe Rechenoperationen ausgeführt werden. Das System basiert auf einem dezentralen Peer-to-Peer-Netzwerk, ähnlich dem, das bereits im Rahmen der Musiktauschbörse Napster zum Einsatz gekommen war. Durch eine spezielle Software ist es den teilnehmenden Personen möglich, untereinander auf Dateien ihrer Rechner zuzugreifen.*

.....

**E**ine wesentliche Neuerung stellt die Blockchain-Technologie dar (Hilger 2015, 36 f.). Hierbei handelt es sich um ein kryptografisches Verfahren, das unveränderbare, laufend aktualisierte Aufzeichnungen sowie sichere Überweisungen gewährleistet.

Man kann sich die Blockchain als eine lange Kette von Daten vorstellen, die durch das Errechnen neuer Blöcke beständig anwächst und die unter den am Prozess der Geldschöpfung beteiligten Clients verteilt wird. Sämtliche Bitcoin-Transaktionen, die jemals in dem Netzwerk getätigt wurden, sind in der Blockchain enthalten. Die Datenübertragung erfolgt zwischen den handelnden Personen codiert, sodass keine Identität preisgegeben wird. Voraussetzung für die Nutzung von Bitcoins ist, sich über eine entsprechende Software ein „Wallet“ anzulegen. Der Bitcoin ist handelbar, auch ein Umtausch in herkömmliches Papiergeld ist möglich, wobei sich der Kurswert aus Angebot und Nachfrage ergibt. Vorteile der digitalen Währung sind, dass sie, die Währung, einen raschen, kostengünstigen, direkten und sicheren Austausch ermöglicht und dass sie von der Ausgabemenge her limitiert ist, da durch die zunehmende Komplexität der Rechenoperationen beim Schöpfungsprozess eine natürliche Grenze gesetzt ist. Sie unterliegt damit einem Inflationsschutz, ähnlich wie es bei einem Edelmetall gegeben ist.

Abseits aller theoretischen Erwägungen zeigt die Verbreitung des Bitcoin, dass es ohne zentrale Autorität möglich ist, neues Geld in Umlauf zu bringen und den Zahlungsverkehr zu regeln. Mittlerweile haben sich mehr als 100.000 Unternehmen weltweit für eine Nutzung des Bitcoin entschieden (Maier 2017, 32). Auch zahlreiche artähnliche Cyberwährungen – einen Höhenflug erlebte innerhalb eines Jahres bis Mitte 2017 etwa der Ether – haben sich in Stellung gebracht (Huber 2017, 40 f.). Besorgte Stimmen wenden gegenüber dem 2009 online gegangenen Bitcoin-Netzwerk ein, dass es kriminelle Aktivitäten fördere und die Spekulation anheize. Derartige Vorbehalte sind nur schwer nachzuvollziehen. Niemand würde nach der Sprengung und Entleerung eines Geldausgabegerätes während einer Nacht-und-Nebel-Aktion daran denken, nun sämtliche Bankomaten aus dem

Verkehr zu ziehen. Und: zur Spekulation ist vieles geeignet, sogar die unscheinbare Tulpenzwiebel, wie uns die niederländische Wirtschaftsgeschichte des frühen 17. Jahrhunderts lehrt. Das Gewächs selbst hat die Spekulationsblase übrigens unbeschadet überstanden. Manche der Abwehrhaltungen erinnern an vormoderne Geistesverfassungen, die im Gelde grundsätzlich eine Ausgeburt der Hölle erkennen wollen. Geld ist aber kein Teufelswerk, sondern ein bewährtes Medium des Austauschs in Wirtschaft und Gesellschaft. Natürlich ist bei allem Vorsicht geboten, was extremen Kursschwankungen ausgesetzt ist. Zu berücksichtigen bleibt jedoch, dass vieles im Zusammenhang mit den Kryptowährungen noch in den Kinderschuhen steckt und dass die Verbreitung der Blockchain-Technologie eben erst begonnen hat. Experten sind sich darüber einig, dass Bitcoin und Co. in der Zukunft nicht verschwinden, sondern an Bedeutung massiv zulegen werden (Urschitz 2017, 21).

### Kritik an der zentralen Geldschöpfung



Das Bankensystem gilt als das Herz einer Volkswirtschaft. Es hat nicht nur dafür zu sorgen, dass das Geld an jene Stellen gelangt, wo es am ertragreichsten zum Einsatz kommt, sondern dass es auch dort ankommt, wo es am meisten gebraucht wird. Dass dies nicht immer der Fall ist, zeigte das Beispiel Griechenlands, das als Folge der internationalen Finanzkrise in die Schuldenfalle geraten war. Als klar wurde, dass Athen das gesamte Volumen der Ausstände nicht mehr zu stemmen imstande ist, sollten Kredite und Anleihekäufe verschiedener Euro-Länder Entlastung bringen. Der Start der „Rettungsaktion“ verlief jedoch mehr als holprig, der reichlich spät durchgesetzte „Schuldenschnitt“ erwies sich als halbherzige Maßnahme. Doch das Schlimmste von allem: Anstatt dem geplagten Land eine rasche Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermögli-

chen, ließen sich die Gläubigerstaaten die „Hilfe“ teuer bezahlen. Um wie vieles günstiger wäre es für Griechenland gewesen, auf die von den Kreditgebern geforderten Programmauflagen – die die griechische Realwirtschaft nachweislich schädigten – zu verzichten und die eigenen wirtschaftlichen Kräfte mittels einer neben dem Euro installierten Parallelwährung zu mobilisieren? Derartige Konzepte existierten bereits in der Schublade, doch die Gegnerschaft der beteiligten zentralistisch agierenden Institutionen erwies sich als zu mächtig.

Es ist schon auffällig, wie rasch die Einwände gegenüber einer dezentralen Geldemission auf dem Tisch landen, während die Kritik an der Rolle der Zentralbanken stets verhalten geübt wird. Immerhin sind Zentralbanken große Monopolbetriebe, die die Gold- und Devisenreserven der Länder verwalten, die das Münzen und Drucken monetärer Mittel organisieren und die Aufgaben der Geld- und Währungspolitik abdecken. So sehr jedoch die Spitzen der Zentralbanken über Einflussmöglichkeiten verfügen, so zweifelhaft und intransparent ist oft ihr Handeln (Prollius 2011, 17 ff.). Zusammenkünfte der Spitzenbanker erfolgen regelmäßig, hinsichtlich Terminplanung und Inhalt der Gespräche gibt es jedoch keinerlei Information nach außen. Nationalbanken unterliegen im Normalfall keiner Kontrolle durch die Gesellschaft. Dementsprechend untergeordnet sind soziale Anliegen. Im Wesentlichen vertritt die Zentralbankführung die Interessen der beteiligten Gruppen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg von einer Labour-Regierung verstaatlichte „Bank of England“ wurde knapp vor der Jahrtausendwende reprivatisiert, ebenso die „Banque de France“, die mit der Durchsetzung der *Planification* (Stichwort: Vierjahres-Pläne) in den späten 1940er Jahren in benevolente öffentliche Hand übernommen worden war. In den Vereinigten Staaten steht das „Federal Reserve System“ (FED) unter der Kontrolle ihrer Mitgliedsbanken, die Aktien der „Banca d’Italia“ werden von einigen Dutzend Kreditinstituten und Versicherungen gehalten.

Zu den Kernaufgaben der Zentralbanken gehört die Sicherung der Stabilität im ökonomischen Geschehen. Dennoch ist mitunter das genaue Gegenteil zu beobachten (White; Selgin 2000). Immerhin haben es die Zentralbanken in der Hand,

durch frisch in den Verkehr gebrachte monetäre Mittel eine Geldschwemme und entsprechende Kaufkraftverluste auszulösen oder umgekehrt eine Geldverknappung mit der Folge deflationärer Prozesse einzuleiten. Restriktionen in der Geldpolitik bzw. eine Geldverteuerung führen zu konjunkturellen Problemen bis hin zu Rezession, Börseneinbrüchen und steigenden Arbeitslosenraten. Nicht selten waren Zentralbanken federführend an der Entstehung von Finanz- und Wirtschaftskrisen beteiligt. Als graue Eminenzen der Wirtschaftspolitik beeinflussen führende Zentralbanker wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Sie sind aber niemandem gegenüber haftbar bei Fehlentscheidungen – d. h. sie sind verantwortungslos im wahrsten Sinn des Wortes.

Die negativen Beispiele, die ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte offeriert, sind zahlreich. In der krisenhaften Zwischenkriegszeit tendierte Viktor Kienböck als Chef der „Oesterreichischen Nationalbank“ klar zu einer Politik des knappen Geldes und verhinderte damit eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung, bis der Glaube an die Lebensfähigkeit der kleinen Alpenrepublik erlosch und das Land im Jahr 1938 „anschlussreif“ war (Senft 2002, 284 f.). Als sich in den USA in den 1970er Jahren die Geldentwertung zu einem Inflationgalopp auswuchs, verzichtete die Notenbank FED auf rechtzeitig gesetzte bremsende Maßnahmen (Forbes; Ames 2014). Unmittelbar nach der Jahrtausendwende setzte der Gouverneur der „Bank of England“, Mervyn King, alle Hebel in Bewegung, um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu verhindern. Zeitgleich förderte er den Ausbau der Londoner City als deregulierten Finanzplatz, an dem die Zockerei immer riskantere Formen annehmen konnte (Aldrick 2013). Bevor die Wirtschaftskatastrophe 2008 hereinbrach, gab es genug Stimmen, die vor Spekulationsblasen im Immobilienbereich warnten (Bernau 2008). Dennoch verhielten sich die maßgebenden Zentralbanker still und blieben betont untätig. Diverse Skandale und Skandalchen verfestigten das düstere Sittenbild. An dieser Stelle wäre etwa auf die „Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruckerei“ hinzuweisen, die zwischen 2005 und 2011 in eine Schmieregeldaffäre verstrickt war (Graber 2014). Bekannt geworden ist auch die Mitwisserschaft der britischen Zentralbank im Zuge der

Zinsmanipulationen verschiedener Geschäftsbanken im Jahr 2008 (Hosp 2012). Als besonders unappetitlich erwiesen sich die Insidergeschäfte an der Spitze der Schweizer Zentralbank 2011 (Henckel 2012).

## Autonome Geldschöpfung in der Geschichte



Vorbehalte gegenüber einem Notenmonopol waren lange Zeit verbreitet und sie begünstigten die Durchsetzung der Methode des Free Banking in verschiedenen Ländern. In Schottland begann 1716 eine Free-Banking-Ära, die mehr als ein Jahrhundert andauern sollte (Checkland 1975). Nachdem regulierende Maßnahmen weggefallen waren, wurde es einfachen Geschäftsbanken möglich, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. Vorgegeben war nur, dass die ausgegebenen Noten entsprechend einer „commodity currency“ partiell durch reale Vermögensbestände gedeckt sein mussten. Das Ergebnis zeigte sich im Ganzen zwar durchwachsen, überwiegend aber mit positiven Effekten versehen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts reduzierte ein Bankencrash die Zahl der Geldinstitute etwa auf die Hälfte, jedoch wurde die erzeugende Wirtschaft dadurch nicht beeinträchtigt. Der Wettbewerb zwischen Bankbetrieben verhinderte Zinsabsprachen, sodass das Investitionsklima angeregt wurde. Aus einem ärmlichen landwirtschaftlichen Produzenten wurde ein industrialisiertes Land mit einem ausgeprägten Finanzsektor. 1820 setzten wieder schärfere regulierende Maßnahmen ein, die die Zahl der Noten ausgebenen Banken reduzierten. Die verbleibenden Institute wurden privilegiert und gerieten damit zunehmend in politische Abhängigkeit, sodass die Abwehrkräfte gegenüber einer weiteren Zentralisierung schwächer wurden. Mit dem „Peel Act“ von 1845 wurde die Periode des Free Banking in Schottland beendet.

Für den Weg der dezentralen Geldschöpfung entschieden sich in der Folge auch andere Länder: England (1826-1845), die Schweiz (1826-1907), Schweden (1871-1903) und Kanada (1867-1935). Auch im postrevolutionären Frankreich wurde kurzzeitig auf die Methode des Free Banking zurückgegriffen (Dowd 1992, 133 ff.). Zunächst war versucht worden, dem öffentlichen Sektor mittels „Assignaten-Wirtschaft“ ein stabiles finanziel-

les Fundament zu verschaffen. Assignaten waren Interims- und Anwartscheine auf vom Staat beschlagnahmte Kirchen- und Adelsgüter, die mit fünf Prozent verzinst waren, und die als Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht wurden. Bis Mitte der 1790er Jahre sollten die staats-eigenen Güter verkauft und die Assignaten vernichtet werden. Das Experiment lief jedoch aus dem Ruder, nachdem die Assignaten-Druckerei ungebremst als Notenpresse missbraucht worden war und die Scheine bald nur noch ungedecktes Papiergeld darstellten. 1795 wurde das inflationäre Chaos beendet und der Geldsektor auf neue Beine gestellt. Nach der Beseitigung der zentralistischen Strukturen im Geldbereich erhielten zahlreiche Banken die Möglichkeit, eigene Währungseinheiten herauszugeben. Erst Napoleon, dessen Kriegspläne unabhängige Geldemittenten nicht zuließen, gab der „Banque de France“ 1803 das Banknotenmonopol wieder zurück.

In den USA hatte es zwei frühe Versuche zur Etablierung einer Zentralbank gegeben (Scheffler 1908, 90-92, 93-95). Mit ihrer Gründung 1791 übernahm die „*First Bank of the United States*“ die Aufgaben der Geld- und Kreditschöpfung sowie die Organisation des Abgabewesens und Zahlungsverkehrs. Die verbreitete Skepsis gegenüber einer derart mächtigen Institution blieb jedoch bestehen. 1811 wurde das Mandat der Notenbank nicht mehr erneuert. 1817 konnte die „*Second Bank of the United States*“ ihren Betrieb aufnehmen, doch mit jeder Krisenerscheinung und mit jedem Korruptionsvorwurf nahm die Zahl ihrer Gegner zu. Die restriktive Politik der Zentralbank schädigte die Realwirtschaft und verstärkte die Kluft zwischen Nord- und Südstaaten. Nach Ablauf ihres Mandats 1836 waren die Einzelstaaten hinsichtlich der Geld schöpfenden Aktivitäten wieder sich selbst überlassen. 1838 hob der Staat New York die rechtlichen Beschränkungen für die Notenausgabe auf, andere Bundesstaaten folgten dem Beispiel. Auf eine öffentliche Kontrolle wurde dennoch nicht verzichtet. Eine Bankkonzession wurde nur vergeben, wenn bestimmte Auflagen erfüllt waren. Dazu gehörte die Hinterlegung staatlicher Obligationen, deren Wertgehalt etwa der Höhe der angestrebten Notenzirkulation entsprechen sollte, bei einer Aufsichtsbehörde. Am Vorabend des Sezessionskrieges waren in den USA

7.000 bis 9.000 unterschiedliche Banknoten, emittiert von rund 1.500 Geldinstituten, in Umlauf (Galbraith 1978, 197 f.). Während des Bürgerkrieges von 1861 bis 1865 wurden erste Schritte zur Vereinheitlichung der Geld emittierenden Aktivitäten gesetzt (Nussbaum 1957, 100-127). In der Folge gewannen die zentralistischen Kräfte weiter Oberwasser, sodass in den USA kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein neues Zentralbankensystem ohne großen Widerstand implementiert werden konnte.

### Historische Koordinaten der „Geldanarchie“ in den USA

Die Vereinigten Staaten stellten im 19. Jahrhundert einen besonders fruchtbaren Boden für Regulierungsinnovationen dar, wobei bei den Befürwortern des Free Banking besonders die Einflüsse der englischen und französischen Nationalökonomie zum Vorschein kamen. Eine entscheidende Grundlage hatte der Schotte Adam Smith geliefert, indem er die Arbeit als Quelle des Wertes beschrieb. Sein Nachfolger David Ricardo entwickelte die Arbeitswertlehre weiter zu einem umfassenden Modell und schuf damit eine Grundlage zu ihrer subversiven Umdeutung. Im Zuge ersten Aufbegehrens der Arbeiterschaft gegen die Zumutungen der kapitalistischen Ökonomie in Großbritannien um 1820 verbreitete sich der Gedanke: Wenn die Arbeit die Quelle allen Wohlstandes ist, dann sollte auch über die Verteilung des Wohlstandes eingehend diskutiert werden. Im Raum stand insbesondere die Frage, warum gerade jene Gruppe, die am unmittelbaren Produktionsgeschehen nicht teilnimmt und nur die Kapitalprofite abschöpft, ein besseres Dasein führt als die in den Fabriken malochenden Arbeiterinnen und Arbeiter.

In den entstehenden Gewerkschaftsvereinen erhielten nun die sogenannten Links-Ricardianer ein besonderes Gewicht. William Thompson formte die Arbeitswertlehre zu einer Mehrwerttheorie um – Karl Marx sollte später darauf zurückgreifen –, Robert Owen bemühte sich um konkrete Projekte zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft (Owen 1820/2002). Mit der Gründung von Warenbörsen in London und in Birmingham, in denen Produkte gegen ein eigens herausgegebenes Arbeitsgeld („*Labour Notes*“) getauscht wurden, versuchte er ein auf geleisteten Arbeitsstunden ba-

sierendes Handelssystem in Gang zu bringen („*Equitable Labour Exchange*“). Owen war ursprünglich selbst Fabrikbesitzer gewesen. Bevor er 1825 in die Vereinigten Staaten ging, verkaufte er jedoch sein Unternehmen. In der Neuen Welt angelangt, gründete er die genossenschaftlich konzipierte Kolonie „*New Harmony*“. Das Experiment hatte keine allzu lange Lebensdauer, aber seine genossenschaftlichen Ideen verbreiteten sich in der Folge rasch um den Erdball.

Im Hinblick auf ein kollektives und auf einen Ausgleich bedachtes Wirtschaften war in den USA auch der französische Sozialist Charles Fourier bedeutsam. In den 1840er Jahren gewann er eine beachtliche Anhängerschaft, die seine Modellvorstellung der Phalanstères (Arbeits- und Lebensgemeinschaften) aufgriff und in die Realität umzusetzen versuchte. Ein anderer Franzose, der in den USA breit rezipiert wurde, war Jean-Baptiste Say. Sein „Lehrbuch der praktischen Politischen Ökonomie“ („*Cours complet économie politique pratique*“, 1828/30) war in der amerikanischen Ausgabe eine Art Bibel der Schulökonomie bis in die Zeit des Bürgerkrieges. Der Grundgedanke des Free Banking findet sich bei ihm bereits vorformuliert. Jean-Baptiste Say: „*Jeder Privatmann kann einen gewöhnlichen Schein unterschreiben und ihn als Zahlung für eine Ware geben, wenn der Verkäufer ihn an Geldes statt annehmen will. Dieser Verkäufer kann wiederum, wenn er eine andere Ware kauft, den Schein als Zahlung geben. Der zweite Erwerber kann ihn zu dem selben Zwecke einem Dritten übergeben. So zirkuliert also ein ausgestellter Schein: Er dient dem, der verkaufen will, er dient dem, der kaufen will, er versieht den Dienst einer Geldsumme.*“ (Say 1845, 2, 163). Von entscheidendem Einfluss war ab Mitte des 19. Jahrhunderts Pierre-Joseph Proudhon. Sein auf dem Prinzip gegenseitiger Unterstützung basierendes Programm des Mutualismus (lat. *mutuus* = Gegenseitigkeit, Wechselseitigkeit) erwies sich nicht nur als kompatibel mit den Konzepten anderer frühsozialistischer Denker, es enthielt zudem wesentliche Neuerungen („*Programme Révolutionnaire*“, 1848). Proudhons Vorschläge hinsichtlich eines Tauschbankensystems sahen die gleichrangige Zusammenführung von Arbeitserzeugnissen und monetären Mitteln vor. Zielsetzung war, dem Gelde die Vorzugsposition im ökonomischen



Geschehen zu nehmen und gleichzeitig den Produktionsfaktor Arbeit aufzuwerten. Proudhons antimonopolistischer Zugang förderte die Rezeptionsbereitschaft in den USA hinsichtlich seiner Lehre ebenso wie der Umstand, dass er eine nichtkapitalistische Geld- und Kreditordnung beschrieb, die dem System kleiner Land-Banken glich, das sich unmittelbar nach der Amerikanischen Revolution von 1776 herausgebildet hatte.

Aufnahme fanden die Anregungen aus Europa vor allem in jenen Sozialmilieus, in denen ein radikaler intellektueller Nonkonformismus gepflogen wurde. Innerhalb dieser Kreise engagierte man sich gegen die Sklaverei, überlegte Schritte zu einer nachhaltigen Friedensordnung, machte sich Gedanken über eine fortschrittliche Frauenpolitik, trat gegen Prüderie und restriktive Sexualnormen auf und bekämpfte die Ausbeutung der Arbeiterschaft in den Produktionsstätten. Einflussreich wirkte in diesem Umfeld die Gruppe der sogenannten Transzendentalisten, der die Pädagogin Elizabeth Palmer Peabody, die Publizistin und Feministin Margaret Fuller oder Ralph Waldo Emerson, dessen programmatischer Text „Nature“ (1836) für viele ein Erweckungserlebnis im Hinblick auf ein neues Umweltbewusstsein bedeutete, angehörten. Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang ist der „Eremit aus Concord“, Henry David Thoreau, dessen gedanklicher Ansatz des zivilen Ungehorsams („The Resistance to Civil Government“, 1849) gegenüber der Staatsmacht bis heute immer wieder aufgegriffen wird. Der auf der humanistisch geprägten Religion des Unitarismus basierende Transzendentalismus war in den USA unter dem Einfluss von Immanuel Kant und verschiedenen anderen Denkern Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden. In einer Reihe von Schriften wurde über den Begriff der Freiheit reflektiert, wobei Freiheit nicht allein als Abwesenheit von Zwang, sondern als Chance für die eigene Selbstverwirklichung betrachtet wurde. Über den Weg der „Selbstreform“ sollte zu einer Vervollkommnung des Menschengeschlechts gefunden werden. Walt Whitman, ein wichtiger Abkömmling des Transzendentalismus, trat als scharfer Kritiker der in den Vereinigten Staaten herrschenden politischen und sozialen Verhältnisse auf. In seiner 1871 erschienenen Schrift „Demo-

cratic Vistas“ thematisierte er die Unterordnung allen Daseins unter die Kapitalverwertungszwänge und forderte eine egalitäre demokratische Kultur und Gesellschaft.

Die Freiheit und Unabhängigkeit der Person fördern sollten insbesondere Projekte, die eine Neuorganisation der Arbeit in Verbindung mit autonomer Geld- und Kreditschöpfung zum Ziele hatten. Die hierbei zugrunde liegenden Gedanken fasst Voltairine de Cleyre so zusammen: *„Alle Grundgüter sollen durch Geld repräsentiert werden, das durch Personen beliebig emittiert werden kann; auf natürliche Weise werden Einzelpersonen hervortreten, die ihre Sicherheiten bei Banken hinterlegen und im Gegenzug Banknoten akzeptieren; da diese Geldmittel der Arbeit entsprechen, die in der Produktion erbracht wurde, und sie in ausreichender Menge ausgegeben werden (weil es keine Geschäftsbeschränkungen gibt, steigt die Zahl der Banken, wobei der Wettbewerb zunimmt und es zu einer strukturellen Eliminierung des Zinses kommt), würde der Tauschverkehr sich frei entfalten, die Güter würden zirkulieren, Geschäfte aller Art würden angeregt und, da die staatliche Privilegierung von Innovationen (Stichwort: Patente) wegfielen, würden ständig neue Industrien entstehen, die Unternehmer würden den Arbeitskräften nachjagen statt die Arbeitskräfte den Unternehmern, die Löhne würden sich dem Wert der individuellen Produktion anpassen und beständig hoch bleiben. Endlich würde es zu einer breiten Eigentumsbildung kommen, echtes Eigentum könnte entstehen, etwas, das heute nicht existiert, weil niemand den Gegenwert seiner Leistung erhält.“* (Cleyre 1901, übersetzt durch G. S.).

Als ein Vordenker der geldreformistischen Richtung wirkte Edward Kellogg („Labor and Other Capital“, 1833). Sozialphilosophische Grundlagen lieferte James Dilworth, der die Emissionsfreiheit als ein Naturrecht beschrieb (Dilworth 1897/2016). Wesentliche Impulse erhielt die Free-Banking-Debatte in den USA im 19. Jahrhundert u. a. durch die Konzepte von Josiah Warren, Stephen Pearl Andrews, William Greene, Lysander Spooner, Ezra Haywood und Benjamin Tucker. Die meisten der Genannten verstanden sich als gewaltfreie individualistische Anarchisten, wobei ihr Erscheinungsbild oft an den knorrigten So-

zialtypus der Pioniertage erinnerte. In der Phase des Bürgerkrieges waren sie natürlich auf der Seite der Abolisten, zugleich war ihnen aber auch klar, dass die machthungrigen Eliten der Nordstaaten gegenüber der Lohnsklaverei in den Fabriken oder gegenüber einem kapitalistischen Wachstum keine Vorbehalte hatten. Die Gruppe von Warren bis Tucker repräsentierte eine Graswurzel-Bewegung, deren Einflüsse weit über ihr Wirkungsfeld und ihre Zeit hinausreichten (Kuhn 2008, 8-11). Im 20. Jahrhundert sollten sich auch ein Laurance Labadie oder Anhänger der Berliner Schule der Geldreform auf sie berufen. Über alle diese „hidden figures“ soll der vorliegende Band Auskunft geben.

### Versuch einer Einschätzung

Die Beseitigung des Monopols im Bereich des Geldwesens hat zur praktischen Folge, dass jede Person und jede Gruppe für sich und andere monetäre Mittel herstellen und in Umlauf bringen kann. Als unerwünschter Nebeneffekt einer dezentralen Geldordnung wird häufig das Problem des „wildcat banking“ angeführt. Hugh Rockoff definiert eine „wildcat bank“ als einen Bankbetrieb, der Noten in einem größeren Volumen ausgibt, als er kontinuierlich einzulösen imstande ist (Rockoff 1975, 5). In den USA wurde der Begriff „Wildkatzen-Bank“ lange Zeit als Synonym für eine Schwindelbank verwendet. „Wildkatzen-Banken“ waren jene Geldinstitute, die in entlegenen Gebieten angesiedelt einer verminderten öffentlichen Kontrolle unterworfen waren. Nach Ezra Heywood besteht der schlechte Ruf der „Wildkatzen-Banken“ jedoch zu Unrecht. Vor allem ortet er in der Diskussion einige Totschlagargumente, die das Konzept des Free Banking insgesamt zu diskreditieren versuchen (Heywood 1875, 18-20). Auch James Dilworth lässt eine gewisse Gelassenheit erkennen. Er ist überzeugt, dass die Noten einer Bank, die ihrer Einlöseverpflichtung unzureichend oder gar nicht nachkommt, rasch aus dem Verkehr verschwinden würden, da sie ohnehin niemand mehr annimmt (Dilworth 1897/2016, 205 f.). Autoren wie Hugh Rockoff vertreten die Position, dass die Schäden auf dem Gebiet des Geldwesens durch das Versagen von Regierungen *Summa summarum* größer gewesen seien als die durch ein Marktversagen hervorgebrachten negativen Effekte (Rockoff 1975). Ruft man sich die

Inflationskatastrophen in Europa im 20. Jahrhundert in Erinnerung, scheint ihm die Geschichte durchaus recht zu geben.

Hinsichtlich der Vorteile eines Free-Banking-Systems wird angeführt, dass es zu einem insgesamt wirtschaftsfreundlicheren Klima beiträgt (Rodewald 2005, 11). Die freie Geldemission fördere die Innovationsneigung und wirke durch geringere Zinsmargen investitionsanregend. Dies würde auch Sektoren begünstigen, die für Anleger meist weniger attraktiv sind; zu denken wäre hier etwa an Umweltausgaben. Insgesamt könne durch die freie Geldemission die Grundlage für eine erhöhte konjunkturelle Stabilität erzeugt werden. Dem Argument,

dass Free-Banking-Systeme weniger anfällig für systemweite Paniken seien als ein Geldausgabemonopol, ist ebenfalls einiges abzugewinnen. Dadurch, dass auf die Funktion eines Lender of Last Resort verzichtet wird, kann von einer erhöhten monetären Stabilität ausgegangen werden. Wer sich darüber im Klaren ist, dass er im Ernstfall nicht gerettet wird, verfährt in seiner Geschäftsgebarung vorsichtiger. Schließlich wird noch ein politisches Argument häufig eingebracht: Formen einer dezentralen Geldschöpfung seien von Staaten weniger leicht unter Kontrolle zu bringen, sodass jede Rüstungsfinanzierung erschwert und damit die Basis für friedlichere Verhältnisse geschaffen wird.

Von den Gegnern des Free Banking wird ins Treffen geführt, dass freie Geldschöpfung sehr wohl zu einer wirtschaftlichen Instabilität beitragen könne, wenn es zu einer Überemission kommt. Finanzkrisen oder Monopolisierungstendenzen seien ebenfalls nicht auszuschließen. Das Risiko von Investitionen in unfruchtbare Sektoren mit der Folgewirkung einer Kreditklemme bleibe ja weiter bestehen. Der Wettbewerb könne zum Ergebnis haben, dass ein Platzhirsch der Bankenszene immer mehr Anteile an sich zieht und sich damit zu einem dominierenden Faktor im gesamten ökonomischen Geschehen entwickelt. Aus einzelwirtschaftlicher Sicht werden vor allem die

### Quellenangaben:

- Aldrick, Philip (2013):** „Sir Mervyn King attacks EU Financial Transaction Tax“, in: The Telegraph, May 15, 2013, <http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/banksandfinance/10059424/Sir-Mervyn-King-attacks-EU-financial-transaction-tax.html> [18. Sept. 2017].
- Bernau, Patrick (2008):** „Die Welt hört nie auf die Untergangspropheten“, in: Frankfurter Allgemeine, 1. November 2008, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/finanzkrise-die-welt-hoert-nie-auf-die-untergangspropheten-1727322.html> [18. September 2017].
- Checkland, Sidney G. (1975):** „Scottish Banking: A History“, 1695-1973, Glasgow.
- Cleyre, Voltairine de (1901):** „Anarchism“, in: Free Society, Chicago, October 1901, Panarchy. A Gateway to Selected Documents and Web Sites, <https://www.panarchy.org/voltairine/anarchism.html> [18. September 2017].
- Dilworth, James A. B. (2016):** „Free Banking: A Natural Right“ (1897), Norderstedt.
- Douthwaite, Richard J. (1999):** „The Ecology of Money“, Dartington.
- Dowd, Kevin (1992):** „The Experience of Free Banking“, London - New York.
- Forbes, Steve; Ames, Elisabeth (2014):** „Geld: Die nächsten 5000 Jahre“, München.
- Galbraith, John K. (1978):** „Die Tyrannei der Umstände“, München.
- Gesell, Silvio (2008):** „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1916), in: *Gesammelte Werke, Band 11, Lütjenburg*.
- Gesell, Silvio (1995):** „Der abgebaute Staat“ (1927), in: *Gesammelte Werke, Band 16, Lütjenburg, 252-347*.
- Graber, Renate (2014):** „Sieben Verurteilungen und zwei Freisprüche“, in: Der Standard, 3. Oktober 2014, <http://derstandard.at/200006339254/OeBS-Prozess-Urteilam-Freitag-erwartet> [28. August 2017].
- Hayek, Friedrich A. von (1976):** „Choice in Currency: A Way to Stop Inflation“, London.
- Hayek, Friedrich A. von (1977):** „Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel“, Tübingen.
- Heywood, Ezra H. (1875):** „Hard Cash: An Essay to Show That Financial Monopolies Hinder Enterprise and Defraud Both Labor and Capital; That Panics and Business Reversions, Caused by Arbitrary Interference with Production and Exchange, Will Be Effectually Prevented Only Through Free Money“, Princeton.
- Henckel, Elisalex (2012):** „Insider-Affäre bringt Nationalbank-Chef zu Fall“, in: Welt N24, 9. Januar 2012, <https://www.welt.de/wirtschaft/article13806461/Insider-Affaere-bringt-Nationalbank-Chef-zu-Fall.html> [28. August 2017].
- Hilger, Alexander (2015):** „Freies Marktgeld vs. Zentralbankgeld. Einführung in alternative Geldkonzepte“, Norderstedt.
- Hosp, Gerald (2012):** „Vom Referenzzinssatz zum Skandalwert“, in: Neue Züricher Zeitung, 20. Dezember 2012, <https://www.nzz.ch/vom-referenzzinssatz-zum-skandalwert-1.17899662> [28. August 2017].
- Huber, Manfred (2017):** „Etherum. Der irre Run aufs Kryptogeld“, in: e-media, August 2017 (17) 8, 40 f.
- König, Aaron (2017):** „Bitcoin – Geld ohne Staat: Die digitale Währung aus Sicht der Wiener Schule der Volkswirtschaft“, München.
- Kuhn, Gabriel (2008):** „Anarchismus in den USA“, in: Ders. (Hg.): „Neuer Anarchismus‘ in den USA. Seattle und die Folgen“, Münster, 7-43.
- Lietner, Bernard A. (2001):** „Die Welt des Geldes“, Würzburg.
- Maier, Martin (2017):** „Bitcoin & Co.: Mein erstes Kryptowährungs-Portfolio“, in: „Gewinn. Das Wirtschaftsmagazin für Ihren persönlichen Vorteil“, Februar 2017 (36) 2, 28-32.
- Nussbaum, Arthur (1957):** „A History of the Dollar“, New York.
- Owen, Robert (1820):** „Labour as a Standard of Value“, in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 28-30.
- Prollius, Michael von (2011):** „Geldfreiheit statt Geldsozialismus!“, in: „Espero. Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“, Dezember 2011 (18) 70, 17-22.
- Rockoff, Hugh (1975):** „The Free Banking Era: A Re-examination“, New York.
- Rodewald, Sandra (2005):** „Wettbewerb in der Geldemission. Die Auswirkungen von Nichtdiskriminierung auf die konjunkturelle Stabilität eines Free Banking-Systems“, Hamburg.
- Say, Jean-Baptiste (1845/46):** „Ausführliches Lehrbuch der praktischen Politischen Ökonomie“, Reihe: Die Nationalökonomien der Franzosen und Engländer, übersetzt und herausgegeben von Max Stirner, 1.-4. Band, Leipzig.
- Scheffler, Johannes (1908):** „Das Geldwesen der Vereinigten Staaten von Amerika im 19. Jahrhundert“, Strassburg.
- Senft, Gerhard (2002):** „Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934 bis 1938“, Wien.
- Urschitz, Josef (2017):** „Wie viel ist ein Bitcoin wirklich wert?“, in: Die Presse, 4. Juni 2017, 21.
- White, Lawrence H.; Selgin, George (2000):** „Why Private Banks and Not Central Banks Should Issue Currency, Especially in Less Developed Countries“, in: Library of Economics and Liberty, April 19, 2000, <http://www.econlib.org/library/Features/feature3.html> [18. September 2017].

mangelnde Fälschungssicherheit und die vermehrten Betrugsmöglichkeiten problematisiert. Ein System, das auf die Herausbildung qualitativ wertvoller Geldeinheiten unter Wettbewerbsbedingungen setzt, komme im Endeffekt teurer als ein Notenmonopol, da die Erkennung und die Aufdeckung von Fälschungen mit erhöhten Informations- und Transaktionskosten verbunden sei (Rodewald 2005, 33).

Gegen die Qualitätsunsicherheit innerhalb einer kompetitiven Geldordnung wurde mittlerweile ein Bündel von Maßnahmen entwickelt. So könnten interne Garantien, etwa die von der Geldschöpfenden Bank übernommene Verpflichtung, die ausgegebenen Noten bei Bedarf in ein allgemein anerkanntes Tauschmedium einzulösen, eine erforderliche Vertrauensbasis herstellen. Auch eine Versicherung oder ein Fonds könnten für Gewährleistungsansprüche genutzt werden. Ein anderer Vorschlag geht dahin, dass sich Emittenten entsprechend dem Prinzip der Gegenseitigkeit bereit erklären, fremde Noten im Austausch gegen eigene zu akzeptieren. Aus solchen Kooperationen könnten Bankenzusammenschlüsse entstehen, die in einem weiteren Schritt die Reservehaltung einer Dachvereinigung übertragen, einer „Bank der Banken“ bzw. einem „Clearinghouse“ (Rodewald 2005, 18, 29, 188 ff.). Es gibt also ausreichend Möglichkeiten, innerhalb eines Free-Banking-Systems für eine entsprechende Verlässlichkeit der monetären Mittel zu sorgen. Banken, die sich um Seriosität bemühen, werden sich einen guten Ruf erwerben, damit ihre Beliebtheit steigern und erfolgreich wirken. Wirtschaftliche Stabilität ist nicht unbedingt auf gesetzliche Regelungen, auf Regierungs- und Bürokratenmaßnahmen angewiesen.

### Einige abschließende Hinweise

Die Methode der autonomen Geldemission hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Zugkraft gewonnen. Neu aufgeflammt war die Free-Banking-Diskussion in den 1980er Jahren, als hohe Inflationsraten und zunehmende Arbeitslosigkeit das Bild der Weltwirtschaft verdüsterten. Als prominentester Befürworter einer Währungskonkurrenz trat Friedrich A. Hayek auf. Abweichend von den gängigen Auffassungen der Österreichischen Schule der National-

ökonomie hatte Hayek 1976 seinen Vorschlag zur „Wahlmöglichkeit im Währungsbereich“ (Hayek 1976) veröffentlicht und damit eine Plausibilitätsdebatte angeregt. Es gelang ihm, wesentliche Einwände der Gegner des Free Banking zu entkräften. Entgegen der Argumentation etwa, dass bei freier Geldschöpfung sehr hohe Informationskosten zu erwarten seien, äußerte er die Einschätzung, dass die Massenmedien alle notwendigen Informationen kostenlos bereitstellen werden (Hayek 1977, 38). Mit der Entwicklung des Internet, zu Zeiten Hayeks noch in den Kinderschuhen, ist die Informationsbeschaffung noch mehr vereinfacht worden. Allerdings ging Hayek davon aus, dass sich mit dem im Wettbewerb beständigsten Gelde auch eine Art natürliches Monopol (verbunden mit dem Goldstandard) durchsetzen könne. Diese Vorstellung war weder mit den ursprünglichen Free-Banking-Ansätzen in Einklang zu bringen, noch entsprach sie dem Gresham'schen Gesetz (Thomas Gresham: „schlechtes“ Geld verdrängt „gutes“; vgl. Hayek 1977, 136).

Ebenfalls an Stellenwert gewonnen haben seit den 1980er Jahren die gedanklichen Ansätze Silvio Gesells, dessen Idee eines Negativzinses im Österreich der frühen 1930er Jahre lokale Erprobung erfahren hatte (vgl. den Beitrag von Claude Bourdet in diesem Band). Wie Greene oder Tucker gilt Gesell als ein Abkömmling der Proudhon-Schule. Um dem Geld die Monopoleigenschaften zu nehmen, sollten die monetären Mittel einer dem Warenschwund und den Lagerspesen entsprechenden Entwertung unterliegen. Geld mit Schwundfaktor liefert der Wirtschaft, so Gesells Überzeugung, in Krisenphasen das benötigte Aufschwungpotenzial. Damit sollten der Austausch von Arbeitsprodukten und Dienstleistungen besser vermittelt, der Aufwand für die Nutzung von Kapital minimiert und die Seite der Arbeit insgesamt begünstigt werden. Gesells Ziel war eine monetäre Ordnung, die für die kapitalistische Geldakkumulation und für groß angelegte spekulative Manöver ungeeignet ist. In seinem 1916 erschienenen Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ wollte Gesell die entsprechenden Schritte zur Umgestaltung des Geldsektors noch durch eine zentrale Institution, durch ein sogenanntes Währungsamt einleiten lassen (Gesell 1916/2008). Allerdings ließ

er später, in „Der Abgebaute Staat“, seiner letzten größeren Schrift, Überlegungen zu einer Vielfalt unterschiedlicher Tauschmittel einfließen (Gesell 1927/1995).


Die in Wörgl unter der Bezeichnung „Arbeitswertschein“ in Umlauf gebrachte lokale Geldeinheit hat bis heute eine zentrale Vorbildfunktion. Zurzeit ist von einem Bestand mehrerer Hundert unterschiedlicher Regionalwährungen weltweit auszugehen, wobei die modernen Technologien eine zunehmende unterstützende Wirkung entfalten. Die regionale Bindung des Zahlungsmittels gewährleistet die wirtschaftliche Vernetzung in einem überschaubaren Rahmen, sorgt für mehr Transparenz im Geldverkehr und bietet den Vorteil der Kreditschöpfung ohne Inanspruchnahme der Finanzmärkte. Meist sind die Regionalwährungen konvertibel zur Landeswährung gestaltet, als Deckung dient das Leistungsversprechen, wobei häufig „geldpolitische“ Maßnahmen zur Steuerung der Umlaufgeschwindigkeit zum Einsatz kommen.

Als ein wichtiger Vertreter des Konzepts der Regionalwährung gilt heute der belgische Ökonom Bernard Lietaer, der als Mitarbeiter der Belgischen Zentralbank tätig und maßgeblich an der Einführung des ECU (ein Vorläufer des Euro) beteiligt war. Er sieht das Monopolsystem heute kritisch und zeigt sich überzeugt, dass das Geldwesen grundlegend auf neue Beine zu stellen ist. Die Phase der geografischen Lösungsansätze, die das System vergangener Jahrhunderte einfach nur auf eine multinationale Ebene zu bringen versuchen, sieht er als abgeschlossen. Nun gelte es, Lösungen zu entwickeln, die das Strukturproblem des bestehenden Geldsystems im Fokus haben. Konkret plädiert Lietaer für ein aus mehreren Währungen bestehendes „Ökosystem“ (mindestens zwei pro Land), wobei er anregt, zusätzlich eine Metawährung als eine Art Weltgeld zu etablieren. Lösungen kämen bereits heute direkt aus der Gesellschaft, indem Nutzerinnen und Nutzer beginnen, neue Währungen herauszugeben, die als Gemeingut gemanagt werden. Die Blockchain-Technologie, so Lietaer, ändere das Paradigma fundamental. Die von Banken als Schuldgeld in die Welt gesetzten monetären Mittel hätten damit ausgedient (Lietaer 2001).

Unter den Vertretern eines differenzierten Währungssystems ist Richard Douthwaite hervorzuheben. Der irische Ökonom und Umweltaktivist war als Statistiker im öffentlichen Bereich tätig und er unterrichtete an zahlreichen Universitäten, etwa an der renommierten „London School of Economics“. Douthwaite sah sich in der Nachfolge von John M. Keynes und Irving Fisher, die bereits in der Zwischenkriegszeit die Dysfunktionalität des herrschenden Geldsystems thematisiert hatten. Um die Basis für eine stabile und nachhaltige Ökonomie zu erreichen, zeigte sich Douthwaite überzeugt, müsse der gesamte Sektor der Zahlungsmittel radikal umstrukturiert werden. Douthwaites Vorstellungen laufen darauf hinaus, das Geldwesen in unterschiedliche Aufgabenbereiche zu entflechten, wobei er konkret ein mehrstufiges Währungssystem vorschlägt. Zum einen sollte neben den herkömmlichen nationalen Währungen eine internationale Recheneinheit eingeführt werden. Wo nationale Währungen Defizite aufweisen, sollte ein Ausgleich durch regionale Zahlungsmittel geschaffen werden, sodass es zu einer besseren Nutzung bestehender lokaler Ressourcen kommt und unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit vermindert wird. Schließlich sollten nach Douthwaite auch noch spezielle Währungen für bestimmte Zwecke zum Einsatz kommen, etwa für das Ziel einer ökologischen Modernisierung. Jede Geldform, so Douthwaite, bringe unterschiedliche Effekte in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im Umweltbereich hervor. Da es ausgeschlossen sei, mit einer Geldvariante alle Erfordernisse abzudecken, müssten un-

terschiedliche Geldeinheiten zeitgleich genutzt werden. Douthwaites Endziel ist ein Wirtschaftssystem, für das es keine Katastrophe bedeutet, wenn sich einmal das Wachstum vermindert oder ausbleibt (Douthwaite 1999).

Die vorgestellten Regulierungsinnovationen wenden sich explizit gegen den Satz, dass es keine Alternative zum heute vorherrschenden Wirtschaftssystem gibt. Wie in anderen Sektoren stellt sich letztlich aber auch im ökonomischen Bereich die Machtfrage. Unter den Krisenbedingungen der letzten Jahre ist es deutlich sichtbar geworden: Wenn es zu Interessenkonflikten kommt, gewinnt stets das Finanzsystem. Dies sollte in alle künftigen Überlegungen hinsichtlich der Gestaltung des wirtschaftlichen Umfeldes einfließen, ebenso wie die Einsicht, dass das Geldsystem ein wichtiger Bestandteil des sozialen Raumes ist, der eine breite Mitgestaltung notwendig macht. Die Cyberwährungen haben diesbezüglich bereits Wege aufgezeigt. Bitcoin und

Co. haben mittlerweile den Sprung vom Spielgeld zum ökonomisch relevanten Faktor geschafft. Auf weitere Entwicklungen dürfen wir gespannt sein. 

**Zum Autor**

Prof. Ing. Dr. Gerhard Senft M.A.



Jahrgang 1956, lebt und arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler und Historiker in Wien. Zuletzt erschienen von ihm: „Häresie und Antiökonomie. Auf den Spuren der Ergokraten.“, Monte

Verita, Wien 2015. • „Oyte kapitalismos, oyte kommounismos – O Silbio Gezel kai to eleutheriako montelo tes eleytheres oikonomias“ („Weder Kapitalismus noch Kommunismus - Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft“), Ekdoseis Trope, Athen 2008. • „Pierre-Joseph Proudhon – Handbuch des Börsenspekulanten“, Reihe: Politik aktuell, Band 8, LIT-Verlag, Berlin-Münster-Wien-Zürich-London, 2009.

E-Mail: [gerhard.senft@wu.ac.at](mailto:gerhard.senft@wu.ac.at)



**Hinweis:** Der hier vorliegende Text ist die Einleitung von „Wildcat Banking“, erschienen im Verlag Max Stirner-Archiv, edition unica Leipzig. (s. hier)

Gerhard Senft (Hrsg.) – Benjamin Tucker u. a.: „WILDCAT-Banking – Materialien zur monetären Gestaltungsfreiheit“; Verlag: Max Stirner-Archiv / edition unica; Leipzig 2017; 127 Seiten; 20,5 cm x 10 cm; flexibler Einband; € 12,50 ISBN 978-3-933287-99-1 [http://shop.humane-wirtschaft.de/Senft\\_WB](http://shop.humane-wirtschaft.de/Senft_WB)

**Weiterführende Literatur:**

- Borsodi, Ralph (1972):** „The Escondido Memorandum“ in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 202 f.
- Förtsch, Olga (2011):** „Handbuch zur Geldemission für jedermann. Ideen, Strukturen, Verfahren“, Weimar.
- Glasner, David (1989):** „Free Banking and Monetary Reform“, Cambridge.
- Gorton, Gary B. (2015):** „The Maze of Banking: History, Theory, Crisis“, Oxford.
- Jefferson, Thomas (1813):** „Should We have Banks?“, in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 55-60.
- Kennedy, Margrit (2006):** „Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand (mit Bernard A. Lietaer)“, München.
- Klein, Benjamin (1974):** „The Competitive Supply of Money“, in: „Journal of Money, Credit and Banking“, November 1974 (6) 4, 423-453.
- Lakomaa, Erik (2007):** „Free Banking in Sweden 1830-1903: Experience and Debate“, in: „The Quarterly Journal of Austrian Economics“, Summer 2007 (10) 2, 25-44.
- Neldner, Manfred (1998):** „Lessons from the Free Banking Era in Switzerland: The Law of Adverse Clearings and the Role of the Non-Issuing Credit Banks“, in: „European Review of Economic History“, December 1998 (2) 3, 289-308.
- Polleit, Thorsten; Prollius, Michael von (2014):** „Geldreform. Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld“, München.
- Riegel, Edwin Clarence (1954):** „The Valun System“, in: Boyle, David (2002): „The Money Changers: Currency Reform from Aristotle to E-Cash“, London, 199-201.
- Rolnick, Arthur J. (1982):** „The Free Banking Era: New Evidence on Laissez-Faire Banking“, Minneapolis.
- Selgin, George A. (1988):** „The Theory of Free Banking. Money Supply Under Competitive Note Issue“, Lanham.
- White, Lawrence H. (1984):** „Free Banking“ in „Britain: Theory, Experience and Debate 1800-1845“, Cambridge.
- White, Lawrence H. (1992):** „Competition and Currency: Essays on Free Banking and Money“, New York.



# „Wie weiter mit Europa und dem Euro?“

## 61. Mündener Gespräche vom 10. bis 11. März 2018 in Wuppertal

Terminhinweis der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

*Nach der Katastrophe zweier Weltkriege sollte zunächst im Westen und nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 auch im Osten ein „Gemeinsames Haus Europa“ entstehen. Und der Euro sollte als Gemeinschaftswährung die Menschen in vielen Ländern Europas wirtschaftlich eng miteinander verbinden.*

Inzwischen sind die hohen Erwartungen einer allgemeinen Ernüchterung gewichen: Die bürgerferne Bürokratie in Brüssel weist beträchtliche Demokratiedefizite auf. Und die Austeritätspolitik, die als alternativloser Weg zur Stabilisierung der hoch verschuldeten Länder an der Peripherie Europas dargestellt wurde, hat durch ihre Einseitigkeit deren schwere wirtschaftliche Krise nur verschärft und verlängert. Zerfallserscheinungen wie der Brexit, das Wiedererstarken von Nationalismus und Separationsbewegungen zeigen: das große europäische Friedensprojekt ist ins Wanken geraten. Wie also soll es weitergehen mit Europa und dem Euro?

Diese Frage lässt sich nicht beantworten, ohne mit zu bedenken, dass wir als Europäer nicht allein auf der Welt sind. Europa darf keine Festung werden, die gegenüber dem Rest der Welt die Fehler traditioneller nationalstaatlicher Politik fortsetzt. Exportsubventionen und Importzölle gehören da zu den offensichtlichsten Fehlleistungen.

Im Laufe von 500 Jahren ist die ganze Welt zuerst durch koloniale Machtssysteme und dann durch neokoloniale Abhängigkeiten in Unordnung geraten. Die heutigen Flüchtlingsströme nach Europa sind auch darauf zurückzuführen. Eine glaubwürdige Fluchtursachenbekämpfung könnte in einem ernsthaften Bestreben bestehen, das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord

und Süd und innerhalb Europas durch eine gerechte Wirtschaftsordnung zu überwinden und überall auf der Welt für gleiche Lebenschancen einzutreten. Das klingt heute noch utopisch, aber kein Geringerer als der berühmte britische Ökonom John Maynard Keynes hat bereits während des Zweiten Weltkriegs Grundlagen für eine gerechtere und friedlichere Weltwirtschafts- und Währungsordnung gelegt, an die wir bei dieser der Zukunft Europas gewidmeten Tagung erinnern wollen.



Weitere Informationen und Programm zum Download: <https://t1p.de/MueGe>

Übernachtung/Verpflegung im Tagungshaus buchbar. Alle Infos dazu im Internet unter: <https://t1p.de/Anm-61MueGe>

Tagungsgebühr: **25,- €**

### Tagungsort:

Silvio-Gesell-Tagungsstätte  
Schanzenweg 86  
42111 Wuppertal

Tel.: **0 20 53 - 42 37 66**

Fax: **0 20 53 - 42 37 99**

E-Mail: [ab@sgt-wuppertal.de](mailto:ab@sgt-wuppertal.de)

Homepage: <http://sgt-wuppertal.de>

Ansprechpartner: **Andreas Bangemann**

### Das Programm *(Änderungen vorbehalten)*

#### Samstag, 10. März 2018

- 9:15 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**  
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude
- 9:30 Uhr **Europa neu denken und gestalten**  
Dipl. Ing. Stefan Padberg, Sprecher des AK Europa von Mehr Demokratie e. V., Wuppertal
- 10:45 Uhr **Kaffeepause**
- 11:00 Uhr **Deutschlands Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der Exportüberschüsse, des Euro und der aktuellen Bodenpolitik**  
Dr. Max Danzmann und Dr. Wolfgang Freitag, Frankfurt/M.
- 12:30 Uhr **Mittagspause**
- 14:30 Uhr **Was läuft falsch in der Euro-Rettungspolitik?**  
Frank Schäffler, Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion, Berlin und Porta Westfalica
- 16:00 Uhr **Kaffeepause**
- 16:30 Uhr **Der Euro: Zurück in die Zukunft?**  
Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier / Umwelt-Campus Birkenfeld
- 18:00 Uhr **Abendessen**
- 20:00 Uhr **Zeit für informelle Gespräche**

#### Sonntag, 11. März 2018

- 9:15 Uhr **Europa und die Welt – Nationale Parallelwährungen und Keynes' Bancor-Plan**  
Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin
- 10:15 Uhr **Kaffeepause**
- 10:45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12:30 Uhr **Ende der Tagung**

**Die 62. Mündener Gespräche finden am 27. und 28. Oktober 2018 in Wuppertal statt.  
Thema: „Zukunft des Bargelds – Abschaffung oder Reform?“**

# Keine Experimente – Scheitern als Chance



Werner Peters

*Keine Experimente – mit diesem Wahlspruch führte die CDU im Jahre 1957 ihren Bundestagswahlkampf und fuhr das traumhafte Ergebnis von über 50 Prozent der Stimmen ein.*

*Dieser Aufruf, eigentlich mehr eine Warnung, hat offensichtlich damals bei den Deutschen einen Nerv getroffen, der auch noch heute sehr aktiv und reizbar ist. Wie anders lässt es sich erklären, dass die Idee einer Minderheitsregierung, die angesichts der verfahrenen Gemengelage nach der Wahl, dem Ausstieg der FDP aus den Koalitionsverhandlungen und dem kategorischen Entschluss der SPD zur Erneuerung in der Opposition die vernünftigste Lösung wäre, in dem immer stärker anschwellenden Rufen nach Stabilität und festen Verträgen unterging.*

*Der Deutsche hat offensichtlich Angst vor politischen Experimenten und sucht Schutz im Gewohnten, auch wenn die Alternative ein Kompromiss auf dem kleinsten Nenner ist, bei dem alle wirklich relevanten Probleme ausgeklammert oder in die Zukunft verschoben werden.*

Ein Blick zurück zeigt die gefährliche Nebenwirkung von einer Politik der Vermeidung von Experimenten. Vier Jahre nach dem traumhaften Wahlergebnis von 1957 stürzte die CDU ab und läutete mit der erzwungenen Abdankung des wie selbstverständlich eine vierte Amtsperiode anstrebenden Langzeitkanzlers Adenauer (auch eine ominöse Parallele zur heutigen Situation?) ihren Niedergang ein, der mit dem Verlust der Regierung bei der übernächsten Wahl durch eine SPD/FDP-Koalition besiegelt wurde, die sich mutig den damals drängenden politischen Problemen und Fragen stellte, vor allem der Entkrampfung des Ost/West-Verhältnisses.

Selbst bei sehr wohlwollender Beurteilung der beabsichtigten Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und SPD ist von einem mutigen Aufbruch und einem

Bemühen, Zukunft zu gestalten, nichts zu spüren. Symptomatisch für das „Weiter so wie bisher“ ist die gleich zu Beginn der Sondierungsgespräche verkündete „Einigung“ darauf, das Klimaschutzziel für 2020 aufzugeben, da man es sowieso nicht erreichen könne, ein Eingeständnis des Versagens der bisherigen Koalition aus SPD und CDU, das offensichtlich auch die Zukunft bestimmen wird. Während selbst so konservative Länder wie Großbritannien einen Kohleausstieg für 2025 verkünden und sogar China sich, wenn auch für später, ein solches Ziel setzt, wird dieses Thema in den Sondierungsgesprächen sorgsam vermieden. Wenn man schon aus Angst vor der Kohlelobby einknickt, hätte vielleicht die Einführung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auch auf deutschen Autobahnen, wenn sie auch nur einen kleinen Beitrag zum Klimaschutz leisten würde, einen Hinweis darauf gegeben, dass man bereit ist, um großer Ziele willen mutige Schritte nach vorn zu tun.

## Minderheitsregierung als Befreiungsschlag parlamentarischer Demokratie



Während die Weiterführung der Koalition der Wahlverlierer SPD und CDU außer der scheinbar so grundlegenden Stabilität einer Regierungsmehrheit sich inhaltlich ohne Substanz und ohne Fortschrittswillen zeigt, hat sie auch gefährliche Nebenwirkungen für die demokratische Kultur in Deutschland. Neben der zunehmenden Frustration der Bürger über eine in den großen, drängenden Fragen gelähmten Politik hat die Große Koalition auch schädliche Auswirkungen auf den Parlamentarismus. Durch den Eintritt der SPD in die Regierung wird die AfD zur größten Oppositionsfraktion mit all den Privilegien, die damit verbunden sind, insbesondere dem Recht, als erste im Bundestag auf die Erklärungen der Regierung zu antworten. Die SPD betont unter anderem ihre staatsbürgerliche Verantwortung als einen wichtigen Grund, eine Regierungsmehrheit zustande zu bringen.

Wäre es nicht auch eine staatsbürgerliche Verantwortung, der AfD die Rolle als Sprecherin der Opposition zu verweigern?

Das „Experiment“ einer Minderheitsregierung hätte dagegen den Parlamentarismus aufgewertet und die Demokratie gestärkt. Man hat sich inzwischen so daran gewöhnt, dass Regierungsbildungen mit sogenannten Koalitionsvereinbarungen verbunden werden, in denen im Detail festgelegt wird, was die Abgeordneten der Regierungsparteien im Laufe der Legislaturperiode zu beschließen haben. Es fällt schon nicht mehr auf, dass hier eine Perversion der parlamentarischen Demokratie stattfindet: Eine kleine Gruppe von Führungskräften, die zum Teil nicht einmal dem Bundestag angehören (Beispiel: NRW-Ministerpräsident Laschet) berät und beschließt das zukünftige Gesetzgebungsprogramm, wobei es oft zu grotesken Entwicklungen kommt, wenn die Abgeordneten eine von ihnen als unsinnig empfundene „Herdprämie“, wie in der vorletzten Legislaturperiode, oder eine „Ausländer-Maut“ absegnen müssen, weil der Koalitionsvertrag und die Fraktionsdisziplin es nicht zulassen, dass die Regierung mit einem Gesetzesvorschlag nicht durchkommt.


Eine Minderheitsregierung würde wie ein Befreiungsschlag für die parlamentarische Demokratie wirken. Die Regierung müsste sich zwar für jedes ihrer Vorhaben eine Mehrheit suchen, aber genau das ist doch ihre Aufgabe, die Abgeordneten davon zu überzeugen, dass ihr Vorhaben sinnvoll und nützlich ist. Es würde das Parlament von dem lähmenden Automatismus befreien, dass die Initiativen der Regierung (die von der Führungsriege der Parteien im Koalitionsvertrag festgelegt worden sind) von den Regierungsparteien abgesehnet und von den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen abgelehnt werden. Bei einer Minderheitsregierung hätten auch die nicht

an der Regierung beteiligten Fraktionen die Chance, mit ihren Initiativen Erfolg zu haben, indem sie eine Mehrheit im Bundestag zusammenbringen. Die SPD könnte so vielleicht versuchen, ihr wichtiges politisches Anliegen einer einheitlichen Krankenversicherung durch eine „Koalition“ der Willigen im Bundestag durchzubringen.

Welche Möglichkeiten ein solches nicht durch Koalitionsverträge geknebeltes Parlament hätte, Zukunft zu gestalten, mag man an der erfolgreichen Initiative zur Ehe für alle aus dem letzten Bundestag ablesen.

Im Übrigen würde die Entscheidung für eine Minderheitsregierung der amtierenden Kanzlerin, deren Zeit ganz offensichtlich abgelaufen ist, eine elegante Möglichkeit zu einem ehrenvollen Abgang aus eigenem Entschluss geben. Sie könnte dieses „Experiment“ für die Hälfte der Legislaturperiode ankündigen, an dessen Ende sie ihr Amt niederlegen würde. In diesen andert-halb Jahren könnte man herausfinden, ob ein solches offenes Regieren mög-

lich ist und man könnte auch dabei in der Praxis prüfen, wo es Schnittmen-gen mit einem oder mehreren Partner für eine feste Koalition gibt.

Christoph Schlingensief, der Aktionskünstler und Amateurpolitiker, hat am Endpunkt der bleiernen letzten Kohl-Regierung eine Bewegung gegründet, die er unter das Motto stellte „Scheitern als Chance“. Selbst wenn das Experiment der Minderheitsregierung in der Weise scheitert, dass weder von der Regierung noch aus der Mitte des Bundestages wichtige Initiativen eine Mehrheit finden oder gar nicht erst entstehen, kann die Chance, mal auszubrechen aus der sich immer mehr verengenden Routine der Koalitionsverträge, die, wie sich abzeichnet, keinen Raum für große Ziele lassen, nicht hoch genug gewertet werden. Wenn die unsere Demokratie tragenden Volksparteien CDU und SPD nicht weiter an politischer Bedeutung verlieren sollen, müssen sie die ausgetreten Wege des „Keine Experimente“ verlassen und selbst ein Scheitern als Chance begreifen. 

#### Zum Autor

Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

#### Buchveröffentlichungen u. a.:

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009). »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>

## Mutlos und halbherzig

### Warum der „Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ wenig bringt

*Deutsche Unternehmen sollen die Menschenrechte auch dann beachten, wenn sie im Ausland geschäftlich tätig sind – also wenn sie zum Beispiel mit Textilfabriken in Bangladesch oder Kakaobohnenerntern in Ghana kooperieren. So will es der „Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ (NAP), der Ende 2016 von der Bundesregierung verabschiedet wurde. Allerdings mangelt es dem Plan an Verbindlichkeit. Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren ihn deshalb als „halbherzig“.*

Nicht, dass es an Standards zur Einhaltung von Menschenrechten in der internationalen Marktwirtschaft und Zusammen-

arbeit mangeln würde. Vor knapp 20 Jahren, im Juni 1998, wurden die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auf der 86. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ohne Gegenstimme angenommen. Wir haben die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und die UN-Konventionen über die Rechte von Kindern. 2001 hielten die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte Einzug in die damals

Pat Christ



Prekäre Formen der Beschäftigung und Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit prägen Teile der globalen Bekleidungsindustrie. Alle Fotos dieses Beitrages: © Pat Christ



Wer internationale Waren im Weltladen einkauft, hat die Gewähr, dass die Menschenrechte in der gesamten Lieferkette beachtet wurden.

neu gefassten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Ein wirkliches Umdenken und Umsteuern ist trotz dieser Initiativen nicht eingetreten. Sozialstandards und grundlegende Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden nach wie vor permanent missachtet. Was an der zunehmenden Konkurrenz um weltweite Marktanteile liegt.

Daran wird wohl auch der „Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ wenig ändern, vermutet das Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene. „Es wurde versäumt, endlich entschieden gegen Menschenrechtsverstöße vorzugehen, an denen auch deutsche Unternehmen über ihre Lieferketten und Auslandsgeschäfte beteiligt sind“, so Institutsmitarbeiterin Eva-Maria Reinwald. Zwar „erwartet“ die Bundesregierung, dass Unternehmen Menschenrechte in Zukunft auch im Auslandsgeschäft achten. „Sie hofft allerdings auf eine Einhaltung auf rein freiwilliger Basis“, so Reinwald gegenüber unserer Redaktion.

### Keinerlei Restriktionen



Restriktionen bei Nichterfüllung der Erwartung gibt es also nicht. Damit es nicht mehr im bisherigen Maße zu Verstößen gegen die menschenrechtliche Sorgfalt kommt, sollen lediglich die Beratungsangebote für Unternehmen ausgebaut werden. Unternehmen sollen im Austausch mit Betroffenen

vor Ort sowie von Menschenrechtsorganisationen lernen, Risiken für Menschenrechtsverletzungen entlang ihrer Lieferketten und für alle ihre Auslandsgeschäfte zu ermitteln.

Ziel müsste es hingegen sein, effektive Gegenmaßnahmen zur Vermeidung menschenrechtlicher Schäden zu ergreifen, hierüber transparent zu berichten und Beschwerdemechanismen einzurichten, die für Betroffene zugänglich sind, so Reinwald. All dies wird der Aktionsplan nach Einschätzung des Südwind-Instituts kaum schaffen. Der NAP verpflichtet Unternehmen nicht dazu, Fortschritte im Bereich der Achtung der Menschenrechte vorzuweisen. Es gibt diesbezüglich keinerlei Vorschriften, der NAP visiert lediglich eine Zielmarke an.

„Die Hälfte der großen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen bis 2020 menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse eingeführt haben“ erläutert Reinwald. Sollte dies scheitern, soll eine gesetzliche Regulierung erneut „geprüft“ werden. Für den DGB, der in den Beratungsprozess zum NAP einbezogen war, ist allein die Zielmarke zu mutlos. „Mindestens 60 Prozent wäre ein Ausdruck des Willens der Wirtschaft, der Sorgfaltspflicht zu genügen“ heißt es in einer DGB-Stellungnahme.

### Öffentlicher Druck wirkt



Das in Bonn etablierte Südwind-Institut konnte in den letzten Jahren beobachten, dass das Bewusstsein von

Unternehmen über ihre Verantwortung für Menschenrechte in der Lieferkette durch öffentlichen Druck etwas gestiegen ist. Doch ob sich wesentlich mehr Unternehmen durch den Aufruf im Aktionsplan dazu entschließen, sich menschenrechtlich endlich korrekt zu verhalten, hält das Team des Instituts für fraglich. Arbeitsbedingungen in einer Zulieferfabrik zu verbessern, kostete Zeit und Geld, so Reinwald. Wer beides nicht investieren möchte, weil er befürchtet, dadurch weniger Gewinne zu erwirtschaften, hat im Augenblick keinerlei Konsequenzen zu befürchten.

„Die Bundesregierung hat im Aktionsplan außerdem die Augen davor verschlossen, dass für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen aus dem Ausland zahlreiche Hürden bestehen, wenn sie vor deutschen Gerichten klagen wollen“, so Reinwald. Im Augenblick bestehe auch keinerlei Motivation, diese Hürden abzubauen. „Stattdessen wurde lediglich beschlossen, eine mehrsprachige Informationsbroschüre über bestehende Klagewege zu veröffentlichen“, so die Fachpromotorin für globale Wirtschaft und Menschenrechte.



Durch öffentlichen Druck haben Unternehmen ihre Verantwortung für Menschenrechte in der Lieferkette gesteigert, doch das Engagement reicht bei weitem noch nicht.

### Gleiche Spielregel für alle



Echte Korrekturen lassen sich nach Ansicht des Südwind-Instituts nur auf gesetzlichem Weg erreichen. Deshalb hätte die Bundesregierung die Forderung nach menschenrechtlicher Sorgfalt mit einem Gesetz untermauern sollen, das Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte im Auslandsgeschäft verpflichtet und Konsequenzen bei der Nichteinhaltung beschreibt. Nur dann würden für alle Unternehmen die gleichen Spielregeln gelten und es wären nicht jene Unternehmen im Wettbewerb benachteiligt, die sich



ernsthaft und mit Zeit- und Kostenaufwand um Veränderung bemühen.

Frankreich zeigt laut Reinwald, dass dies möglich ist. Das französische Parlament verabschiedete ein Gesetz zur menschenrechtlichen Sorgfalt zumindest für sehr große Unternehmen. Ein solches Gesetz, so die Menschenrechtsaktivistin, sei das wirksamste Mittel, um Firmen zum Umdenken und Handeln zu bewegen.

Wie ein solches Gesetz aussehen und im deutschen Recht verankert werden könnte, dazu liegt ein Rechtsgutachten der Juristen Markus Krajewski und Remo Klinger vor. Demnach könnte eine staatliche Behörde die Gesetzesvorgaben überwachen. Gleichzeitig könnte sie die Nicht-Einhaltung mit Bußgeldern oder einem Ausschluss aus öffentlichen Vergabeverfahren sanktionieren.

## Zugang zu deutschen Gerichten



Das Südwind-Institut fordert von der Bundesregierung in einem nächsten Schritt, sicherzustellen, dass Unternehmen, die Aufträge in der öffentlichen Beschaffung oder Unterstützung in der Außenwirtschaftsförderung erhalten, die Menschenrechte achten. Geschieht dies nicht, zahlen am Ende wir alle für problematische Geschäfte. Wer im Ausland Opfer von

Menschenrechtsverletzungen durch Geschäfte mit deutschen Unternehmen wurde, soll außerdem einen besseren Zugang zu deutschen Gerichten erhalten. „Man könnte Kollektivklagemöglichkeiten schaffen, Verjährungsfristen oder die Beweislastumkehr ändern“, listet Reinwald auf.

Nach Auffassung des wissenschaftlichen Instituts aus Bonn soll sich die Bundesregierung außerdem an den Verhandlungen zu einem verbindlichen UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten (UN Treaty) beteiligen. Reinwald: „Damit könnten Staaten gemeinsam den Rechtsschutz für Geschädigte und ihre Zusammenarbeit in grenzübergreifenden Fällen verbessern.“ Auch wäre es möglich, sich auf eine verbindliche Verpflichtung von Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte zu einigen. Diesem Prozess

steht die Bundesregierung nach Beobachtung des Südwind-Instituts noch sehr skeptisch gegenüber.

Dass der Nationale Aktionsplan weiter auf Freiwilligkeit setzt und keine gesetzliche Regelung fordert, hält man auch bei „Brot für die Welt“ für ein mutloses Trauerspiel der Bundesregierung. „Noch immer gibt es kaum Unternehmen, die Verfahren eingeführt haben, mit denen sie systematisch ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette überprüfen“, erklärt Julia Duchrow. Appelle an Unternehmen, sie sollten doch bitte freiwillig überprüfen, welche menschenrechtliche Folgen ihr Handeln beispielsweise bei Näherinnen in Bangladesch hat, habe bisher zu keinen Fortschritten geführt.



In vielen Ländern dieser Erde werden Menschenrechte ignoriert.

## Wer hat was überprüft?



Immer wieder sei in den letzten Jahrzehnten an die Freiwilligkeit von Unternehmen appelliert worden, so Duchrow: „Was nicht dazu geführt hat, dass Unternehmen dazu übergegangen wären, menschenrechtliche Sorgfaltstandards einzuführen.“ Die Initiative „Brot für die Welt“ sieht in vielen Bereichen, etwa beim Abbau von Rohstoffen, dass Menschenrechte verletzt werden. Freiwillig Verfahren einzuführen, um dies zu verhindern, lohnt sich für Unternehmen nicht, solange keine allgemeingültigen Regeln gelten. Auch lasse sich für Verbraucher nicht nachvollziehen, welches Unternehmen welche Überprüfungen durchgeführt hat.

„Sicherlich gibt es Firmen, die den Gedanken und die Ziele der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bei ihrer Tätigkeit achten“, räumt Frank Zach von der Abteilung Internationale und Europäische Ge-

werkschaftspolitik des DGB ein. Die Mehrzahl der Unternehmen werde jedoch vermutlich weiterhin passiv bleiben und abwarten. Auch der DGB hatte während der Arbeit am NAP eine gesetzliche Regelung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht gefordert. In seiner Gesamtbewertung des NAP-Entwurfs hatte der DGB den Plan bereits als einen lediglich „bescheidenen Beitrag für eine verantwortungsvolle Gestaltung einer fairen und nachhaltigen Weltwirtschaft“ genannt. Der Gewerkschaftsbund schlug deshalb auch vor, den Titel zu ändern und von einem „Ersten Nationalen Aktionsplan“ zu sprechen, dem weitere folgen müssten, um die im Entwurf angesprochenen Instrumente zu prüfen und zu schärfen. Die inhaltliche Schwäche des NAP ist laut dem DGB darauf zurückzuführen, dass viele Erkenntnisse aus zwölf Anhörungen und Foren zur NAP-Erarbeitung keinen ausreichenden Eingang in den Entwurf des Plans gefunden hatten.

Der NAP stellt für den DGB durch seinen „unklaren und gänzlich sanktionsfreien Charakter, noch nicht einmal eine robuste Freiwilligkeit dar“. Prinzipiell sieht der Gewerkschaftsbund freiwillige Lösungen als „Irrweg“ an. Dieser Irrweg dürfe nur dann beschritten werden, wenn ein fertiger Gesetzentwurf vorliegt, der bei Nichterfüllung der Freiwilligkeit direkt in die Bundestagsberatungen geht. Aus diesem Grund wäre die Bundesregierung gut beraten gewesen, die prozessualen Bedingungen einer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in Form eines Gesetzes zu formulieren.

### Zur Autorin

Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

#### Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

# Anmerkungen zur Quantitätstheorie

Robert Mittelstaedt

**„Die Schwierigkeit liegt nicht in neuen Gedanken, sondern darin, den alten zu entkommen, die sich in alle Winkel unseres Denkens verzweigt haben.“**

John Maynard Keynes

## Die Quantitätsgleichung

In seiner Kritik der Quantitätstheorie erwähnt Karl Walker<sup>[1]</sup> Richard Cantillon (1680-1734), der die Quantitätsgleichung zuerst formuliert haben soll. Gewöhnlich wird sie in der Form

$$GM \cdot U = WM \cdot P$$

dargestellt, wobei **GM** die nachfragend zirkulierende Geldmenge ist, **U** die Umschlaghäufigkeit der Geldmenge während einer definierten Zeitspanne und **WM** ist die in dieser Zeitspanne produzierte und verkaufte Waren-/Leistungs-menge zum Preismaßstab **P**.

## Anwendung der Quantitätstheorie im bestehenden System

Für die Anwendbarkeit dieser Formel müssen bei den Parametern bestimmte Bedingungen eingehalten werden.

### Geldmenge

Die Geldmenge muss nachfragend im Markt zirkulieren, d. h. bei jeder Zahlung muss eine entsprechende Ware oder Leistung übergeben werden. Da im bestehenden System bestenfalls die Hälfte der von der Zentralbank ausgegebenen Geldmenge die Nachfrage-Bedingung erfüllt, kann die tatsächlich nachfragende Geldmenge starken Schwankungen unterworfen sein. Diese Geldmengenangabe ist viel zu ungenau, um zu verlässlichen Ergebnissen zu führen.

### Umschlaghäufigkeit

Nur die Zahlungsvorgänge, die zur Begleichung einer Warenlieferung oder einer erbrachten Leistung getätigt werden, können zur Ermittlung der Umschlaghäufigkeit gezählt werden. Zahlungen, bei denen dies nicht der Fall ist z. B. Geldübergaben bei Kreditgewährung und Kreditrückzahlung oder Geld-

überweisungen für spekulative Zwecke spielen in der Quantitätstheorie keine Rolle. Aufgrund der ungenauen Geldmengenregulierung kann die Umschlaghäufigkeit unvorhersehbar oder auch sprunghaft ansteigen oder abfallen. Ebenfalls kein Parameter für genaue Berechnungen.

### Waren-/Leistungs-menge

Dieser Parameter ist vermutlich am zuverlässigsten zu ermitteln. Es dürfen nur Waren/Leistungen berücksichtigt werden, die gegen eine Geldzahlung übergeben werden.

### Preismaßstab

Der zunehmend hohe Anteil an Nichtleistungswerten in der Preisstruktur des bestehenden Systems lässt die Preisbildung einigermaßen willkürlich erscheinen. Der Preis gibt nicht die tatsächlichen Leistungswerte wieder, bzw. verfälscht sie in erheblichem und zunehmendem Maß.

Aus diesen Gründen können wir feststellen, dass die Anwendung der Quantitätsgleichung im bestehenden System zu keinen brauchbaren Ergebnissen führt.

## Anwendung der Quantitätstheorie in der Freiwirtschaft

Karl Walker hat seine Werttheorie als unvereinbar mit der Quantitätstheorie beschrieben. Einen solchen unvereinbaren Gegensatz sehe ich nicht. Der wesentliche Punkt meiner Werttheorie ist die klare Unterscheidung von Leistungs- und Nichtleistungswerten und ihrer unterschiedlichen Behandlung im Vergleich zum bestehenden System. Daraus kann eine notwendige Voraussetzung für die Gültigkeit der Quantitätstheorie abgeleitet werden. Menschliche Leistungswerte und natürliche Ressourcen, deren Vorhandensein keine menschliche Leistung darstellt, dürfen nicht mit demselben Maßstab Geld gemessen werden. Nichtleistungswerte werden nach einer Bodenreform als Pachtwerte verbucht, wodurch sie mit Leistungswerten auf eine vergleichbare Stufe gebracht werden. Die Wirtschaftsteilnehmer erhalten

ein bedingungsloses Einkommen aus den Pachtzahlungen von Bodennutzern (die Bodenpacht schließt die Nutzung von natürlichen Ressourcen mit ein, die auf oder unter dem Boden zu finden sind). Aus diesem Einkommen bezahlen sie die Nutzung der Ressourcen, da die bodennutzenden Produzenten den zu bezahlenden Pachtbetrag in ihre Preise einkalkulieren. Die Einkommensempfänger bezahlen daraus die Pacht für die Nutzung des Eisenerzes, das etwa zu einer Waschmaschine verarbeitet wurde. Dieses Verfahren läuft letztlich auf ein Nullsummenspiel hinaus. Bodenpacht und bedingungsloses Einkommen dienen nur der gerechten Verteilung der verfügbaren natürlichen Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund und den weiteren Unterschieden, die sich aus freiwirtschaftlichen Vorstellungen im Vergleich zum bestehenden System ergeben, erscheint es sinnvoll, die Quantitätstheorie erneut auf ihre Anwendbarkeit zu überprüfen. Vielleicht ergibt sich dann, dass die Quantitätstheorie überhaupt nur in einer freiwirtschaftlichen Umgebung angewandt werden kann.

## Was ist Geld?

Geld ist ein öffentlich-rechtliches Informationsmedium. Es informiert über sofort vom Markt abrufbare Leistungswerte und berechtigt zum Abruf dieser Werte. Dem Verkäufer signalisiert das Geld, dass der Inhaber zu einer entsprechenden Gegenleistung berechtigt ist. Das Medium selbst hat keinen intrinsischen Wert und ist nicht Eigentum des Inhabers, sondern dient nur als Zwischentauschmittel (Platzhalter) mit Anspruch auf gleichwertige Gegenleistung für eine bereits erbrachte Leistung. Diesen Voraussetzungen muss die Emission von Geld entsprechen. Die angemessene Rechtsform für die Geldemission ist daher ein Kaufvertrag mit vereinbartem Rückkauf (gewissermaßen ein komplett abgeschlossener Tauschvorgang). Diese Rechtsform stellt sicher, dass das Geld direkt mit der Wertschöpfung verknüpft ist und zwar in der Weise, dass es z. B. für ein vorhandenes Warenlager ausgegeben wird oder für ein Un-

<sup>1</sup> Karl Walker, Ausgew. Werke. Studien zur Natürlichen Wirtschaftsordnung 2. Lütjenburg 1995, Gauke Verlag

ternehmen mit Mitarbeitern, die durch Arbeitsverträge an das Unternehmen gebunden sind. Auf diese Weise ist die sofortige Abrufbarkeit von Leistungen (oder Waren) gewährleistet.

### Geldmenge

Da Boden und natürliche Ressourcen nicht mehr als Privateigentum gelten, sondern deren Nutzung allen Menschen in gleicher Weise offenstehen soll, sind die benötigten Geldmittel für Pachtzahlungen und die Verteilung als bedingungsloses Grundeinkommen genau feststellbar. Dasselbe gilt für die Wertschöpfung. Da die Wertschöpfung von Menschen geleistet wird, hängt die benötigte Geldmenge von der Zahl produktiv tätiger Menschen ab bei bekannter Lohn- bzw. Gehaltsstruktur.

### Umschlaghäufigkeit

Die Umlaufsicherung trägt dazu bei, dass Geld nicht länger festgehalten wird als nötig und zeitnah entweder für Konsum verwendet wird oder auf ein Sparkonto bei einer Bank gelegt wird, die es durch Kreditvergabe wieder in den Geldkreislauf zurückführt. Dies trägt wesentlich zu einer Verstärkung des Geldumlaufs bei und zu einer messbaren Umschlaghäufigkeit des Geldes. Die so ermittelte Dauer eines kompletten Geldumlaufs erlaubt dann eine weitere Feinsteuerung beim tatsächlichen Geldbedarf.

### Leistungsmenge

Da die Verteilung natürlicher Ressourcen durch Pacht keine willkürlichen, leistungslosen Einkünfte mehr begünstigt, geht es hierbei nur noch um die Erfassung menschlicher Arbeitsleistung, die primär immateriell ist. Es zählen dann nicht mehr die Stückzahlen materieller Güter. Bei bekannter Anzahl von arbeitenden Menschen und bei bekannter Lohn-/Gehaltsstruktur aufgrund von Know-how, Geschicklichkeit und Erfahrung kann die jährliche Leistung auf gleichem Niveau gehalten werden. Eine nachhaltige Wirtschaftsweise bedeutet quantitatives Nullwachstum. Das bedeutet jedoch keineswegs Stillstand der Entwicklung. Im Gegenteil, es bedeutet qualitatives Wachstum besser als Fortschritt bezeichnet durch bessere Zusammenarbeit, zunehmende Synergie zwischen den Menschen und mit der natürlichen Umwelt. Es geht um zunehmend bewusster Gestaltung komplexer Zusammenhänge.

### Preismaßstab

Durch die freiwirtschaftliche Bodenreform, die im Prinzip eine Revision des Eigentumsbegriffs beinhaltet, fällt die Inflation durch willkürliche Preiserhöhungen von natürlichen Ressourcen weg (z. B. Bodenrente, Energie, Erdöl etc.) und damit die größte Ursache für Inflation. Da diese Preise von Monopolen, bzw. Oligopolen mehr oder weniger diktiert werden, ist die jeweils zuständige Zentralbank gezwungen die Geldmenge auszuweiten, um die Verhältnisse im Preisgefüge aller Leistungen zueinander so weit wie möglich aufrecht zu erhalten. Die Verlierer bei der Inflation sind vor allem die arbeitenden Menschen, die erst lange nach Erhöhung des Preisniveaus um Lohnerhöhungen kämpfen und sich heute damit zufriedengeben müssen, nur einen Teil des Inflationsausgleichs bei den Löhnen zu erhalten, wenn nicht überhaupt eine Nullrunde bei den Tarifverhandlungen gefahren wird.

Auch nach der Bodenreform verbleibt dann immer noch ein kleiner Teil der Inflationstendenz, der dem Geldsystem immanent ist, solange der Nominalwert des Geldes als „Ewigkeitswert“ begriffen wird. Der freiwirtschaftliche Preismaßstab unterscheidet sich vom herkömmlichen, weil er die Vergänglichkeit der Tauschwerte berücksichtigt, was im gegenwärtigen System nicht geschieht. Um diesen Punkt noch etwas klarer heraus zu arbeiten, können wir uns noch mal die Quantitätsgleichung etwas genauer anschauen:

$$GM \cdot U = WM \cdot P$$

Was geschieht, wenn  $U=0$  ist? Die Geldmenge liegt im Tresor und wird nicht bewegt. Somit findet kein Waren-/Leistungsaustausch statt. Die Wirtschaft steht still, aber dennoch geschieht etwas. Helmut Creutz hat diese Situation im „Geldsyndrom“<sup>[2]</sup> beschrieben:

*“Noch deutlicher wird der Unterschied mit einem anderen Vergleich: Man stelle sich vor, dass die Türen eines Panzerschranks mit 10.000 Dollar für 14 Tage geschlossen werden, ferner die Türen einer Markthalle mit Waren im gleichen Wert und schließlich noch die Türen eines Raumes, in dem sich fünf Menschen aufhalten, die in 14 Tagen normalerweise 10.000 Dollar verdienen.*

<sup>2</sup> H. Creutz, Das Geldsyndrom 2012. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Aachen 2012, G. Mainz Verlag

*Öffnet man die Türen nach 14 Tagen, dann sind die fünf Eingeschlossenen wahrscheinlich verdurstet und die Waren in der Markthalle überwiegend verdorben. Die Geldscheine im Tresor sind aber so frisch wie vorher.“ (Geldsyndrom 2012, Mainz-Ausgabe S. 34)*

Das Beispiel ist fiktiv, aber wir können eine wesentliche Aussage daraus ableiten:

**Alle dynamischen Prozesse kommen zum Stillstand, wenn sie nicht in geeigneter Weise aufrechterhalten werden.**

Das ist die grundlegende Bedeutung des **2. Hauptsatzes der Thermodynamik**. Die Wärmezufuhr bei einem Motor kann nicht vollständig in kinetische Energie oder Bewegungsenergie umgewandelt werden. Ein Teil der zugeführten Wärmeenergie geht immer verloren. Es muss also ständig Wärmeenergie durch Brennstoffe zugeführt werden, um den Motor am Laufen und auch leistungsfähig zu erhalten. Dieses Naturgesetz gilt für alle Lebensvorgänge, bei denen Wärmeenergie in Bewegungsenergie umgewandelt wird. Pflanzen nehmen die Energie direkt von der Sonne auf und speichern sie durch chemische Prozesse. Deshalb eignen sich Früchte von Pflanzen als Brennstoffe für Mensch und Tier, d. h. zur Aufrechterhaltung des Lebens. In der Wirtschaft bedeutet dies, dass der Wertverlust, der bei der Verweildauer von Waren im Markt zwangsläufig eintritt, kompensiert werden muss, um die Wirtschaft in Gang zu halten.

Gehen wir nun einen Schritt weiter bei der Betrachtung der Quantitätstheorie und nehmen wir nun an, dass  $U=1$  sei. Das entspräche etwa der Situation, die wir wie folgt beschreiben könnten: alle Produzenten einer Wirtschaft bringen ihre Produkte auf den Markt und bieten sie zum Kauf an, weil sie ihr eigenes Produkt nicht benötigen und sie etwas dafür eintauschen wollen, was sie brauchen. Sie wechseln also ihre Rolle und werden zu Konsumenten. Die Geldmenge reflektiert die Gesamtheit aller angebotenen Produkte und wie durch Zauberhand verfügen die Konsumenten nun über das Geld, das ihre eigene Leistung reflektiert und tauschen sich damit die gleichwertige Gegenleistung eines anderen Produzenten ein. Bei einmaliger Verwendung des Geldes hat es seinen Zweck erfüllt und verschwindet wieder wie durch Zauberhand.

Auch dieses Beispiel ist, wie unschwer zu erkennen, fiktiv und kommt in der Wirklichkeit so nicht vor. Dennoch können wir durch Anwendung der Quantitätstheorie daraus eine Erkenntnis ziehen. Ich gehe in diesem Beispiel von der Voraussetzung aus, dass jeder Produzent eine Leistung auf dem Markt anbietet, die genau ein anderer Konsument dringend benötigt, so dass alle angebotenen Leistungen vom Markt geräumt werden. Die Geldmenge entspricht den angebotenen Werten und der Preis reflektiert den Wert der angebotenen Leistungen. Wie lange dauert der Vorgang vom Einbringen der Leistung auf den Markt bis zu ihrer Abholung vom Markt? In diesem fiktiven Beispiel nehmen wir an, dass dies genauso schnell geht wie bei einem direkten Tausch Ware gegen Ware. Daher die Zauberhand, die das Tauschmittel zur Verfügung stellt, sobald sich das Tauschgut auf dem Markt befindet und es wieder wegnimmt, sobald die Gegenleistung eingetauscht ist.

Wenn wir nun einmal annehmen, der Verkauf der angebotenen Leistungen und der Erwerb der entsprechenden Gegenleistungen geschähe nicht unmittelbar wie bei einem direkten Tausch Leistung gegen Leistung ohne zeitlichen Abstand, sondern die Verkäufer behalten das eingenommene Geld 14 Tage in der Tasche, bevor sie sich zum Erwerb der ihnen zustehenden Gegenleistungen entschließen, dann würden zwar alle Angebote vom Markt geräumt werden, aber ein Teil der Waren, d. h. ein Teil des Leistungsangebots wäre inzwischen verdorben und wäre aus dem Angebot verschwunden. Es bliebe also noch Geld übrig. Was würde in der nächsten Runde geschehen? Der Markt ist wieder voll, die Zauberhand stellt auch wieder das Geld für die neuen Angebote zur Verfügung. Nun steht den Angeboten auf dem Markt wieder dieselbe Geldmenge gegenüber plus eines kleinen Überhangs aus der ersten Runde. Daraus ergibt sich dann eine Preissteigerung, weil die Geldmenge für das gesamte Leistungsangebot im Vergleich zur ersten Runde höher ist. Inflation.

Diese beiden Beispiele mit  $U=0$  und  $U=1$  sind fiktiv. Im ersten Beispiel ( $U=0$ ) findet keine Wirtschaftstätigkeit statt, aber dennoch geschieht etwas, was in der Gleichung nicht berücksichtigt ist. Im zweiten Fall ( $U=1$ ) ist die Gleichung

korrekt anwendbar, aber damit zeigt sie auch ihre Schwäche: die Gleichung ist die Momentaufnahme eines Zustandes und beschreibt nicht einen dynamischen Vorgang. Nähern wir uns nun im dritten Beispiel einer Situation, die näher an der Realität ist.

Nehmen wir an, der Wert für  $U$  sei eine Größe, die für ein Jahr angegeben wird und der freiwirtschaftlichen Annahmeherkommt. Karl Walker hat gezeigt, dass es für den Wert von  $U$  eine Obergrenze gibt: Geld kann nicht schneller umlaufen, als Waren hergestellt und verkauft werden können. Eine Umschlaghäufigkeit von über 500 pro Jahr wie in Wörgl 1933 kann eigentlich nur mit einem Phänomen erklärt werden, wie es im „Geldsyndrom 2012“ mit der Geschichte vom rätselhaften 20-Euro-Schein beschrieben ist (Mainz-Ausgabe S 55), also einer Anhäufung von Schulden, die sich in der prekären Situation damals über Jahre hinweg bei der Gemeinde, Unternehmern und Händlern angesammelt haben und deren Tilgung mit den „Arbeitswertscheinen“ möglich wurde. Der größte Teil des Umlaufs stand damals also nicht im Zusammenhang mit aktuellen Leistungen, sondern mit Leistungen aus der Vergangenheit, die noch nicht beglichen worden waren. Ein realistischer Wert für den stetigen Umlauf in einem freiwirtschaftlichen Umfeld liegt nach meiner Einschätzung bei 30-50 pro Jahr. Wo die optimale Umlaufgeschwindigkeit genau liegt, wird sich jedoch erst in einer soliden Freiwirtschaftspraxis zeigen.

Im dritten Beispiel nehmen wir also  $U=X$  an, wobei  $X$  für die optimale Umschlaghäufigkeit der Geldmenge pro Jahr stehen soll. Wir haben hier bereits einen Zeitfaktor, der im Beispiel „ $U=1$ “ vernachlässigt worden ist. Der Zeitfaktor spielt jedoch auch bei der Produktion von Waren eine Rolle. Wie lange dauert die Produktion einer Waschmaschine von der Gewinnung des Eisenerzes bis zur Herstellung des gebrauchsfertigen Endprodukts? Oder die Produktion von Weizen vom Pflügen des Ackers, Aussaat bis zur Ernte und bis zur Herstellung gebrauchsfertiger Brötchen? Der Endverbrauchermarkt ist nur ein Teil des gesamten Marktes, der auch aus Rohstoffmärkten und aus Märkten für Zwischenprodukte besteht. Auf jeder Ebene dieser Märkte handeln Produzenten und Konsumenten miteinander. Der Kunde (Konsument) eines Produzenten von Eisenerz ist z. B. ein Hochofenbe-

trieb, der das Eisenerz zu Stahl weiterverarbeitet. Der Mitarbeiter eines Stahlwerks ist ein Produzent. Er hat nur einen Kunden, dem er seine Leistung verkauft, und das ist der Besitzer des Stahlwerks. Das gilt auch für die Produzenten anderer Zwischenprodukte. Alle Teilnehmer in einem Wertschöpfungsprozess wechseln ständig ihre Rollen von Produzenten zu Konsumenten und zurück. Wenn sich ein Endprodukt auf dem Endverbrauchermarkt nicht verkaufen lässt, betrifft das alle Teilnehmer in einer langen Wertschöpfungskette.

Aus dem Beispiel im „Geldsyndrom“ wird noch ein anderer Aspekt der Vergänglichkeit deutlich, nämlich in der Verbindung des eingesperrten Geldes im Tresor mit den eingesperrten Menschen. Wenn Menschen ihre Leistung nicht verkaufen können, um sich alle Lebensbedürfnisse zu erfüllen, dann sterben sie. Das Geld im Tresor ist in diesem Zusammenhang wertlos geworden, die Leichen können nicht mehr dazu überredet werden, gegen noch so gute Bezahlung eine Leistung zu erbringen. Die Produzenten von Waren sind darauf angewiesen, dass sie ihre Leistungen rechtzeitig verkaufen können, um ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Je länger sie auf einen Käufer für ihre Leistung warten müssen, desto weniger können sie selber konsumieren und umso stärker müssen sie sich in ihrer gewohnten Lebensweise einschränken. Das betrifft grundsätzlich einen Obstbauern in derselben Weise, wie einen Goldschürfer. Beide müssen ihre Leistungen rechtzeitig verkaufen, um am Leben zu bleiben. Der Goldschürfer könnte zwar theoretisch länger warten, weil sein Produkt nicht verdirbt. Vielleicht könnte er dann vom Obstbauern eine größere Apfelmenge erpressen. Aber wenn der Obstbauer das Gold gar nicht haben will und erst recht nicht braucht, kann er seine Äpfel wenigstens noch selber essen – dann hat der Goldschürfer das Nachsehen. Im Grunde sind beide in derselben Lage: sie sind beide darauf angewiesen ihre Leistung zu verkaufen, um sich die Leistung anderer Produzenten einzutauschen. Das Vergammeln, Veralten von Waren, die dadurch unverkäuflicher werden, ist nur ein Symptom für diesen grundlegenden Zusammenhang.

Die sogenannte „Überlegenheit“ des Geldes ergibt sich aus der Tatsache, dass noch Geld übrigbleibt, wenn

zwischen Einbringen von Leistungen in den Markt und der Abholung vom Markt eine gewisse Zeit verstreicht und ein Teil der Waren vergammelt ist. Anders ausgedrückt: bei den Produzenten ist noch Geld übrig, wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt als Konsumenten den Markt geräumt haben. Dies wird nur nicht sofort erkennbar, weil laufend Leistungen in den Markt eingebracht und laufend abgeholt werden. Dieses als „Mehrwert“ verklärte Phänomen ist in Wirklichkeit ein Minderwert, der jedoch von einem Geld mit „Ewigkeitseigenschaft“ nicht reflektiert wird. Einerseits erscheint dieser „Mehrwert“ als Zins abschöpfbar, andererseits führt die Geldmenge, die der verminderten Leistungsmenge auf dem Markt gegenübersteht, zu höheren Preisen, also Inflation. Was in einem Wertschöpfungsprozess primär vergammelt, ist nicht der materielle Teil von Waren, sondern die immaterielle Arbeitsleistung von Menschen, denn der Wert der Waren entstand durch Bearbeitung von Materie durch Menschen. Die verkaufbare Warenmenge (genauer: die Leistungsmenge in den Waren) vermindert sich im Lauf der Zeit und ein anderer Parameter in der Quantitätsgleichung müsste sich ändern, damit die beiden Seiten der Gleichung übereinstimmen. Im gegenwärtigen System verschiebt sich der Preismaßstab nach oben (Inflation). Die Gleichung stimmt dann wieder, die Ursache der Inflation wird damit jedoch übertüncht und hat eine unerfreuliche Nebenwirkung: die Konsumenten können sich mit dem Geld, das sie als Produzenten verdient haben, nicht mehr die gleichwertige Leistungsmenge kaufen.

Die freiwirtschaftliche Umlaufgebühr löst das Problem, indem sie den Wertverlust in der Warenmenge dadurch kompensiert, dass die Konsumenten eine Leistung in den Markt einbringen, die dem Wertverlust während der Zeit der Geldhaltung entspricht. Die Lebensdauer oder die volle Gültigkeit des Geldwertes wird aufrechterhalten. In diesem Fall bleibt die Leistungsmenge gleich, ebenso die Geldmenge und damit auch der Preismaßstab und beide Seiten der Gleichung bleiben in Übereinstimmung.

$$GM \cdot U = WM \cdot P$$

Die Quantitätsgleichung ist nur sinnvoll anwendbar in einem umlaufgesicherten,

freiwirtschaftlichen Geldsystem mit stetiger Geldzirkulation und stabilem Preisniveau!

Wenn man weiß, wie die Zusammenhänge liegen, dann ergibt sich daraus die Methode, wie die Umlaufgebühr implementiert werden muss. Die Währungsinstitution (kein Kreditinstitut) gibt zusätzlich zu der Geldmenge an einen Emittenten (Unternehmer) ein weiteres Kontingent an Geld in Höhe der öffentlich verkündeten Umlaufgebühr heraus. Dieses Kontingent bleibt bei der Währungsinstitution zur Deckung eigener Unkosten (Bezahlung von Mitarbeitern, Druckkosten etc.), die sie im Lauf eines Jahres ausgeben muss. Die Abwicklung dieser Vorausgebühr muss der öffentlichen Kontrolle unterworfen sein. Im Lauf eines Jahres muss diese Gebühr von den Geldhaltern zusätzlich erarbeitet werden und z. B. als Gebührenmarke auf die Geldscheine geklebt werden. Damit ist die Aufrechterhaltung des Nominalwerts der Geldscheine für alle Geldbenutzer sichtbar. Die Umlaufgebühr verschmilzt so gewissermaßen mit dem Nominalwert des Geldscheines und wird von niemandem als Einnahme verbucht. Die Umlaufgebühr ist also nur eine Ausgabe der Währungsinstitution, um das Einbringen einer zusätzlichen Leistung in den Markt zu provozieren. Die im Lauf der Zeit von den Geldhaltern erbrachte Leistung füllt die verminderte Leistungsmenge im Markt wieder auf, Geld- und Leistungsmenge bleiben gleich. Die Konsumenten können die ihnen zustehende, gleichwertige Leistungsmenge zu stabilen Preisen abrufen. Auf diese Weise wird die Tendenz zur Inflation vorweggenommen und verhindert. (Die Kosten für das öffentlich-rechtliche Medium Geld wird also von den Benutzern selbst getragen und zwar am stärksten von denen, die das Geld am längsten festhalten.)

### Höhe der Umlaufgebühr

Für die Höhe der Umlaufgebühr als Inflationsvorbeugung ist zu berücksichtigen, ob bereits eine Bodenreform durchgeführt wurde oder ob der revidierte Eigentumsbegriff bereits allgemein akzeptierter Standard geworden ist.

Im letzteren Fall geht es nur um die Vorbeugung gegen die dem Geldsystem selbst innewohnende Inflationstendenz,


die aus dem „ewigen“ Nominalwert des Geldes resultiert. Die Höhe dieser Inflationstendenz liegt bei 2-3 % p. a.

Im Übergangsfall vor einer Bodenreform muss noch die Inflation wegen willkürlicher Preise für natürliche Ressourcen berücksichtigt werden. Diese kann im Vorhinein nur geschätzt werden. Die Umlaufgebühr muss dann periodisch geprüft und neu festgelegt werden. Eine Schwankungsbreite zwischen 4-8% dürfte aber im Allgemeinen ausreichend sein. (Darin ist die systemimmanente Inflationstendenz bereits enthalten.)

### Fazit



Die Umlaufgebühr dient dem Zweck eines stetigen Geldumlaufs und darüber hinaus ist sie die Korrektur des Wertmaßstabs, der die Inflation überflüssig macht. Für die Korrektur des Wertmaßstabs liefert die Quantitätstheorie bereits ziemlich gute Anhaltspunkte über die Höhe der Umlaufsicherung. Ein stabiler Wertmaßstab des Geldes ist die Voraussetzung für die Werterhaltung von Sparvermögen, bietet Sicherheit bei Vertragsabschlüssen, die über längere Zeit laufen und liefert überschaubare und zuverlässige Daten über wirtschaftliche Entwicklungen und damit größere Planungssicherheit.

In einer freiwirtschaftlichen Umgebung mit durchgeführter Bodenreform beträgt die zusätzlich einzubringende Leistung bei 30facher Umschlaghäufigkeit der Geldmenge pro Jahr 0,1% der Gesamtwirtschaftsleistung. Eine vernachlässigbar erscheinende Belastung, jedoch von eminenter Bedeutung. Die Umlaufgebühr steht für dieses Quäntchen zusätzlicher Energie, die erforderlich ist, um die „Maschine Wirtschaft“ am Leben zu erhalten (2. Hauptsatz der Thermodynamik). 

#### Zum Autor

Robert Mittelstaedt



Todestag: 14. 01. 2018  
Er hat sich viele Jahre für Reformen des Geldwesens eingesetzt. Mit seinen umfangreichen Sprachkenntnissen half er maßgeblich bei der Herausgabe von Helmut

Creutz' Hauptwerk „Das Geldsyndrom“. Die englische Ausgabe übersetzte er selbst und zur französischen Ausgabe gab er den entscheidenden Anstoß.

# Wie wollen wir wirtschaften?

In Stuttgart diskutieren zivilgesellschaftliche Initiativen Wege zu einer gemeinwohlorientierten Ökonomie.



Die für Diskussionen und Filmvorführungen eingerichtete Arena im Kuppelsaal des Kunstgebäudes.  
Alle Fotos dieses Beitrages: Florian Model.

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“, heißt es in Artikel 151 der Bayerischen Landesverfassung, von der Realität ungefähr so weit entfernt wie der real existierende Sozialismus der DDR von kommunistischen Idealvorstellungen. Darauf verweist Rainer Müller von der Stuttgarter Gruppe der Initiative Gemeinwohloökonomie im Workshop des zweiten Forums Zivilgesellschaftliche Initiativen im Stuttgarter Kunstgebäude. An der viertägigen Veranstaltung „Ökonomien anders denken“ im April 2017 (s. **HUMANE WIRTSCHAFT** 03/2017) war kritisiert worden, Initiativen aus der Bürgerschaft seien zu wenig eingebunden gewesen. Das Hannah-Arendt-Institut, 2015 gegründet im Rahmen des Bürgerprojekts „Die Anstifter“ und mit mehreren Universitätsinstituten verbunden, hat diese nun zur Mitwirkung eingeladen. Rund zwanzig Initiativen, achtzig Teilnehmer waren zum ersten Forum im Dezember erschienen. Im Januar waren beim Impulsvortrag Christoph Deutschmanns, des emeritierten Soziologen der Universität Tübingen, allerdings nur vierzig Personen im Saal, an den Workshops am folgenden Tag nahmen nur um die zwanzig teil. Die eigene Arbeit vorzustellen, ist Vielen ein Anliegen. Was darüber hinausgeht, dafür fehlt oft die Zeit und die Energie. Dabei sollte es genau darum gehen: dass sich die Initiativen vernetzen.

Das der Gebrauch des Eigentums zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll, steht auch im Grundgesetz. In Realität bereichern sich die Reichsten auf obszöne Weise, während auch in Deutschland viele unterhalb der Armutsschwelle leben. Und die Schere klappt immer weiter auseinander. Die sozialen und ökologischen Folgen

der derzeitigen Wirtschaftsform sind verheerend. Wer sich mit der Frage des richtigen Wirtschaftens beschäftigen wolle, so Deutschmann, sei allerdings gut beraten, sich ein wenig mit der Geschichte zu beschäftigen. Denn die Frage werde seit 300 Jahren diskutiert. Das gute Leben und Wirtschaften war eine der zentralen Fragen der Aufklärung. Eigentlich sei an dem Versprechen eines freien Marktes, zu dem Jeder gleichermaßen Zugang habe, ja auch wenig auszusetzen. Allerdings wurde dieses Versprechen nie eingehalten. Eben dies provozierte Karl Marx' Kritik am Kapitalismus. Der hat Deutschmanns Analyse zufolge vier ungeplante Folgen: *Erstens* sei es anstelle eines gleichberechtigten Marktzugangs zu immer krasserer Ungleichheit gekommen. *Zweitens* konnten eben nicht Alle ihre Bedürfnisse besser befriedigen. *Drittens* habe die zunehmend globale Vernetzung der Wirtschaftskonzerne mittlerweile auch den Handlungsspielraum der Nationalstaaten stark eingeschränkt. Und *viertens* zerstören die massiven Einwirkungen kapitalistischen Wirtschaftens zunehmend unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Deutschmann bleibt skeptisch. In gewisser Weise habe sich die kapitalistische Wirtschaftsform als Erfolgsmodell erwiesen, während der Versuch, den So-



Ch. Deutschmann (l.) mit Michael Weingarten.

Dietrich Heißenbüttel

zialismus zu errichten, kläglich gescheitert sei. Nullwachstum oder *Degrowth* könne sehr schnell zu hoher Arbeitslosigkeit führen, daher hielten Politiker wie Ökonomen an der Wachstumsideologie fest. In Realität sei Wachstum kaum planbar, sondern von den Impulsen vieler einzelner Akteure abhängig. Deutschmann tendiert daher zur Idee eines grünen, nachhaltigen Wachstums.

Seine Ausführungen blieben nicht unwidersprochen. Sie böten „jede Menge Stoff zur Diskussion“, meinte der Philosoph Michael Weingarten vom Hannah-Arendt-Institut. Auf Einwände aus dem Publikum ließ sich der Soziologe zu weiteren Aussagen bewegen. Er unterschied zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft und meinte, die Erträge aus Kapital und Grundbesitz müssten höher besteuert werden. Zum Thema des vorkapitalistischen Wirtschaftens nannte er Karl Polanyi<sup>1</sup>, zur Bodenwertsteuer Henry George (s. zuletzt Dirk Löhr in **HUMANE WIRTSCHAFT** 04/2017). Ein Manko blieb, dass er sich nur auf das Produktivitätswachstum bezog und das exponentielle Wachstum der Geldmengen, Ursache für eine Reihe von Problemen, beiseite ließ. Der stichhaltigste Einwand lautete, Deutschmann beziehe sich zu sehr auf Deutschland und die reichen Länder der Welt. Tatsächlich hatte er zwar das Problem der extremen globalen Ungleichheit angesprochen, wusste jedoch zu den ärmeren Ländern etwa des afrikanischen Kontinents kaum etwas zu sagen: Kein Wort von Schuldenkrise, von der Drohung, die Entwicklungshilfe zu kürzen, wenn die Sahel-Staaten nicht die Sahara-Migration unterbinden, oder von den Ökonomischen Partnerschaftsabkommen (EPAs), die der lokalen Wirtschaft das Wasser abgraben.

Genau damit beschäftigte sich einer der drei Workshops des folgenden Tags. Peter Selig-Eder vom Stuttgarter WeltHaus beklagte die Abgehobenheit aller

1 Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 13. Auflage Frankfurt 2017.

auf Europa und die reichen Länder beschränkten Debatten. „Das Wirtschaftswachstum saugt weiterhin Ressourcen in ungeheurem Umfang aus dem globalen Süden ab“, monierte er. Dem versuche der Faire Handel – zu unterscheiden von Fair-Trade-Produkten – ein Stückweit entgegenzuwirken: als praktische Hilfe, um kleinbäuerliche Existenzen zu verbessern, „wie bescheiden das auch immer ist.“ Aus dem Publikum kam die Anregung, darüber nachzudenken, Fairhandelszonen einzurichten, um über punktuelle Einzelinitiativen hinauszugehen und das Thema breiter zu etablieren: so wie sich in Österreich bereits ganze Kommunen zum Prinzip des Gemeinwohls bekennen würden.



Helge Gumpert, Bildungsreferent der Stuttgarter Weltläden und links Peter Selig-Eder vom Welthaus.

## Bekennnis zum Gemeinwohl

Die Initiative Gemeinwohlökonomie, ausgehend vom österreichischen attac-Mitbegründer Christian Felber, sei seit der Veröffentlichung von Felbers Buch 2010 „*unglaublich gewachsen*“, sagt Rainer Müller. In Deutschland gebe es mittlerweile 50 Regionalgruppen. Trotzdem bezeichnet er die Gemeinwohl-Ökonomie als ein „*kleines Pflänzlein*.“ Der Vorzug ist, ähnlich wie im Fall des Fairen Handels, dass sie einen Einstieg in einen Systemwandel im Kleinen ermöglicht, ohne auf einen Schlag alles ändern zu wollen. Auf freiwilliger Basis können Unternehmen nach einer von Felber entwickelten Matrix ihre Gemeinwohlbilanz erstellen oder erstellen lassen. Dazu gehören soziale und ökologische Kriterien, Menschenwürde und Mitentscheidung, und zwar sowohl innerhalb des Betriebs als auch im Verhältnis zu Lieferanten und Kunden. Die Stadt Stuttgart fördert das Vorhaben, will eine halbe Nachhaltigkeitsstelle einrichten und die Hälfte der Kosten tragen, wenn Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz erstellen. Zwei städtische Eigenbetriebe haben bereits eine Bilanz erstellt oder sind dabei, sie zu erstellen: Das Sozialunternehmen Leben und

Wohnen, das Alten- und Wohnungslosenunterkünfte betreibt, hat als erster kommunaler Betrieb weltweit seine Arbeit bilanziert. Die Geschäftsführerin, so Müller, war zuerst äußerst skeptisch, sei jetzt aber umso mehr überzeugt. Als nächstes folgen die Stadtentwässerung und auf Landesebene der Forstbetrieb. Jenseits von Stuttgart sind der Trekkingausrüster Vaude und die Sparda-Bank Vorreiter. Auch Greenpeace hat soeben eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt.




Rainer Müller von der Stuttgarter Gruppe der Initiative Gemeinwohlökonomie und Christine Peters, eine der beiden Organisatorinnen des Projekts in der Abschlussrunde der Veranstaltung.

Müller setzt im Moment darauf, eher solche Unternehmen zu gewinnen, die ihre Tätigkeit ohnehin im Sinne des Gemeinwohls verstehen, um die Idee weiter zu verbreiten. Selig-Eder, direkt angesprochen, meinte zunächst, das Welthaus betreibe Lobbyarbeit für den globalen Süden, das sei doch ohnehin im Sinne des Gemeinwohls. Mit nicht mehr als einer Dreiviertel- und einer halben Stelle sei der Aufwand, eine solche Bilanz zu erstellen, kaum zu bewältigen. Allerdings sah er sich die Matrix dann doch näher an. Auf längere Sicht bleibt freilich das Problem, dass es an den negativen Auswirkungen der globalen Wirtschaft wenig ändert, wenn sich nur diejenigen, die sich ohnehin nicht aus Gewinnstreben, sondern aus ideellen Gründen betätigen, zum Gemeinwohl bekennen. Tatsächlich sagt auch Müller, längerfristig müsse eine positive Bilanz durch Steuervorteile belohnt werden. Dies würde wiederum dem Modell der Gemeinnützigkeit ähneln. Allerdings läuft die Idee des gemeinnützigen Wirtschaftens den Tendenzen zur Privatisierung und Public-Private-Partnerships, wie sie jahrzehntelang die Politik geprägt haben, diametral zuwider. So wurde die Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugenossenschaften 1990 erst aufgehoben. Es geht also auch um eine Trendwende, weg von den Patentrezepten des angeblich sich selbst regulierenden Markts hin zu einer aktiveren Rolle der Politik.

## Bürgerschaftliches Engagement für eine Umsetzung des Grundgesetzes

Hier setzte der dritte Workshop von Weingarten und Deutschmann an. Weingarten spricht ebenfalls von gemeinwohlorientiertem Wirtschaften, welches das private Gewinnstreben ersetzen oder zumindest ergänzen müsse. Er hält es auch für richtig, damit auf der kommunalen Ebene zu beginnen, wie dies die Initiative Gemeinwohlökonomie tut. Allerdings müsse dem eine internationale Vernetzung, insbesondere auf der europäischen Ebene folgen, die etwa mit einem Austausch mit Partnerstädten beginnen könnte. Denn die Rahmenbedingungen der Wirtschaft bestimme zunehmend die Europäische Union. Die EU-Kommission sei freilich durch nichts demokratisch legitimiert, so Weingarten: Wenn die Kriterien, die sie an ihre Mitgliedsländer anlegt, auch für die EU selbst gelten würden, müsste sie sich selbst ausschließen. Eine Repolitisierung der Ökonomie könne nur von der Bürgerschaft ausgehen, meinte er. Die Schwierigkeiten sind dem Philosophen sehr wohl bewusst. So fallen seiner Beobachtung zufolge die Gewerkschaften immer wieder in nationale Denkmuster zurück.

Eine Revolution ist, folgt man Weingarten, allerdings nicht nötig. Es würde genügen, das Grundgesetz umzusetzen, in dem unter anderem ein Direktmandat vorgesehen war, das allerdings dann von den Parteien gekapert wurde. Würden mit den Erststimmen nicht Partei-, sondern Bürgervertreter gewählt, sähe es mit der Durchsetzbarkeit gemeinwohlorientierter Kriterien ganz anders aus. Denn, darauf weist auch Weingarten hin, die Aussage des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ schreibt eigentlich eine Orientierung am Gemeinwohl vor. 

### Zum Autor

Dr. Dietrich Heißenbüttel



Geboren 1956 in Hamburg. Ausbildung zum Schreiner und Möbelrestaurator. Studium der Kunstgeschichte und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Stuttgart. Promotion in Kunstgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitet als Kunsthistoriker, Journalist und Übersetzer.

Website: <http://artwritings.de>

**NEW**

EIN GIPFELTREFFEN  
ZWISCHEN KUNST,  
THEORIE UND  
ZIVILGESELLSCHAFT

**NARRATIVES 2  
ÖKONOMIEN  
ANDERS DENKEN**

**DO 12.04. -  
15.04.18**

MIT: MELTEM AHISKA  
ATHENA ATHANASIOU  
DIANN BAUER  
NATALIA BRIZUELA  
KATJA DIEFENBACH  
JOSEPH GIACONA  
MARIA HLAVAJOVA  
TOMISLAV KNAFFL & PETER STREIFF  
M LAMAR, ISABELL LOREY  
ALEXANDRA MASON  
WOLFGANG MAYER  
JASMINA METWALY  
BORIS ONDREIČKA, PETER OTT  
DAN PERJOVSCHI, DAVID QUIGLEY  
KATYA SANDER & SIMON SHEIKH  
THOMAS SEIBERT  
GAYATRI CHAKRAVORTY SPIVAK

**KUNSTGEBÄUDE  
STUTTGART**

ÜLKÜ SÜNGÜN  
ELENA TZELEPIS  
SYLVIA WINKLER  
U.V.A.

CITIZEN  
100%

EINTRITT FREI | [WWW.KUNSTGEBAEUDE.ORG](http://WWW.KUNSTGEBAEUDE.ORG) | SCHLOSSPLATZ 2



# 5. Internationale Summer School für alternative Wirtschafts- und Geldsysteme

Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS) –

Wien, 25. 7. bis 10. 8. 2018

Günther Jedliczka

Quelle aller Fotos dieses Beitrags: „OeAD WV GmbH, Wien“

**„The significant problems we face cannot be solved at the same level of thinking we were at when we created them.“**

Albert Einstein

„There is no alternative!“ Diese politischen Schlagwörter werden immer wieder verwendet, um eine rigorose Wirtschaftspolitik zu legitimieren. Tatsächlich gibt es jedoch tausende von Alternativen zum aktuellen Wirtschafts- und Geldsystem, Alternativen, die eine intakte Umwelt und soziale Gerechtigkeit miteinschließen. Anstoß für die Summer School Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS) war der Wunsch, eine Übersicht über diese Reformvorschläge und bereits funktionierende Initiativen zu bieten. Die AEMS analysiert und diskutiert Alternativen zu einem Wirtschafts- und Finanzsystem, das auf endlosem Wachstum aufgebaut ist und die naturgegebenen Grenzen nicht respektiert.

Die Summer School 2018 findet bereits zum fünften Mal in Folge in Wien statt. Vom 25. Juli bis 10. August 2018 beschäftigten sich TeilnehmerInnen aus vielen verschiedenen Staaten (2017 waren es 54 aus 30 Ländern) mit unterschiedlichen Wirtschaftsmodellen im Spannungsfeld zwischen Energie- und Ressourcenverfügbarkeit, Konsum und Gemeinwohl. In Diskussionen, Vorträgen und Workshops diskutierten die Studierenden über die Wechselwirkungen von Gesellschaft und Ökonomie und mögliche Reform- bzw. Reorganisationsansätze für Wirtschafts- und Geldsysteme. Der interdisziplinäre Rahmen ermöglicht die

gezielte Auseinandersetzung mit ökosystemaren Grenzen, demographischem Wandel und sozialen Entwicklungen.

Konkret greift die AEMS drei zentrale Aspekte auf:

1. Den Bedarf an interdisziplinärem und vernetztem Denken, insbesondere zwischen Politik, Wirtschafts- und Naturwissenschaften, sowie das Einsetzen für einen holistischen Ansatz beim Thema Wirtschaft und Klimaschutz
2. Das Hinterfragen von dominanten, wirtschaftswissenschaftlichen Modellen und Ansätzen, die nicht mehr zeitgemäß sind und die Illusion unendlichen (Wirtschafts-) Wachstums unterstützen
3. Die Förderung von „Changemakers“, durch das Aufzeigen von Lösungsansätzen und das Vernetzen mit bereits bestehenden Initiativen

Durch diese drei Schwerpunkte möchte die Summer School sowohl in der Forschung als auch in der Politik Impulse setzen, Denkanstöße liefern und die Diskussion über alternative Modelle und Ansätze fördern.

Viele Österreichische Hochschulen und Universitäten sind Partner der Summer School. Darüber hinaus auch die Universitäten von Tokio und Tübingen und seit 2018 auch der Club of Rome.

Für diesen Sommer haben bereits namhafte Experten ihre Teilnahme zugesichert. Unter anderem: **Christian Felber, Raimund Dietz, Joseph Huber, Christian Kreiß, Bernard Lietaer, Helga Kromp-Kolb und Richard Werner.**

Anmeldungen und weitere Informationen unter : [www.summer-university.net](http://www.summer-university.net)

Die Summer School ist durchgängig in englischer Sprache gehalten, und die Veranstaltung wird gezielt in einschlägigen internationalen Netzwerken sowie aktiv und direkt an Universitäten weltweit beworben. Die OeAD-WV GmbH koordiniert die Bewerbung der Veranstaltung im internationalen Umfeld.



Die Teilnahmegebühr in Höhe von **1.390,- €** beinhaltet:

- Teilnahme an d. ges. Summer School
- Unterkunft im OeAD-Gästehaus für die gesamte Dauer der Summer School, + eine weitere Woche gratis
- Ticket für die öffentl. Verkehrsmittel Wiens während der Summer School
- zwei öffentliche Podiumsdiskussionen und einen Kinoabend
- ggf. eine Busfahrt im Rahmen eines Ausflugsangebots
- Ein Abendessen bei einem Wiener Heurigen

*persönliche Ausgaben (Essen, Versicherung) und Reisekosten s. nicht inkludiert.*

Für besonders motivierte, begabte aber weniger finanzkräftige Studierende wurde ein Stipendiumsystem eingerichtet. Damit kann auch Personen mit geringen finanziellen Mitteln die Teilnahme ermöglicht werden. Informationen dazu bitte der Webseite entnehmen.

**HUMANE WIRTSCHAFT** ist Medienpartner der Veranstaltung und wird gemäß den Bedingungen des Veranstalters ein Stipendium zur Teilnahme vergeben. (Dadurch reduzieren sich die Kosten für die Teilnahme auf **490,- €**)

## NICHT VERPASSEN!

**Bewerbungen für das Stipendium bis 31. 3. 2018 mit ausführlicher Beschreibung der Motivation bitte an folgende Adresse:**

**Redaktion HUMANE WIRTSCHAFT  
Schanzenweg 86 • 42111 Wuppertal  
[redaktion@humane-wirtschaft.de](mailto:redaktion@humane-wirtschaft.de)**

**Ende der Bewerbungsfrist: 31. März**

Bedingungen des Veranstalters hier einsehen:  
<http://summer-university.net/study-abroad/aems-vienna/application/>

# Termine 2018

Alle Terminangaben ohne Gewähr



## Gesprächs- und Leserkreise

Kontakt mit unserer Geschäftsstellenleiterin **Frau Erika Schmied** in unserer Geschäftsstelle in **Neustadt a. d. Aisch**.

E-Mail: [service@humane-wirtschaft.de](mailto:service@humane-wirtschaft.de)

Telefon: (09161) 87 28 672



## Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

**Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis** am 6. 3., 3. 4. und 1. 5.  
Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.  
Kontakt: Mark Brill, E-Mail: [dortmund@humane-wirtschaft.de](mailto:dortmund@humane-wirtschaft.de)



## Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag um 19 Uhr **Diskussionsrunde im Wichtel** in Böblingen (<http://www.wichtel.de/standorte/boeblingen/kontakt-lageanfahrt/>)  
Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: [stuttgart@humane-wirtschaft.de](mailto:stuttgart@humane-wirtschaft.de)



Wuppertal, Sa. 10. bis So. 11. März 2018

## 61. Mündener Gespräche

„Wie weiter mit Europa und dem Euro?“

u. a. mit Jörg Gude, Stefan Padberg, Max Danzmann, Frank Schäffler, Dirk Löhr, Thomas Betz – siehe auch S. 11 in dieser Ausgabe.

Programm: <https://t1p.de/MueGe>

Anmeldung: <https://t1p.de/Anm-61MueGe>



Darmstadt, Mo. 19. März 2018, 11:00 bis 17:30 Uhr

## „Wirtschaftsförderung 4.0 – Kooperative Wirtschaftsformen und kommunale Wirtschaftsförderung“

Veranstaltung der **Schader Stiftung** und des **Wuppertal-Instituts**

u. a. mit Bundesministerin Brigitte Zypries, Dr. Michael Kopatz, Norbert Rost und Prof. Uwe Schneidewind • Informationen und Anmeldung im Internet:

[https://schader-stiftung.de/wirtschaftsfoerderung\\_4.0](https://schader-stiftung.de/wirtschaftsfoerderung_4.0)



Wuppertal, Sa. 21. bis So. 22. April 2018

## „Wirtschaft und Gesellschaft“

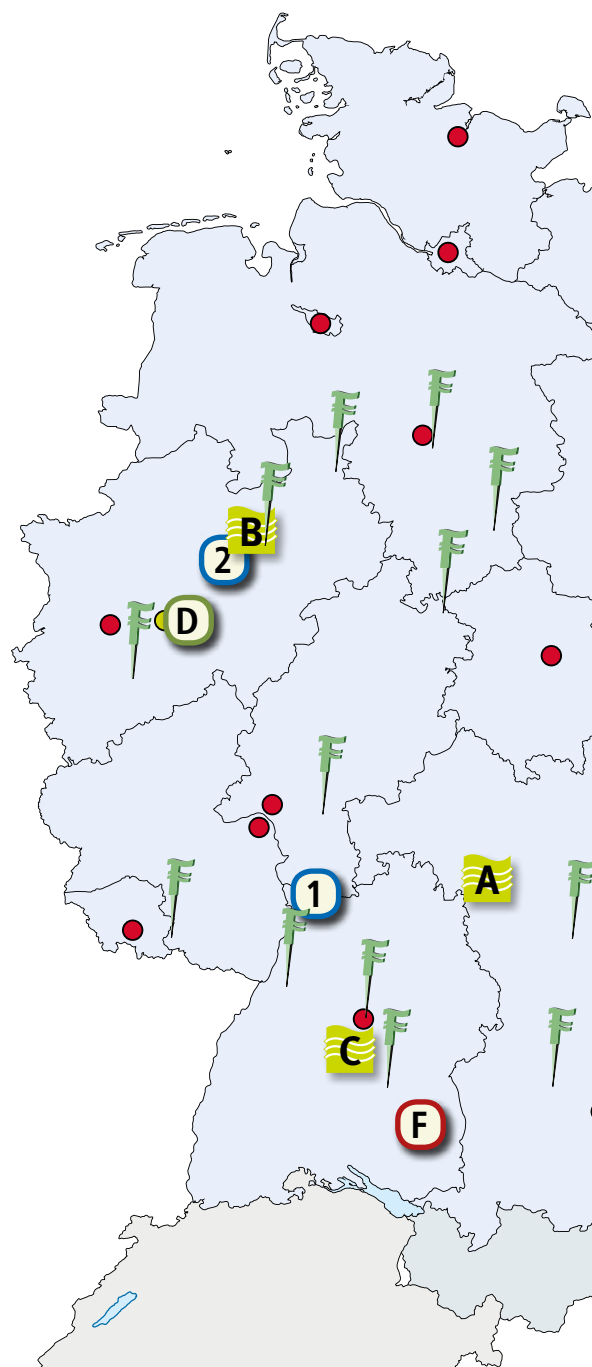
Auswirkungen einer Reform der Bodenordnung


Seminarreihe zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen

Weitere Details auf Seite 26 in dieser Ausgabe und online.

Ort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal

Informationen und Anmeldungen unter: <http://lernort-wuppertal.de>



 Kontaktpersonen „Fließendes Geld“ nach PLZ-Gebieten. In Zusammenarbeit mit der „Neues Geld gGmbH“ in Leipzig.

**PLZ, Ort** und **Kontakt-E-Mailadresse:**

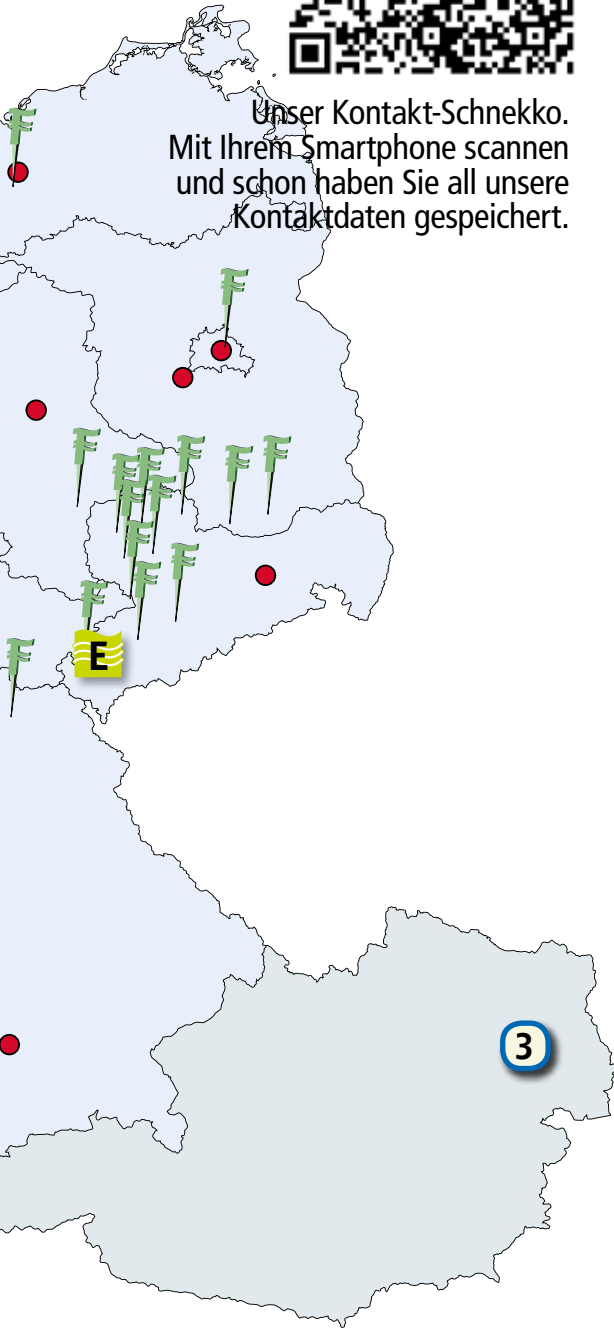
**0:** Altenburg [engelmann-klaus@t-online.de](mailto:engelmann-klaus@t-online.de)  
Halle [k.s.h@hotmail.de](mailto:k.s.h@hotmail.de)  
Lauchhammer [philipp.kapp@web.de](mailto:philipp.kapp@web.de)  
Leipzig [info@neuesgeld.net](mailto:info@neuesgeld.net)  
Leisnig, Grimma und Döbeln  
[Stammtisch-Leis-Gri-Doe@t-online.de](mailto:Stammtisch-Leis-Gri-Doe@t-online.de)  
Markkleeberg [info@christian-heller.name](mailto:info@christian-heller.name)  
Plauen [info@lehmmacke.de](mailto:info@lehmmacke.de)  
Zwickau [uta.pleissner@web.de](mailto:uta.pleissner@web.de)

**1:** Berlin [marlies.kujawa@yahoo.de](mailto:marlies.kujawa@yahoo.de)  
Pritzwalk [Marcel.Neumann1977@gmx.de](mailto:Marcel.Neumann1977@gmx.de)

**2:** Ihlow [karinbuse@web.de](mailto:karinbuse@web.de)



Unser Kontakt-Schnecko.  
Mit Ihrem Smartphone scannen  
und schon haben Sie all unsere  
Kontakt-daten gespeichert.



- 3:** Clausthal-Zellerf. [michael.boettcher@harz-for-fun.de](mailto:michael.boettcher@harz-for-fun.de)  
Marburg [post@regioinitiative.de](mailto:post@regioinitiative.de)
- 4:** Dortmund [fliessendes-geld-dortmund@online.de](mailto:fliessendes-geld-dortmund@online.de)  
Osnabrück [fliessendes-geld@osxnet.de](mailto:fliessendes-geld@osxnet.de)
- 6:** Frankfurt [rm-geld@web.de](mailto:rm-geld@web.de)  
Homburg [neuesgeld@egal-war-gestern.de](mailto:neuesgeld@egal-war-gestern.de)
- 7:** Stuttgart [said.bensedrine@gmail.com](mailto:said.bensedrine@gmail.com)  
Tübingen [grossmann@neuesgeld-engstingen.de](mailto:grossmann@neuesgeld-engstingen.de)
- 8:** Bad Wiessee [bogner.holz@t-online.de](mailto:bogner.holz@t-online.de)  
Augsburg [benedikt.michale@fm-michale.de](mailto:benedikt.michale@fm-michale.de)
- 9:** Kronach [hruyter@web.de](mailto:hruyter@web.de)  
Nürnberg [fabian\\_huck@web.de](mailto:fabian_huck@web.de)  
Weimar [info@ilm-kreisel.de](mailto:info@ilm-kreisel.de)

Viele weitere Infos: <http://www.neuesgeld.net>

**D** Wuppertal, jeden 3. Mittwoch im Monat, 17 bis 19 Uhr  
**Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive** und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.  
Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <http://lernort-wuppertal.de>

**E** Jeden 1. Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen  
**Stammtisch/Leserkreis Plauen – Im Malzhaus, Alter Teich 7, 08527 Plauen – Nächste Termine: 5. 3., 2. 4. und 7. Mai 2018**  
Kontakt: Andreas Wunderlich E-Mail: [plauen@humane-wirtschaft.de](mailto:plauen@humane-wirtschaft.de)

**F** Biberach a. d. Riß, jed. 3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr  
**Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“**  
Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.  
Ort: **TG-Heim Restaurant; Adenauerallee 11; 88400 Biberach a. d. Riß**  
Infos: S. Späth (01 76) 61 50 74 53 E-Mail: [Sebastian.Spaeth@bund.net](mailto:Sebastian.Spaeth@bund.net)  
weitere Informationen im Internet: <http://t1p.de/bund-biberach>

**2** Witten/Herdecke, Sa. 28. bis So. 29. April 2018  
**„Geldgipfel 2018“ Von der Finanzwirtschaft zur Realwirtschaft – 10 Jahre nach Lehman Brothers**  
Der nächste Geldgipfel der GLS Bank Stiftung findet erneut an der Universität Witten/Herdecke statt. Mit dabei sind u. a. Prof. Martin Hellweg, Ulrike Herrmann, Prof. Svenja Flechtner, Sven Giegold MdEP, Caspar Dohmen, Thomas Jorberg, Prof. Reinhard Loske und viele andere. Weitere Infos: <https://t1p.de/GG-2018>

**D** Wuppertal, Sa. 26. bis So. 27. Mai 2018  
**„Wirtschaft und Gesellschaft“**  
Die Zukunft des Bildungswesens – frei von staatlicher Bürokratie und privatem Kommerz  
Wir brauchen eine eigenständige Sozialwissenschaft der Kultur!  
**Seminarreihe zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen.** Details in der nächsten Ausgabe und online.

**3** Wien, Mi. 25. Juli bis Fr. 10. Aug. 2018 **Vormerken!**  
**„Alternative Economic and Monetary Systems“**  
**Internationale Summer University – The Economy of the Future**  
Summer school, u. a. mit Christian Felber, Bernard Lietaer, Christian Kreiß...  
Weitere Informationen siehe auch Seite 23 in dieser Ausgabe und unter: <http://summer-university.net>

**D** Wuppertal, Fr. 21. bis So. 23. Sept. 2018 **Vormerken!**  
**Jahresfeier HUMANE WIRTSCHAFT**  
Vorträge, Workshops und Begegnungen von Lesern, Autoren und Referenten in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal.  
Wuppertal, Sa. 27. und So. 28. Oktober 2018  
**62. Mündener Gespräche**  
„Zukunft des Bargeldes - Abschaffung oder Reform?“

# „Wirtschaft und Gesellschaft“

**Jetzt anmelden!**

## Seminarreihe zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen

Interessierte jeden Alters erlangen hier das Rüstzeug für die aktive Befassung mit Problemstellungen und Lösungsvorschlägen zum Geld- und Finanzsystem, der Bodenordnung und weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Kurs mit Workshop-Charakter wird geleitet von Fritz Andres und Eckhard Behrens und ist ein Projekt des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. in Bad Boll, an dem der Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V., Essen und der Lernort Wuppertal, getragen vom Freiwirtschaftlichen Jugendverband Deutschland e. V. mitwirken.

Teilnahmegeb. je Seminarwochenende 50,- €, Schüler/Studenten 25,- €.

Das Komplett-Verpflegungspaket während des gesamten Seminars (alle Mahlzeiten am Samstag und Sonntag, sowie alkoholfreie Tagungsgetränke, heiß und kalt) kostet 39,- €.

Zusätzlich können preiswerte Übernachtungen in der Tagungsstätte gebucht werden. Anreise Freitag ist möglich. Nähere Informationen siehe Anmeldeformular.

### Veranstaltungsort:

**Silvio-Gesell-Tagungsstätte**  
Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal  
<http://sgt-wuppertal.de>

Nähere Informationen und Anmeldung unter:

<http://lernort-wuppertal.de> und  
<http://humane-wirtschaft.de>  
Infotelefon: 0 20 53 - 42 37 66  
E-Mail: [redaktion@humane-wirtschaft.de](mailto:redaktion@humane-wirtschaft.de)

## 21. und 22. April 2018

### Auswirkungen einer Reform der Bodenordnung

Der Boden spielt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in Wissenschaft und Politik kaum noch eine Rolle. Die Volkswirtschaftslehre spricht zwar von drei Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital – sieht im Boden aber doch nur ein Kapitalgut, das keine besondere Beachtung verdient. Die Fragen rund um den Boden, die schon immer ein heißes Eisen waren, bleiben daher nicht nur ungelöst, sondern – schlimmer noch – sie werden gar nicht mehr gestellt.

Der Zusammenhang vieler besorgniserregender Phänomene und Ereignisse mit den Fehlern unserer Bodenordnung wird dementsprechend nicht durchschaut. Verdrängte Probleme gären aber weiter und verschaffen sich ungeordnet Luft: das ist im sozialen Ganzen nicht anders als beim Einzelnen. Das Tableau der Problemfelder ist vielfältig:

- Armut und gewaltsame Auseinandersetzungen in der Dritten Welt, die weitgehend auf der ungerechten Verteilung des Bodens und der übrigen natürlichen Ressourcen beruhen,
- Landgrabbing als moderne Form des internationalen Kriegs um knapper werdende Natur-Ressourcen
- die ökologische Handlungslähmung der Staaten und der Menschheit insgesamt trotz unübersehbar fortschreitender Zerstörung ihrer natürlichen Daseinsgrundlagen
- die internationalen Streitigkeiten um Land, Wasser und Rohstoffe
- die Immobilienkrisen der letzten Jahre, die die Notwendigkeit einer Trennung von Bodenmarkt und Kapitalmarkt veranschaulichen
- die Probleme der Entwicklung unserer Städte und des Wohnungsmarktes usw.

Die Vielheit der Missstände, die unsere heutige Bodenordnung hervorruft, zeigt die Vielfalt der Auswirkungen, die von einer Reform der Bodenordnung erwartet werden können. Der Einsatz für eine Reform der Bodenordnung lohnt sich also!

**Referenten:** Fritz Andres, Kirn; Eckhard Behrens, Heidelberg (beide SffO, Bad Boll).

Begleitend zum Seminar gibt es folgende Schriften der „Fragen der Freiheit“

- Heft 38 Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der Sozialen Marktwirtschaft  
Heft 208 Brüderliche Bodenordnung  
Heft 215 Die Bodenfrage wird bewusst – u. a. mit Positionspapier des Seminars zur Reform der Bodenordnung  
Heft 239 Bodenordnung und Frieden  
Heft 245 Fortschritt und Armut  
Heft 257 Wieviel Erde braucht der Mensch?  
Heft 270 Der Boden als Privileg und Kapitalgut  
Heft 272 Eigentumsrechte und Allokationseffizienz  
Heft 281 Immobilienblase, Klimaproblem  
Heft 283 Internationale Klimakonferenzen

Hefte 23, 34, 38 und 84 je Heft 2,50 €, alle anderen 5,- €/Heft. Zu beziehen über das Seminar für Freiheitliche Ordnung, <http://www.sffo.de> oder während der Veranstaltung.

### Das Programm 21. und 22. April 2018:

#### Samstag, 21. April 2018

- 9:30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros  
10:00 Uhr Begrüßung und Einführung in das Tagungsthema  
10:30 Uhr Erhebung und Verwendung der Entgelte für die Bodennutzung  
11:15 Uhr Pause  
11:45 Uhr Erbbaurecht und Bodenwertsteuer als Wege zur Reform der Bodenordnung  
12:30 Uhr Mittagspause  
14:30 Uhr Kaffeeangebot im Tagungsraum  
15:00 Uhr Die Bodenreform erleichtert die Stadtplanung  
16:30 Uhr Pause

- 17:00 Uhr Die Bodenreform macht den Staat ökologisch handlungsfähig  
18:00 Uhr Abendessen  
20:00 Uhr Bodenreform und Gerechtigkeit

#### Sonntag, 22. April 2018

- 9:00 Uhr Ohne Reform der Bodenordnung keine internationale Friedensordnung  
10:00 Uhr Pause  
10:15 Uhr Bodenreform und Staatsbild  
10:45 Uhr Bodenreform und Menschenbild  
11:15 Uhr Was können wir tun – auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene? Tagungsrückblick  
12:00 Uhr Tagungsabschluss

**Folgetermin 26. und 26. Mai 2018:**  
Details in Heft 03/2018 dieser Zeitschrift.



SEMINAR FÜR  
FREIHEITLICHE  
ORDNUNG e. V.

# Eden: zur Aktualität der Reformgedanken

Das Kunst- und Diskussionsprojekt *re:form* will die Gründungsgedanken der Oranienburger Obstbaukolonie neu reflektieren.

Dietrich Heißenbüttel



Die Bundeskulturstiftung hat zuerst zugesagt. Aber der Eintrag ins Vereinsregister lässt noch auf sich warten. Die Obstbaukolonie Eden in Oranienburg bei Berlin (s. zuletzt **HUMANE WIRTSCHAFT** 02/2017) feiert in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen und ist damit „die älteste noch bestehende lebensreformerische Siedlungsgenossenschaft“ – so Judith Baumgartner im großen, 2001 erschienenen, zwei-bändigen Katalog über die Lebensreform.<sup>[4]</sup> Um diese Siedlung der Pioniere des humanen Lebens und Wirtschaftens über Oranienburg hinaus wieder mehr ins Bewusstsein zu rücken, aber auch, um die Impulse, die von ihr ausgingen, aus heutiger Sicht neu zu beleuchten, hat sich der Verein *re:form* gegründet, der im Rahmen des Jubiläums mit Workshops, Diskussionen und künstlerischen Projekten die Reformgedanken neu verorten will. Initiatoren sind Karin Kasböck und Christoph Leitner, die als Künstlerduo unter dem Namen *bankleer* firmieren und vor einigen Jahren, begeistert von der Geschichte der Reformsiedlung, nach Eden gezogen sind. Noch ist nicht alles in trockenen Tüchern, aber die Grundkoordinaten stehen, und bereits im April beginnt ein Seminar des Natural Building Lab der TU Berlin, sich die Siedlung anzusehen, um im Lauf des Sommersemesters Elemente für die Projektinfrastruktur zu entwickeln.

Das Programm soll sich zwischen zwei Polen von Mai bis September entfalten, die zugleich den Edener Jubi-

1 Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900, Bd. 1, Darmstadt 2001, S. 511.

läumssommer bestimmen: Der Auftakt am 26. und 27. Mai, fast genau 125 Jahre vor der historischen Gründungsversammlung im Berliner vegetarischen Speisehaus Ceres, fällt mit der 125-Jahr-Feier der Siedlung zusammen. Einleitend wird eine alte Edener Tradition, das „Aufwecken“, zu neuem Leben erweckt: Angeleitet von zwei Choreografinnen, ziehen Edener Kinder in einer musikalischen Prozession durch die Siedlung, um den Beginn der Ereignisse anzukündigen. Die Auftaktveranstaltung soll vor allem den Kennlern dienen. In einer ersten Versammlung stellen sich die Genossenschaft, Edener Vereine und Akteure wie die Musikwerkstatt oder der Apfelkräutergarten sowie eingeladene Gäste vor. Es folgt ein Rundgang durch die Siedlung und die Museumsausstellung, um die Örtlichkeiten und ihre wechselhafte Geschichte vorzustellen. Anschließend finden sich Edener und Gäste zu eigenständigen Workshop-Gruppen zusammen: Gartenbau-Initiativen aus Berlin treten in einen Dialog mit Edener Gärtner/innen. Die Kochgruppe tauscht sich aus mit Vertretern veganer Ernährung. Eine Theater-AG wird auf den Spuren der früheren Wiener Hofschauspielerin Anna Rubner, die zwischen den beiden Weltkriegen in Eden gelebt und mit der Heimatbühne mehr als 300 Stücke aufgeführt hat, ein Programm zur Geschichte der Siedlung erarbeiten.

Lebensreform, Bodenreform und Wirtschaftsreform: Dies waren die drei Gründungsgedanken der Siedlungsge-



nossenschaft, wie sie im Emblem mit den drei stilisierten Bäumen zum Ausdruck gelangen.


Jedem dieser drei Schwerpunkte ist den Sommer über ein „Eden-Salon“ gewidmet. Ausgewiesene Kenner des jeweiligen Themas diskutieren mit Edenern über die Ausgangspunkte der Reformbewegung, über die Edener Entwicklung bis heute und über die Aktualität oder eine mögliche Aktualisierung der Reformansätze. Von 1911 an hat Silvio Gesell in Eden gelebt und hier sein Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ geschrieben. Im dritten Eden-Salon am 26. August wird **HUMANE WIRTSCHAFT** mit Bewohnern der Siedlung die Aktualität seiner Gedanken diskutieren.

Das traditionelle Apfelfest, dieses Jahr am 23. September, soll den Rahmen bilden, um in einer fünftägigen Sommerakademie die Ernte einzufahren, im ganz wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Der Gartenbau-Workshop wird die Ergebnisse seiner im Sommer angelegten Beete präsentieren. Der Koch-Workshop übernimmt die Verpflegung. Eine Ausstellung zeigt den Blick heutiger Künstler auf die Reform-

siedlung. Die Diskussionen aus den Salons werden noch einmal aufgegriffen. Das Programm der Theatergruppe gelangt zur Aufführung. Zum krönenden Höhepunkt erscheint eine Zeitschrift, in der eine Künstlerin mit Bewohnern Edens die 125-jährige Geschichte der Siedlung aufarbeitet. Eine abschließende Diskussion soll noch einmal alle Ereignisse und Diskussionen Revue passieren lassen, um zu einer Einschätzung über mögliche Zukunftsperspektiven zu gelangen.

Denn Eden, das darf nicht verschwiegen werden, stand schon einmal besser da. Aus verschiedenen Gründen (s. **HUMANE WIRTSCHAFT** 06/2017) sind die Bedingungen, unter denen die Sied-

lung 1932 mit dem 8. Internationalen Vegetarier-Kongress einen Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichte, heute so nicht mehr gegeben. Zugleich sind aber die Gründungsgedanken unvermindert aktuell – vielleicht so aktuell wie nie. Eine soziale und ökologische Reform, die den schädlichen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftsform eine Alternative entgegensetzt, wäre dringend nötig. Aus der Geschichte Edens neue Ansätze zu gewinnen – nicht nur für die Reformsiedlung selbst – ist das erklärte Ziel des Projekts. „re:form“, so heißt es im Projektantrag: „damit ist gemeint, die Impulse der Lebensreform aus den Gründertagen der Siedlung auf einen aktuellen Stand zu bringen; die Reform zu reformieren; und für grund-

gende lebensreformerische Gedanken, die an sich keineswegs an Bedeutung verloren haben, neue Formen zu finden, vorzustellen und zu diskutieren.“ 

#### Zum Autor

Dr. Dietrich Heißenbüttel



Geboren 1956 in Hamburg. Ausbildung zum Schreiner und Möbelrestaurator. Studium der Kunstgeschichte und der Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Stuttgart. Promotion in Kunstgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitet als Kunsthistoriker, Journalist und Übersetzer.

Website: <http://artwritings.de>

## Was ist Wirtschaftsphilosophie?

Gero Jenner

In der „Offenen Gesellschaft und ihre Feinde“ vertrat Karl Popper mit großer Entschiedenheit die Position, dass größere Eingriffe in die Wirtschaft, vor allem solche ideologisch motivierter Art, meist unheilvoll und deshalb zu vermeiden seien. Popper schrieb sein berühmtes Werk gegen Ende der dreißiger Jahre. Da standen ihm einerseits die verheerenden Auswirkungen einer von Textbuchideologen gesteuerten Zentralwirtschaft vor Augen, wo ein Politbüro die arbeitenden Massen in das Korsett einer Zwangswirtschaft schnürte, andererseits war sich Popper aber auch der Gefahren eines Kapitalismus bewusst, der dazu tendierte, die Interessen einer Handvoll von Monopolisten über die der Gesamtbevölkerung zu stellen. Dem-

gegenüber propagierte Popper ein **Modell der kleinen Schritte**, nämlich eines „social engineering“, das jeden vorausgegangen ökonomischen Eingriff genauestens im Hinblick auf seine Auswirkungen untersucht, bevor es einen weitere Maßnahme wagt. Bei seiner Warnung hatte Popper vermutlich die Wirtschaft als einer Art hoch-komplexer Maschinerie vor Augen. Wenn ein Laie dort eingreift, richtet er gewöhnlich die größten Schäden an.

Poppers Haltung beruhte auf einer gesunden Skepsis. Im Bereich von Politik, Gesellschaft und Ökonomie ist unser Wissen begrenzt. Wir müssen ständig mit einer Vielzahl von Faktoren

rechnen, deren Einfluss auf die Gesamtheit des Geschehens wir in der Regel nur ungefähr abschätzen können. Die Zukunft ist daher grundsätzlich offen (das war die Botschaft, um die es Popper eigentlich ging). Wer glaubt, sie mit Hilfe von Patentrezepten in eine bestimmte Bahn zwingen zu können, bewirkt in der Regel mehr Unheil als Nutzen.

Dem gleichen Aufruf zur Vorsicht begegnet man bei einem neueren Autor, dem Historiker Joachim Radkau. Er hat die Vorschläge Poppers – ohne diesen ausdrücklich zu nennen – in zehn Geboten sozusagen in Stein gemeißelt. Ein Historiker würde sich in der Tat mit Prophezeiungen über die Zukunft lächerlich machen. Wird die deutsche

Demokratie in zehn Jahren von einer Plutokratie abgelöst oder wird sie im Gegenteil basisnäher als heute sein? Ist eine Demontage des Sozialstaats für die kommenden Jahre zu erwarten oder wird die derzeitige Vollbeschäftigung im Gegenteil dessen Ausbau ermöglichen? Wird Deutschland in den kommenden Dekaden von linken oder von rechten Parteien regiert? Auf so komplexe Fragen vermag eine seriöse Wissenschaft keine verlässliche Antwort zu geben.

## Wirtschaftsphilosophie

geht viel grundsätzlicher vor – wie dies ja überhaupt zum Wesen der Philosophie gehört. Sie stellt nämlich die entscheidende Frage, *wohin all die kleinen Schritte führen?* Vorsicht kann aus ihrer Sicht nur dann als Tugend gelten, wenn sie den Horizont berechtigter Fragen nicht mit einem Feuerwall verbarrikadiert. Mit Popper ist sie sich darin einig, dass die Zukunft grundsätzlich offen ist, und kühne Prophezeiungen von der eben genannten Art keine wissenschaftlich vertretbaren Antworten erlauben. Sie beharrt aber darauf, dass wir sehr wohl seriöse *Wenn-Dann-Aussagen* über zukünftige Entwicklungen treffen können.

Ob Europa zum Beispiel in den kommenden Jahren zu einer Einheit zusammenwächst oder wieder in Einzelstaaten zerfällt, hängt in erster Linie ganz gewiss davon ab, ob die führenden Politiker dies wollen, d. h. ob sie Maßnahmen zur Förderung der europäischen Einheit beschließen und ob sie darüber hinaus in der Lage sind, die Bevölkerung dabei als Bundesgenossen auf ihre Seite zu bringen.

Auf den Unterschied von kleinen zu großen Schritten kommt es dabei gar nicht wesentlich an. Eine die Zukunft bewusst gestaltende Planung, welche die Bevölkerungsmehrheit auf ihrer Seite weiß, braucht bei kleinen Schritten nicht stehen zu bleiben. Im Gegensatz zu angelsächsischen Ländern, wo oft nur von einem Quartal zum nächsten geplant worden ist, haben die Unternehmen der einstmaligen Deutschland AG und die Konzerne Japans nach Ende des Krieges keine Politik der kleinen Schritte, sondern im Gegenteil eine der langfristigen großen Planung betrieben – wie man weiß, überwie-

gend mit durchschlagendem Erfolg. In den Zeiten seiner größten wirtschaftlichen Expansion hat das demokratische Inselreich darüber hinaus die gesamte Ökonomie überaus wirksam gesteuert. Die Zukunft war in diesem Fall keineswegs offen, *denn sie wurde durch das Wollen der einflussreichsten Akteure bewusst in eine ganz bestimmte Richtung gelenkt.*

China, ein autoritäres Regime, verdankt seinen erstaunlichen Aufstieg einer ebensolchen Politik der langfristigen Planung, d. h. einer Politik der sehr großen Schritte. Die Planer gehen dort nach der Maxime vor: *Wenn* wir für bestimmte Rahmenbedingungen sorgen, *dann* wird die ökonomische Wirklichkeit mit großer Wahrscheinlichkeit in fünf oder zehn Jahren unseren Erwartungen entsprechen. Die grundsätzliche Offenheit der Zukunft wird dadurch zwar keineswegs in Frage gestellt oder gar aus der Welt geschafft. Soziale Unruhen, Seuchen, Kriege und viele andere Faktoren können die besten Planungen durchkreuzen, aber sicher wäre es eine Dummheit, wenn die Regierungen dieser Länder, nur weil sich eine solche Gefahr nie endgültig bannen lässt, auf sie verzichten würden. Im besten Fall gelingt ihnen durch eine zielgerichtete Planung des Kommenden, dessen Offenheit wesentlich zu begrenzen.

## Die Grenzen des Wachstums

Die Grundfrage einer Wirtschaftsphilosophie: *Wohin denn all die kleinen und weniger kleinen Schritte der sozial-ökonomischen Planung am Ende führen?*, ist letztlich von ausschlaggebender Bedeutung. Unternehmen oder Staaten, die sich bei jedem folgenden Schritt ausschließlich daran orientieren, ob der ihm jeweils vorangegangene denn auch den gewünschten Erfolg erzielte, können zwar sicher sein, den Weg des geringsten Widerstands zu beschreiten, *aber dieser kann sie sehr wohl in den Abgrund führen.* Manche Kassandra unserer Zeit behaupten ja in der Tat, dass die industrielle Ökonomie genau diese Gefahr beschwöre. Die Philosophie der Wirtschaft konfrontiert die kurzfristigen Auswirkungen ökonomischen Handelns daher mit dessen langfristigen Folgen. Es gehört zu den Paradoxien menschlichen Handelns, dass die jeweiligen Bewertungen sich grundlegend unterscheiden können.

Fragen nach den langfristigen Auswirkungen ökonomischen Handelns sind keineswegs neu, aber es bedeutete einen Durchbruch, als die 1972 veröffentlichte Studie über „Die Grenzen des Wachstums“ sie zum ersten Mal für die Entwicklung des Globus als Ganzem stellte. Dieses Werk und sein damaliger Sensationserfolg, der einerseits in öffentlichem Beifall, andererseits in kaum verhehlter Empörung bestand, bleibt bis heute exemplarisch. „Die Grenzen des Wachstums“ erhellen zur gleichen Zeit die *Motivation*, die *Widerstände* und die *Gefahren*, welche mit einer solchen grundsätzlichen und langfristig angelegten Art der Wirtschaftsanalyse – eben einer Wirtschaftsphilosophie – unausweichlich verbunden sind.

## I. Die Motivation

ist dieselbe, die allem menschlichen Denken über die Wirklichkeit von jeher zugrunde liegt: unser Wünschen und Hoffen. Aber es sind in diesem Fall nicht die mächtigen, gegenwartsbezogenen Erwartungen, wie sie den Alltagskonsum und das Wachsen der Wirtschaft beflügeln. Die meisten Menschen, vor allem natürlich jene aus den Entwicklungsstaaten, wünschen sich nichts sehnlicher als den Besitz all jener das Leben erleichternden Produkte, die ihnen eine starke und wachsende Wirtschaft verheißt.

Das war nicht das Thema von Donella und Dennis Meadows. Dennoch waren sie von nicht weniger elementaren Wünschen und Hoffnungen beseelt, als sie ihr Werk verfassten. Nur waren es in ihrem Fall Hoffnungen, die weniger der Gegenwart als der Zukunft der Menschheit galten. Sie wünschten sich einen Globus, auf dem auch unsere Enkel und deren Nachfahren noch menschenwürdige Bedingungen vorfinden würden. Die Motivation für ihr Buch lag in der Befürchtung, dass wenig Grund zu dieser Hoffnung bestehe, wenn die Menschheit ihre Ressourcen weiterhin im gewohnten Tempo verprasst.

## II. Die Widerstände,

denen sich „Die Grenzen des Wachstums“ bald nach ihrem Erscheinen ausgesetzt sahen, erklären sich aus dem Zusammenprall zweier mächtiger Erwartungsströme, die jede ein völlig

anderes ökonomisches Handeln erfordern. Wer die Hoffnungen auf Wachstum befriedigen wollte, und zwar im Hier und Jetzt, der scherte sich nicht um die Warnungen des Club of Rome, wie gut diese auch begründet sein mochten. Wer dagegen die Zukunft der Enkel und späteren Nachfahren im Auge hatte, für den waren diese Warnungen bitterer Ernst, während die Fixierung auf den gegenwärtigen Nutzen als reine Frivolität erschien. Denn eines mussten ja auch die größten Zweifler als evident akzeptieren. Es gibt *unüberschreitbare Grenzen* des materiellen, quantitativen Wachstums; kein Baum schießt bis zum Himmel empor. Der Grundgedanke des Buches war über jeden Zweifel erhaben, ganz unabhängig davon, ob alle Daten richtig bestimmt und die Folgerungen aus ihnen in jedem Fall unanfechtbar waren.

Dennoch zeigte sich sehr schnell, wer in diesem Streit der Erwartungen den Sieg davontragen würde: Die Gegenwart mit ihren drängenden Wünschen nach umgehender Befriedigung im Hier und Jetzt? Oder die Zukunft, die man für kommende Generationen erhalten wollte? Die Wegblicker, die Vertuscher und Opportunisten, also die überwiegende Mehrheit, triumphierte, als man den „Grenzen des Wachstums“ einige zu pessimistische, sachlich nicht gerechtfertigte Voraussagen nachweisen konnte. Manche hielten das Problem damit überhaupt für erledigt.

### III. Die Gefahren,



denen sich diese wie jede andere Wirtschaftsphilosophie stellen muss, lassen sich exemplarisch an derartigen Reaktionen ablesen. Sie liegen in der Offenheit der Zukunft, genauer gesagt, liegen sie darin, dass es fast immer mögliche Alternativen gibt, die übersehen werden, manchmal auch solche, die man nicht sehen kann, weil es sich dabei um zukünftige Erfindungen handelt. So ist es zum Beispiel denkbar, dass die Kernfusion eines Tages mehr Energie zur Verfügung stellt, als der Mensch überhaupt zu verbrauchen vermag; in diesem Fall wären alle Sorgen über die Vergiftung der Umwelt durch CO<sub>2</sub>-Emissionen von einem Tag auf den anderen gegenstandslos. Eine solche auf menschlicher Intelligenz beruhende Offenheit der Zukunft ist niemals auszuschließen, andererseits müssen



wir aber auch dann mit der Möglichkeit rechnen, ein Danaergeschenk zu erwerben, weil der Globus den Wärmetod stirbt und ein solches energetisches Füllhorn den Umsatz der noch verbliebenen Rohstoffe so sehr in die Höhe schraubt, dass wir die Grenzen des Wachstums außerhalb des Energiebereichs noch weit schneller erreichen.

### Offene und geschlossene Alternativen



Die entscheidende Neuerung, welche die Wissenschaften und die darauf begründete Technik seit drei Jahrhunderten in die Geschichte einführt, ist die größere Verlässlichkeit menschlicher Planung. Zehntausende von Flugzeugen sind an jedem Tag zu einem Ziel irgendwo in der Welt auf dem Weg, in der Regel erreichen fast alle ihren Bestimmungsort. Inzwischen gilt das sogar für Raketen zum Mars – eine langfristige Planung, denn sie treffen dort ja erst ein halbes Jahr später ein. Angefangen beim Handy bis zur Rakete beherrschen die Planungen der Technik unser gesamtes Leben. In ihrem jeweiligen Anwendungsbereich erlauben diese Geräte ein gerechtfertigtes Vertrauen in die Zukunft, denn sie verhalten sich im Allgemeinen so wie geplant.

Wissenschaft und Technik – diese Subsysteme menschlichen Handelns – unterscheiden sich allerdings dadurch von der sie umgreifenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Realität, dass sie mit *geschlossenen Alternativen* operieren. Eine flugfähige Rakete zum Mars trifft an ihrem Bestimmungsort ein oder nicht. Es gibt nur diese zwei Möglichkeiten. Eine dritte von der Art, dass ein Engel die Rakete trotz eines Aussetzens der Triebwerke oder einer falschen Berechnung der Bahn doch sicher ans Ziel geleitet, werden gläubige Menschen nicht völlig ausschließen wollen, aber üblicherweise werden auch sie zugeben, dass auf ein Wunder *per definitionem* wenig Verlass ist. Bei einem Handy ist die Sache offen-

bar weniger einfach. Es gibt mehr Alternativen als nur das völlige Versagen auf der einen und fehlerfreies Funktionieren auf der anderen Seite. Aber auch in diesem Fall sind die möglichen Alternativen geschlossen – wäre die Menge an Fehlern unendlich, würde jede sinnvolle Planung ergebnislos sein.

Ganz anders verhält es sich, wenn es um die *globalen Auswirkungen* technischer oder sozialer Neuerungen geht. Da sind die denkbaren Alternativen in den seltensten Fällen geschlossen. Genau hier liegt der Grund, warum eine seriöse Wirtschaftsphilosophie nur selten zu eindeutigen Voraussagen in der Lage ist. Sie muss sich darauf beschränken, ihre Aussagen über die Zukunft in Wenn-Dann-Sätzen aufzustellen.

Zum Beispiel: *Wenn* biologisch nicht abbaubarer Plastikmüll in gleichen Mengen wie bisher in die Meere gelangt, *dann* ist mit einem ökologischen Kollaps zu rechnen, auch wenn wir gegenwärtig nicht wissen, ob dieser in zwanzig oder in zweihundert Jahren eintreten wird.

Oder: *Wenn* westliche Staaten den Schuldenberg weiterhin jährlich erhöhen und ihn durch entsprechendes Wachstum nicht länger abtragen können, *dann* werden entweder die Gläubiger eines Tages die Schuldner völlig zu Boden drücken oder es werden umgekehrt die Schuldner die Gläubiger enteignen. Mehr als diese beiden geschlossenen Alternativen, die in der Regel zu schweren sozialen Kämpfen führten, hat es in der bisherigen Geschichte des Menschen niemals gegeben. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat auch niemand zu zeigen vermocht, dass neben diesen beiden Möglichkeiten noch andere, bisher übersehene existieren.

Ebenso hat im Hinblick auf ein Wachstum, das keine Grenzen kennt, bis zu diesem Tag niemand zeigen können, wie wir den dadurch beschworenen



Gefahren entgehen. *Wenn* wir der Umwelt immer mehr nicht-erneuerbare Ressourcen entnehmen und es für eine Reihe von ihnen zweifelsfrei nachweisbar ist, dass sie nur in begrenztem Umfang vorhanden sind, *dann* sind wir zu der Prognose gezwungen, dass sie uns in Zukunft – in manchen Fällen wie bei Phosphor oder Kupfer schon in naher Zukunft – nicht mehr zur Verfügung stehen.

Dennoch sind Voraussagen, die auf solchen Sätzen gründen, mit großer Unsicherheit behaftet, weil die Prämissen eben keinesfalls mit Notwendigkeit zu erwarten sind. Wir haben es nicht länger mit geschlossenen Alternativen zu tun. So stellt die Prognose, *dass* die Menschheit der Umwelt auch künftig immer mehr knappe Rohstoffe entnehmen wird, eine durch nichts zu beweisende Behauptung dar. Im ungünstigsten Fall könnte ein negatives Wachstum, d.h. ein Schrumpfen der Wirtschaft, den Verbrauch massiv reduzieren, im besten Fall kommt eine radikal umgestaltete Wirtschaft bei gleichem Lebensstandard mit einem Bruchteil der Ressourcen aus. In solchen Fällen gelangt die Wirtschaftsphilosophie über mehr oder weniger plausible Annahmen nicht hinaus, andernfalls würde sie sich in unbeweisbaren Spekulationen verlieren.

## Die doppelte Wurzel der Prophetie



Dabei ruht die Vorhersage der Zukunft auf zwei ganz unterschiedlichen Säulen, nämlich einerseits auf dem technischen Stand der Entwicklung zu einer bestimmten Zeit und andererseits auf dem menschlichen Wollen, wie es sich aus Wünschen und Hoffnungen speist.

Zweimal in der Geschichte des Menschen haben die Erfindungen der Technik die größten sozialen Umwälzungen bewirkt. Das erste Mal in der Zeit vor etwa zehntausend Jahren, als der Mensch, statt seine Nahrung weiterhin zu jagen und einzusammeln, damit begann, diese in eigener Regie herzustellen bzw. zu hegen. Das zweite Mal kam es zu einer ebenso radikalen Wende, als mit der industriellen Revolution eine Epoche des materiellen Überflusses begann. Alles scheint darauf hinzudeuten, dass sich die Menschheit seit Ende des zwanzigsten Jahrhunderts neuerlich vor

einem nicht weniger einschneidenden und folgenreichen Umbruch befindet: der Digitalen Revolution.

Technische Erfindungen können das Leben auf grundlegende Art umgestalten, ohne dass selbst die kühnsten Propheeten vor ihrer tatsächlichen Anwendung die damit verbundenen Auswirkungen voraussehen vermochten. Im Rückblick und über den Verlauf der gesamten Geschichte betrachtet, ist der materielle Fortschritt, den sie bewirkten, ein unbestreitbares und in seinem Ausmaß atemberaubendes Faktum.

*Damit erweitert sich der Horizont möglicher Planung.* Unsere durch Wissenschaft und Technik geprägte Epoche zeichnet sich vor allen vorangehenden dadurch aus, dass sie zukünftige Ereignisse – sofern sie unabhängig von menschlichem Wollen und Wünschen sind, also den Naturgesetzen gehorchen -, in immer weiterem Umfang und größerem Detail in beiden Richtungen der Zeit voraus und zurück zu berechnen vermag. Das gilt für die Bahnen der Planeten wie für den Beginn des Universums oder das Erlöschen des nuklearen Sonnenfeuers.

Und es gilt auch für eine Ökonomie, die sich des technischen Instrumentariums zur Daseinsbeherrschung in steigendem Maße bedient. Der öffentliche Verkehr in der Luft, auf Gleisen und auf den Autobahnen, die tägliche Versorgung mit Energie in allen Formen, der nahezu unendliche Informationsfluss zur gegenseitigen Ab- und Angleichung der Handlungsabläufe – all das muss in einer modernen Wirtschaft mit der Präzision eines Uhrwerks funktionieren, sonst würde das ökonomische Räderwerk augenblicklich ins Stottern oder Stocken geraten. Normalerweise ist der tägliche, jährliche, ja selbst der Zehnjahrestakt einer Wirtschaft weitgehend prognostizierbar. Die ökonomische Maschinerie funktioniert nur soweit und auch nur solange, wie eine sorgfältig geplante Zukunft eben gerade nicht offen ist.

## Das Fundament der Ökonomie – menschliches Wollen



Die Grenzen der Planung sind dennoch auch hier evident. Selbst wenn sich eine moderne Wirtschaft durchgehend auf technische Mittel stützt, die sämt-

lich auf Gesetzen beruhen, die unabhängig von menschlichem Wollen und Wünschen bestehen, so haben die Planungen selbst doch nichts anderes zu ihrer Voraussetzung als eben dieses menschliche Wollen. Zu behaupten, dass die schöpferische Vernunft, also das Wollen, *unabhängig von menschlichem Wollen sei*, wäre absurd (auch wenn eingefleischte Deterministen eben diese Absurdität begehen, indem sie auch das Wollen selbst in Naturgesetzen verankern). Prophetie bleibt auch in einer modernen Wirtschaft auf schwankendem Boden errichtet.

Allerdings darf man sich die Abhängigkeit der Wirtschaft von menschlichem Wollen nicht so einfach vorstellen, als würden wir nur aufgrund eines veränderten Bewusstseins und einer darauf beruhenden Neuorientierung eine grundsätzlich veränderte Wirtschaft gleichsam aus dem Nichts zaubern können. Gegenwärtige Erwartungen spielen immer nur eine vergleichsweise geringe Rolle neben allem vergangenen Wollen, das sich bereits zu Institutionen verfestigt hat. Derjenige Teil der Wirtschaft, mit dem wir leben müssen – oder leben dürfen -, weil ihn unsere Vorfahren so geschaffen haben, ist unendlich groß gegenüber demjenigen Teil, den die heutige Generation gerade erschafft oder in ihrem Sinne neugestaltet. Damit verhält es sich nicht anders als mit der Sprache. Die meisten Wörter und die ganze Grammatik übernehmen wir von den uns vorangegangenen Menschen, nur einen kleinen Teil trägt die jeweils lebende Generation ihrerseits zu diesem Erbe bei. Zwar ist die Feststellung völlig richtig, dass alle wirtschaftlichen Institutionen ihren Ursprung in menschlichem Wollen und Wünschen haben, aber der größte Teil dieses Wollens existiert in kristalliner Form in Gestalt von etablierten Institutionen, die dem Wollen der jeweils lebenden Generation ebenso große Hindernisse entgegensetzen (bzw. ebenso große Chancen gewähren) wie die Ordnung einer äußeren Natur, mit deren Gesetzen sich der Mensch abfinden muss.

Deshalb ist es völlig richtig, dass Umstellungen gewöhnlich in kleinen Schritten erfolgen – gewaltsame Eingriffe in eine gewachsene Ordnung bringen gewöhnlich nur Chaos hervor. Das Denken allerdings kann und soll auch noch die größten Schritte wagen.



Wirtschaftsphilosophie darf sich von der naturgegebenen Trägheit gewordener Institutionen nicht einschüchtern lassen. Ihre Aufgabe ist es, stets nach den *letzten* Konsequenzen ökonomischen und sozialen Handelns zu fragen und auf ihrer Grundlage die *Richtung* zukunftsfähiger Entwicklung zu bestimmen.

## Dennoch kann der Glaube Berge versetzen,



zum Beispiel, indem er ein Land wie China, das wenige Jahrzehnte zuvor noch eine rein agrarische Wirtschaft war, gleichsam über Nacht zu einer ökonomischen Großmacht aufsteigen lässt. Umgekehrt kann der mangelnde Glaube an bestehende Institutionen zuvor intakte Zivilisationen wie das römische Weltreich gründlich zerstören. Im sogenannten „menschlichen Faktor“ entspringt die größte Sicherheit ebenso wie die größte Unsicherheit im Hinblick auf die Bestimmung der Zukunft.

Spätestens seit Deng Xiao Ping ist China bestrebt, seiner Bevölkerung für die Zukunft ein besseres Leben zu bieten. Inzwischen reicht der Ehrgeiz des aufstrebenden asiatischen Giganten aber noch weit darüber hinaus. China macht gar kein Hehl daraus, dass es zur wirtschaftlich stärksten Macht des Globus aufrücken will – ein Ziel, das heute schon beinahe erreicht worden ist. Solange die Mehrheit der Bevölkerung den festen Willen hegt, dieses Ziel zu erreichen, wird sie alle Energien in dessen Verwirklichung investieren. Prophetie ist in diesem Fall sehr wohl möglich, weil das kollektive Wollen nicht schwankend und unsicher ist, sondern im Gegenteil eine die ganze Gesellschaft mächtig vorantreibende Kraft. Es ist kollektiver Optimismus, der die Gestaltung der Zukunft zu einer *selbsterfüllenden Prophetie* werden lässt.

Auch vorübergehende Wirtschaftseinbrüche, die man aufgrund der hohen Verschuldung der chinesischen Provinzen keinesfalls ausschließen kann, werden das fernöstliche Reich von seinem selbstgesteckten Ziel kaum mehr abbringen können.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit dürfen wir deshalb sagen: China wird schon während der kommenden zwei Jahrzehnte zur Weltmacht Nr. 1 aufsteigen. Dabei ist es keinesfalls die Technik, die dieses Wunder bewirkt, denn die musste China beinahe zu hundert Prozent bei seinen Konkurrenten kopieren (erst neuerdings ragt es auch durch eigene Forschung und technische Leistung hervor). Es ist der „menschliche Faktor“, der Wille zu Macht und Selbstbehauptung, der die entscheidende Rolle spielt.

## Kleine Schritte als Zeichen der Verunsicherung



Dagegen erweist sich ein mangelnder Glaube, sei es an den eigenen Erfolg oder an ein gemeinsames Zukunftsbild, als wirksamster Faktor, um die Zukunft in Ungewissheit zu hüllen. Spätestens seit der großen Wirtschaftskrise von 2008 leiden die Staaten des Westens unter einem Mangel an Zielen, für die sie die Mehrheit ihrer Bevölkerung mobilisieren können. Die Hoffnung auf eine auch in Zukunft noch heile Umwelt ist zwar für viele ein dringendes Anliegen, aber sie prallt unversöhnt mit gegenwartsbezogenen Ansprüchen auf wachsenden materiellen Wohlstand zusammen. Welchen Schritt Unternehmen oder Politiker auch setzen, in den seltensten Fällen können sie mit dem Beifall einer Mehrheit rechnen.

Dadurch kommt es zu einer Aufspaltung von Erwartungen und Hoffnungen, die der Politik gar nichts anderes mehr erlaubt als ein Dahinkriechen in

kleinen und kleinsten Schritte – eine Politik der äußersten Vorsicht, die man auch als Verzagtheit bezeichnen kann und die sehr oft geradezu in Ratlosigkeit übergeht. *Social engineering* als eine Methode, die ein beständiges Rücksichtnehmen auf alle möglichen Einsprüche erfordert, wird dann zum Kennzeichen tiefgreifender Verunsicherung. Es drückt sich darin nicht etwa Stärke aus, wie sie in der Bejahung allgemein akzeptierter Ziele zum Ausdruck gelangt, sondern wir haben es im Gegenteil mit einer Politik der Schwäche zu tun, weil es nicht länger möglich erscheint, die Bevölkerung für gemeinsame ökonomisch-soziale Vorhaben zu gewinnen.

Darin liegt eine akute Gefahr, denn der Mensch mit seinen Erwartungen ist und bleibt nun einmal in allen Gleichungen das letzte nie ganz zu berechnende und oft geradezu völlig unberechenbare Element. Die Zivilisation Roms – bis zur industriellen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts ein Gipfel in der Geschichte des Menschen – brach nach dem fünften Jahrhundert sang- und klanglos zusammen, obwohl alle materiellen, organisatorischen und geistigen Voraussetzungen zum Zeitpunkt dieses Zusammenbruchs den dortigen Bewohnern, aber auch den einfallenden „Barbaren“ noch bekannt und gewärtig waren. Doch diese Menschen verbanden mit dem alten „System“ keine Hoffnungen mehr, anders gesagt, glaubten sie nicht mehr daran, sondern erwarteten sich ein besseres Leben nur noch von einer radikal andersartigen Welt. Für viele lag diese schon nicht mehr im gründlich entwerteten Diesseits.

Eine solche Verlagerung der Hoffnungen genügte, um eine kurz zuvor noch florierende Zivilisation für mehr als ein halbes Jahrtausend zum Verschwinden zu bringen. Tausenddreihundert Jahre sollten vergehen, bis eine gleich große Höhe der materiellen Entwicklung im 18ten Jahrhundert neuerlich erreicht worden ist (siehe Morris, *Wer regiert die Welt?*<sup>[1]</sup>).

## Digitale Revolution



Wirtschaftsphilosophie spricht über Grenzen, aber genauso auch über Chancen. Die Grenzen sind offensicht-

<sup>1</sup> Verlag Campus Frankfurt/New York <https://t1p.de/morris>

lich, sie traten durch die Veröffentlichung des Club of Rome und die großangelegte Studie „Global 2000“ ins öffentliche Bewusstsein, aber es ist mindestens ebenso wichtig, die Chancen sichtbar zu machen, denn sie sind es ja, welche nicht nur Gefahren beschwören, sondern auch Hoffnung beleben. Im Gegensatz zu vielen anderen sehe ich eine zukunftsweisende Chance in der sich vor unseren Augen gerade vollziehenden digitalen Revolution. *Richtig gesteuert*, bietet sie nicht weniger als ein Rezept gegen die Gefahren des zunehmenden Ressourcenverschleißes und der damit einhergehenden Umweltvergiftung.

Diese Behauptung mag auf den ersten Blick paradox erscheinen. Was soll die Lenkung der industriellen Produktion durch künstliche Intelligenz an der Ausbeutung der Ressourcen ändern? Ist nicht im Gegenteil eine zusätzliche Erhöhung der Produktion wahrscheinlich, wenn Maschinen vierundzwanzig Stunden am Tag laufen können, ohne auf die Bedienung durch fehl- und ermüdbare Menschen angewiesen zu sein?

Dieser Einwand lässt außer Betracht, dass es die Massen der in den produzierenden Industrien beschäftigten Menschen sind, welche ihr gewohntes oder gar ein wachsendes Einkommen nur unter der Voraussetzung beziehen, dass sie fortlaufend neue Produkte in immer schnellerem Tempo erzeugen. Nicht die Maschinen sind gefräßig – denen ist es im Prinzip völlig gleich, ob sie nur eine einzige oder vierundzwanzig Stunden am Laufen sind. Es sind die Menschen an den Maschinen, die auf weit mehr als die Erfüllung ihrer Bedürfnisse drängen. Sie sind es, welche das größte Übel der industriellen Ära, die Wegwerfgesellschaft, am Leben erhalten. Auf lange Sicht bedarf die soziale Ordnung einer fundamentalen Neugestaltung, damit diese Menschen ihren Lebensunterhalt auf andere Weise erwerben.

### Eine Wirtschaftsphilosophie, die ihren Namen verdient

Wirtschaftsphilosophie setzt sich zum Ziel, die Chancen ebenso wie die Gefahren der künftigen ökonomisch-sozialen Entwicklung auf grundsätzliche Art aufzuzeigen. Sie prophezeit nicht,

dass wir die Probleme der Zukunft lösen werden – es ist sehr wohl möglich, dass die Menschheit vor dieser Aufgabe versagt. Sie spricht sich auch nicht gegen eine Politik der kleinen und vorsichtigen Schritte aus, *sofern diese in die Richtung einer zukunftsfähigen Entwicklung weisen*.

Sie sieht es aber als ihre Aufgabe an, die Gründe dafür zu finden, warum zielgerichtetes Planen unter bestimmten Bedingungen gelingt, z. B. in den Dekaden der Deutschland-AG, in Japan und im heutigen China, aber manchmal außerordentlich schwierig oder beinahe unmöglich erscheint. Offenbar hängt hier alles vom „menschlichen Faktor“ ab, denn in technologischer Hinsicht sind die westlichen Staaten der restlichen Welt nach wie vor überlegen. In China lässt sich ein gemeinsames Wollen mobilisieren, weil und solange es dem Land mit jedem Jahr etwas besser geht.

In Deutschland und den Ländern des Westens, wo der materielle Lebensstandard bereits einen Plafond erreichte, der längst in bloßen Wegwerfkonsum überging, ist die Bereitschaft zum Verzicht durchaus vorhanden. Der Wegwerfkonsum muss nicht jedes Jahr noch weiter gesteigert werden. Aber es scheint unmöglich zu sein, ein *gemeinsames Wollen* in Richtung einer zukunftsfähigen Entwicklung zu mobilisieren. Hierin liegt das eigentliche Problem. Eine Wirtschaftsphilosophie, die ihren Namen verdient, hat sich diesem Problem zu stellen. Wie kommt es, dass so viele den Ernst der Lage durchaus begreifen, aber nur die wenigsten die Bereitschaft aufbringen, entsprechend zu handeln?


### Alte und neue Wirtschaftsphilosophie

Ich denke, dieser Widerspruch hängt damit zusammen, dass der Verzicht vor allem von einer Bevölkerungsmehrheit gefordert wird, während eine politisch und ökonomisch privilegierte Minderheit ihre Vorrechte weiter vergrößert. Es ist nicht wahr, dass die Bevölkerungsmehrheit jeden Gedanken an die Zukunft verdrängt, weil sie im Verzicht auf den Wegwerfkonsum eine Zustimmung sehen würde. Aber es scheint durchaus wahr zu sein, dass man der Bevölkerungsmehrheit keinen Verzicht

aufnötigen kann, wenn eine Minderheit sich zur selben Zeit *auf ihre Kosten* bereichert. Ein solches soziales Ungleichgewicht schafft Ressentiments, die ein gemeinsames zielgerichtetes Handeln sehr schwierig machen.

Auch diese Einsicht entspricht der Wirtschaftsphilosophie – einer längst bekannten, denn sie ist so alt wie menschliche Ungleichheit, auch wenn sich ihre bedeutendsten Vertreter erst mit dem Aufkommen der industriellen Revolution zu Wort gemeldet haben. Hier ist natürlich von Denkern wie Rousseau, Proudhon, Marx bis hin zu John Rawls die Rede. Zwei durchaus unterschiedliche Arten der Wirtschaftsphilosophie stehen inzwischen Seite an Seite.

Die neuere von beiden, die erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts entstand, befasst sich mit dem *Verhältnis von Mensch und Natur*. Die existenzielle Bedrohung durch eine unzureichend beherrschte Technik nehmen in ihr eine zentrale Stellung ein. Die ältere beleuchtet das *Verhältnis der Menschen untereinander*, sie hat es in erster Linie mit den Auswirkungen einer Ungleichheit zu tun, welche als ungerechtfertigt und ungerecht abgelehnt wird.

Diese beiden Arten der Philosophie sind grundlegend für das Verständnis unserer gegenwärtigen Situation. Es ist nicht etwa mangelndes technologisches Können, es ist der „menschliche Faktor“, welcher die Lösung des einzig wirklich existenziellen Problems unserer Zeit, eine zukunftsfähige Entwicklung, so ungeheuer schwierig erscheinen lässt, und zwar auch in den reichen, technisch fortschrittlichsten Staaten des Westens. 

Zum Autor  
Dr. Gero Jenner 



Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>

### Die Community of Investigators und „Europas zweite Chance“

**„Während die Finanzkrise in der Eurozone immer weiter eskaliert, treten die Fehler beim ursprünglichen Entwurf dieses Systems nach und nach deutlicher hervor. Trotzdem können und dürfen wir uns nicht einfach zurücklehnen und das Eurosystem zusammenbrechen lassen, ohne darüber nachzudenken, wie man es reformieren kann und wie es weitergehen soll. Was ist künftig der beste Weg?“**

Charles Goodhart

### Die heuristische Situation

Eine großzügige Einschätzung der Kapazitäten produktiver Phantasie der Community of Investigators wird nicht in Abrede stellen, dass eine allseits zufriedenstellende, nachhaltige und wegweisende Lösung des Problemkomplexes, der mit der Europäischen Währungsunion einhergeht, möglich und auch zu erwarten ist. Sehen wir diesen mehr unter heuristischen als unter technisch-pragmatischen Gesichtspunkten, so verbreitert sich das Spektrum der Lösungsansätze, unter denen auch ungewöhnliche Herangehensweisen in das Licht der Aufmerksamkeit gelangen. Als eine solche wird in diesem Beitrag vorgeschlagen, drei Forschungsergebnisse der Biophysik als Modelle zu diskutieren, aus denen Perspektiven für fruchtbare Entscheidungen im Management der Krise gewonnen werden können:

1. Das „Experiment der Entwicklung“
2. Die „Vier harmonischen Beziehungen der Erythrozytenpopulation“
3. Das Prinzip des unbegrenzten Wachstums der biologischen Information

### Wende in der Krise – Europas „Zweite Chance“

Werden diese Ergebnisse zusammengebracht, entsteht ein Bild, das in der bedenklichen Krise die Chance zu einem Wandel erkennen lässt. Dieser ergibt sich nicht im Verfolgen der Spuren bereits ausgetretener Pfade, er resultiert aus unerwarteten, unvorhergesehenen Fulgurationen<sup>[1]</sup> der Vernunft und der Erkenntniseinsicht, die absolute Positionen auflösen. Für die

1 Fulguration (lateinisch fulgur „Blitz“) ist die von Konrad Lorenz verwendete Bezeichnung für das plötzliche Entstehen neuer Eigenschaften in einem komplexen System, die nicht aus den Eigenschaften der einzelnen Elemente des Systems vorhergesagt werden können. (Aus: Wikipedia)

europäische Intelligenz und ihr Kulturbewusstsein ist es unerlässlich, die verfügbaren Kräfte konzentriert zusammenzunehmen und in die Höchstform an Spannkraft zu binden, um die Zivilisationskrise zu bewältigen, mit der das neue Jahrhundert wie Jahrtausend in seiner existentiellen Wirklichkeit angekommen ist, für die György Konrád wissend angekündigt hat:

*„Ein kriegerisches Jahrtausend verlassend, könnten wir eine utopische Hoffnung hegen, dass nämlich der Mensch des dritten Jahrtausends der eigenen starren und argwöhnisch feindseligen Denkweise überdrüssig werden und flexibler, verständnisvolles, Brückenbauendes, abenteuer- und dialogbereites Denken höher schätzen könnte. Der Krieger verschwindet von der Tagesordnung, es kommt der Spieler, der Mensch der Phantasie, es kommen die Künstler der verschiedenen Berufe, die das jenseits des Bürgers Befindliche mit dem Bürgerlichen vereinen. Am Ende des zweiten Jahrtausends begibt sich ein neues anthropologisches Ideal auf den Siegeszug, das Ideal des dienenden Soldaten wird abgelöst vom Ideal des denkenden, initiativen, verantwortungsvollen, zivilen Spielers.“<sup>[2]</sup> Mit diesem Beitrag wird keine „Lösung“ angeboten, sondern ein Rahmen von Gültigkeiten aufgezeigt, der in einer inter fakultären und interuniversitären Kooperation im Verein mit zivilgesellschaftlichen Bestrebungen auszuschöpfen wäre, die unter anderem von dem kommunikativen Ideal der „Nouvelle Alliance“ Ilya Prigogines inspiriert sein könnte. Zu beachten ist: „Bisher hat die Weltgeschichte den auf- und absteigenden Imperien jeweils nur einen Auftritt zugebilligt. Das gilt ebenso für die Reiche der Alten Welt wie für die mo-*

2 aus: György Konrád, „Die europäische Nation als Aufgabe der Zukunft“, Der Tagesspiegel, 6. 12. 1998, Seite W 3

dernen Staaten – für Portugal, Spanien, England, Frankreich und Russland. Als Ausnahme von der Regel fällt heute Europa als Ganzem eine zweite Chance zu. Diese Chance wird es freilich nicht mehr im Stile seiner alten Machtpolitik nutzen können, sondern nur noch unter der veränderten Prämisse einer nicht-imperialen Verständigung mit und des Lernens von anderen Kulturen.“<sup>[3]</sup>

### 1. Das „Experiment der Entwicklung“

#### Die Tatsache

Karl Trinchler veröffentlichte 1981 sein Hauptwerk „Die Gesetze der biologischen Thermodynamik“<sup>[4]</sup>. Seiner thermodynamischen Analyse der Embryogenese lag der experimentelle Befund einer paradoxen Wärmeproduktion im Verlauf der Embryogenese vor. Es war bekannt, dass mit dem Massenzuwachs und der damit verbundenen Zellteilung nach der Befruchtung der Eizelle

1. ein kurzes Stadium einer annähernd linearen Wärmeproduktion,
2. dann ein rasanter Anstieg derselben und
3. gegen Ende der Organogenese deren Konstantwerden einherging.

Trinchler sah sich deshalb veranlasst, dieses spezielle Wärmeverhalten des sich entwickelnden Wirbeltieres mit den Mitteln der Biothermodynamik zu untersuchen.

#### Thermodynamik der Embryogenese<sup>[5]</sup>

Während der Embryogenese des Wirbeltieres entstehen ~  $10^{10}$  bis ~  $10^{15}$  differenzierte Zellen, die alle aus einer Zelle, der befruchteten Eizelle, durch Massenzuwachs und Zellteilungen hervorgegangen sind. Dieser zweifache Prozess der Entstehung neuer Zellen und ihrer Differenzierung geht mit einer wachsenden spezifischen Wärmeabgabe einher.

3 J. Habermas: Faktizität u. Geltung. Frankfurt/M. 1993 S. 651

4 Karl Trinchler: Die Gesetze der biologischen Thermodynamik. Wien 1981, Urban&Schwarzenberg

5 Unter weitgehendem Verzicht auf die Wiedergabe der mathematischen Herleitungen zusammengestellt nach Karl Trinchler: Die Physik des Lebens. Band 1, Die thermodynamischen Grundlagen der Biologie. Klausen-Leopoldsdorf 1998

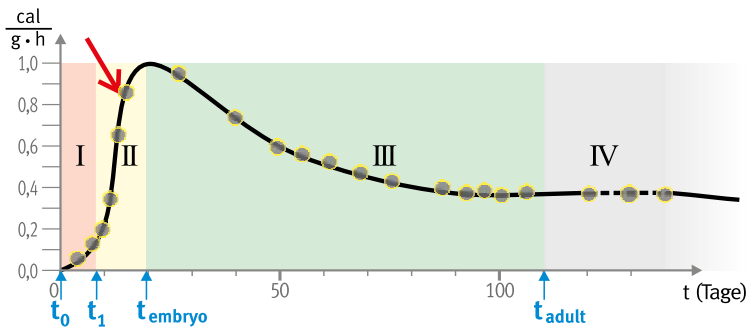


Abb. 1: Die Abhängigkeit der spezifischen Wärmeproduktion von Amphibien von der Zeit der Ontogenese (Gayda, 1921; cit. nach Needham). Auf der Abszisse sind die Tage nach der Befruchtung der Eizelle aufgetragen. Der rote Pfeil gibt den Moment des Ausschlüpfens des Tieres an.

In der Abbildung ist die Funktion der Wärmeausscheidung am Beispiel eines kleinen Wirbeltieres, einer Kröte, wiedergegeben. Wie aus der Abbildung zu sehen ist,

- zeigt von  $t_0$  (Befruchtung) bis  $t_1$  (Stadium der Postfertilisation) einen allmählichen Anstieg (Phase I),
- hernach steigt die Kurve steil an (II),
- gelangt in  $t_{embryo}$  zu einem Maximum,
- und sinkt von  $t_{embryo}$  bis  $t_{adult}$  langsam ab (Phase III).

Beginnend mit  $t_{adult}$  wird eine konstante Größe, die etwa zweimal kleiner ist als im Zeitmoment  $t_{embryo}$  (Phase IV).

Die Zeitspanne von  $t_0$  bis  $t_1$  ist das Stadium der Postfertilisation (I), das sich durch eine außerordentlich schnelle Aufeinanderfolge der Zellteilungen auszeichnet, während die darauffolgenden Stadien durch eine geringe Zahl von Zellteilungen charakterisiert sind.

Das Stadium von  $t_1$  bis  $t_{embryo}$ , das Stadium der Organogenese (II), wird durch einen neuen, im Zeitmoment  $t_1$  in Wirkung tretenden Faktor ausgelöst. Dieser „Differentiationsfaktor“ bedingt den abrupten Übergang der Postfertilisation in die Organogenese, die zusammen die Embryogenese bilden, mit deren Abschluss die Zellen das Ende ihrer Differenzierung erreicht haben. Der im Stadium der Organogenese wirkende Differentiationsfaktor ruft eine ununterbrochene Steigerung der Wärmeausscheidung aus den sich differenzierenden und gleichzeitig wachsenden Zellen hervor. Die sich differenzierende Zelle geht in einen immer höheren, für die jeweilige Zelle spezifischen Ordnungszustand über.

Der Zeitmoment  $t_{embryo}$ , in dem die spezifische Wärmeproduktion des tierischen Organismus maximal geworden ist, markiert das Ende des Differentiationsprozesses. Das in der Abbildung mit III bezeichnete Wachstumsstadium ist durch das Sinken der spezifischen Wärmeproduktion charakterisiert;

es umfasst den Zeitabschnitt von  $t_{embryo}$  bis  $t_{adult}$ , von wo an der mit IV bezeichnete Zustand des erwachsenen Tieres einsetzt, in dem die Funktion einem konstanten Wert zustrebt.

Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, daß das fortschreitende Wachstum der Masse des tierischen Organismus von dem Kleinstwert  $M(t_0)$  bis zum Größtwert  $M(t_{adult})$  in zwei energetisch diametral entgegengesetzte Perioden unterteilt ist:

- Die Periode des wachsenden Energieverbrauchs bzw. der wachsenden Wärmeausscheidung pro Zelle, von dem Quasi-Nullwert  $f(t_0)$  bis zum Höchstwert  $f(t_{embryo})$ .
- Die Periode des sinkenden Energieverbrauchs bzw. der sinkenden Wärmeausscheidung pro Zelle, von der Maximalgröße  $f(t_{embryo})$  bis zur ungefähr zweimal kleineren Größe  $f(t_{adult})$ .

Experimente ergaben, dass die spezifische Wärmeproduktion des warmblütigen Organismus prinzipiell die gleiche Abhängigkeit von der Ontogenese-Zeit besitzt wie die des Kaltblüters.

Das Vorhandensein von vier verschiedenen Stufen der Ontogenese: Postfertilisation, Organogenese, Wachstum und Stadium des erwachsenen Tieres, stellt somit eine allgemeine Gesetzmäßigkeit dar, die sich auf das gesamte Tierreich erstreckt. Die Wärmeproduktion ist nun im Zusammenhang mit dem Massenzuwachs zu betrachten, der seinerseits einen typischen Verlauf zeigt.

### Entropieproduktion und Massenzuwachs

Der experimentelle Befund zeigt, dass die Organogenese mit einem abrupt einsetzenden und starken Wachstum der Wärmeproduktion bei einem verhältnismäßig geringen Anstieg des Massenzuwachses beginnt.

Die Masse des tierischen Organismus ist am Ende des Stadiums der Organogenese auf ein Vielfaches der Masse im Zeitpunkt  $t_1$ , d. i. zu Beginn der Organogenese, gewachsen. In Zeitpunkt  $t_{embryo}$  ist dieser Prozess zu Ende gegangen.

Nach Beendigung des Stadiums der Organogenese, d. i. also, nachdem die Zellen den Zustand ihrer maximalen Differenzierung erreicht haben, nimmt die spezifische Wärmeproduktion des tierischen Organismus kontinuierlich mit dem Massenzuwachs ab:

An der Abbildung 2 ist das Sinken der spezifischen Wärmeproduktion des tierischen Organismus im Stadium des Wachstums nach dem Ende der Organogenese zu sehen.

Das lineare Wachstum der Masse besitzt im Zeitpunkt  $t_{embryo}$  seine Minimalgröße  $r(t_{embryo})$  und erreicht im Zeitpunkt  $t_{adult}$  seine Maximalgröße  $r(t_{adult})$ , die für den erwachsenen tierischen Organismus als eine quasi-konstante Größe bestehen bleibt.

Parallel zur Zeitachse ist als zweite Abszisse die Zellteilungszahl  $2^{n(t)}$  von  $2^0$  (entsprechend  $t_0$ ) bis  $2^{36}$  (entsprechend  $t_{adult}$ ) gegeben. Aus der Gegenüberstel-

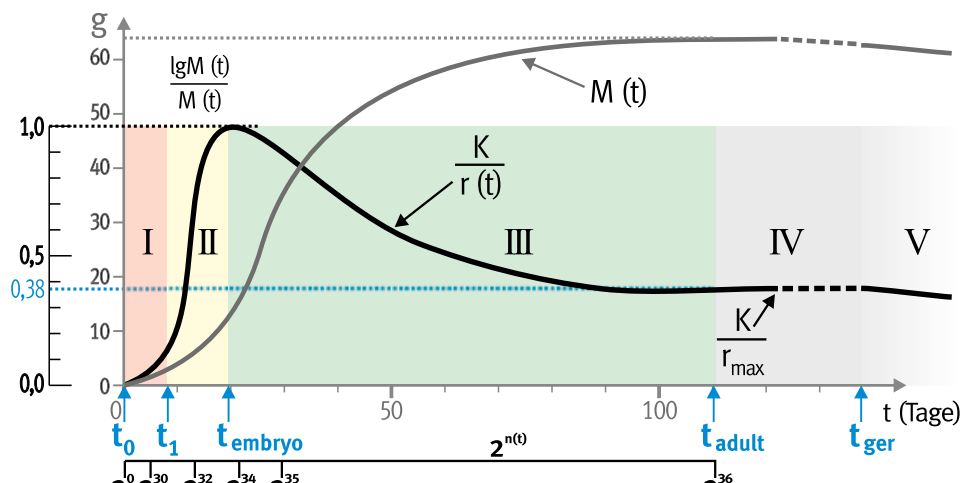


Abbildung 2: Die Abhängigkeit der spezifischen Wärmeproduktion und der Masse eines kleinen Wirbeltieres von der Zeit der Ontogenese.

lung der beiden Abszissen wird ersichtlich, mit welcher Geschwindigkeit die Zellteilungen in den aufeinanderfolgenden Stadien der Ontogenese erfolgen. Die Zellteilungszahl  $2^0$  entspricht dem Zeitmoment  $t_0$  und der Masse der befruchteten Eizelle von  $\sim 2^{-9}$  g; die Zellteilungszahl  $2^{30}$  entspricht einem Zeitpunkt  $t^x$ , der nahe dem Ende der Postfertilisation ist, d. h.  $t^x < t_1$ , und der Masse von  $1$  g, die Zellteilungszahl  $2^{36}$  entspricht dem Zeitpunkt  $t_{adult}$  und der Masse eines kleinen erwachsenen Wirbeltieres, die mit etwa  $64$  g anzugeben ist

Während die Größen  $m(t_0)$  und  $m(t_{adult})$  zeitinvariante Größen sind, nämlich die Anfangsgröße der Masse, d. i. die Masse der befruchteten Eizelle, und die Endgröße der Masse, d. i. die Masse des erwachsenen Tieres, sind die Größen  $m(t_1)$  und  $m(t_{embryo})$  gewissermaßen Augenblickswerte der Masse im Laufe ihrer ontogenetischen Veränderung. Aus dem Kurvenverlauf von  $m(t)$  in der Abbildung können die Größen von  $m(t_1)$  und  $m(t_{embryo})$  bestimmt werden. Wir haben demnach vier charakteristische Größen der Masse des Wirbeltieres, durch die die vier verschiedenen Ontogenese-Stadien voneinander abgeordnet werden können.

Stadium der Ontogenese	Charakterist. Zeitmomente	Masse in g
I Postfertilisation	$t_0$ $t_1$	$\sim 10^{-9}$ <b>3</b>
II Organogenese	$t_{embryo}$	<b>8</b>
III Wachstum	$t_{adult}$	<b>64</b>
IV Erwachsendes Tier	$t > t_{adult}$	<b>64</b>

### Ergebnis der Thermodynamik der Embryonalentwicklung

Die spezifische Wärmeproduktion zerfällt in vier Phasen:

- I. Die Initialphase von  $t_0$  bis  $t_1$ , d. i. die Phase der Post-Fertilisation, die sich durch eine hohe Frequenz der Zellteilungen auszeichnet, die von 20 Zellen zu 230 Zellen führt und eine geringe spezifische Wärmeproduktion aufweist.
- II. Die zweite Phase der Ontogenese von  $t_1$  bis  $t_{embryo}$  ist mit einem sprunghaften Anstieg der Wärmeproduktion verknüpft, was mit der Differenzierung der Zellen und ihrem Wachstum in der Organogenese zusammenhängt, während der

die geringe Zahl der Zellteilungen zu  $2^{32}$  Zellen führt. Am Ende der zweiten Phase, im Zeitpunkt  $t_{embryo}$ , erreicht die spezifische Wärmeproduktion des Organismus ihre maximale Größe.

- III. Die dritte Phase der Ontogenese ist die Phase des postembryonalen Wachstums, das in der Zeit von  $t_{embryo}$  bis  $t_{adult}$  stattfindet. In dieser Phase nimmt die spezifische Wärmeproduktion des Organismus ab bis zu einem konstantem Wert, der im Zeitpunkt  $t_{adult}$  erreicht ist.
- IV. Die vierte und letzte Phase der Ontogenese ist die des erwachsenen Tieres, die mit  $t_{adult}$  beginnt. Zellteilungen führen nicht mehr zum Wachstum des Organismus, sondern haben die Bedeutung von Substitutions-Prozessen.

### Thermodynamik der Embryogenese und Phylogenese

Das thermodynamische Prinzip der biologischen Entwicklung können wir kurz „Das Prinzip des Entropiemaximums in der Embryogenese“ nennen.

Die in ihrem Verlauf streng determinierte Embryogenese, jetzt mit Bezug auf das Wirbeltier erweitert, konzentriert gleichsam die günstigen Resultate der in ihrem Verlauf nicht determinierbaren Phylogenese (biogenetisches Grundgesetz von Haeckel). Die als Embryogenese in Erscheinung tretende biologische Entwicklung verläuft determiniert in dem begrenzten Zeitraum vom Moment der Eibefruchtung bis zum Ende der Embryogenese, während die durch positive Mutationen, Umwelteinflüsse und den Darwinschen „Kampf ums Dasein“ bedingte, nicht determinierbare Phylogenese in der unbeschränkten Zeit von einem Zeitmoment  $t_1$  bis  $t(\infty)$  vor sich geht, wobei wir unter  $t_1$  einen etwa 4 Milliarden Jahre zurückliegenden Zeitpunkt zu verstehen haben, der den Anfang der Biogenese und zugleich auch den Anfang der biologischen Entwicklung markiert.

Das biothermodynamische Entwicklungsprinzip der wachsenden Geschwindigkeit der auf die Masseneinheit der lebenden Materie bezogenen Entropieproduktion ist gleichermaßen für beide Prozesse der biologischen Entwicklung, sowohl für die Embryogenese als auch für die Phylogenese, von Gültigkeit.

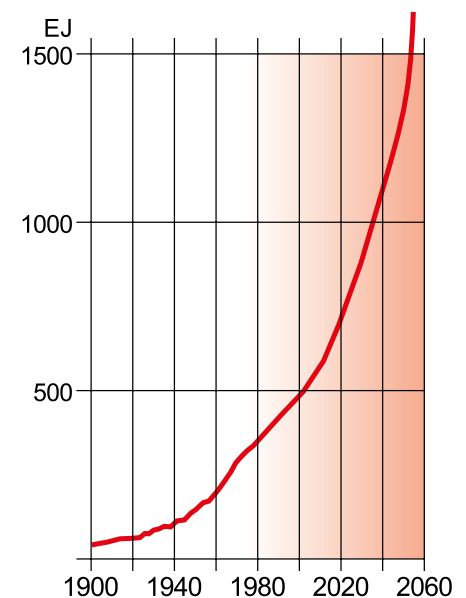
### Thermodynamik der Technogenese

Die Ergebnisse der Thermodynamik der Embryonalentwicklung geben einen bedeutenden Aufschluss zur Analyse der Technogenese. Für deren globale Handhabung ergeben sich aus den thermodynamischen Erkenntnissen gewichtige Imperative zu einem globalen Handeln, die nicht in Sphäre von Interessen-Urständen, sondern in Gründen von gültigen Wahrheiten. So wie die Hauptsätze der Thermodynamik in ihrer Gültigkeit anzuerkennen sind, werden auch die Entwicklungskriterien dynamischer Systeme ihre Anerkennung fordern.

### Thermodynamik der Entwicklung der technischen Kultur

#### Entropieproduktion, Industrie und Technik

Die Anfänge der technischen Zivilisation liegen in der neolithischen Epoche, in der das Feuer verbreiterte Verwendung fand. In der Zeit bis ugf. 1750 n. Chr. wurden Werkzeuge und Verfahren verfeinert und entdeckt und Materialien erprobt und umgeformt. In der Mitte des 18. Jh. setzt die erste industrielle Revolution mit der Verwendung und intensiven Produktion von Wärmekraftmaschinen ein.



Das Diagramm veranschaulicht die Entropieentwicklung im Laufe der menschheitlichen Kultur- und Zivilisationsgeschichte; Mit dem Einsetzen der 2. industriellen Revolution endet das lineare Anwachsen und beginnt das exponentielle, an dessen kritischem Höhepunkt wir momentan stehen – in der Technik des 20. Jahrhunderts zeigt die Kurve einen exponentiellen Anstieg.

## Die Analogie: Die Thermodynamik der Technogenese

Das „Experiment der Entwicklung“, wie es in der thermodynamischen Untersuchung der Embryonalentwicklung vorgenommen und analysiert wird, bietet sich als Vergleichsmodell für die Diskussion des zivilisationsbedingten Energiehaushaltes an. Es enthält in sich selbst Vorgaben, die bezüglich der zukünftigen Entropieentwicklung in der Organisation der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und in deren Überführung zu einem „adulten Stadium“ einzuhalten sind.

Hinsichtlich des Anstiegs des globalen Energieverbrauches ist zu fragen, ob es der Menschheit nicht gelingen kann, den drohenden Konflikt zwischen den Erkenntnissen der Thermodynamik, die eine Erhaltung des Lebens nur unter bestimmten ökologischen Bedingungen anzeigen, und der von ihr in die Welt gesetzten, die Umweltbedingungen und den Menschen radikal verändernden Technik heil zu überstehen? Warum soll dem Menschen das embryologische „Kunststück“ der Entropieverminderung am Ende der Organogenese in der Technogenese nicht glücken, so dass das planetarische „Experiment der Entwicklung“ keinen Abbruch oder eine qualvolle und katastrophale Beendigung, Unterbrechung bzw. Störung erleiden muss?

Das Überlebensproblem der Menschheit kann letztlich nur in einer umfassenden Neukonzeption des Verhältnisses von Energieeinsatz und Finanzwesen gelöst werden, deren Praxis eine organologische Gliederung der Weltwirtschaftsverhältnisse ermöglicht. Solange dieses von der Erwartung von Wachstum und unter dem Gesetz des kleinsten Aufwandes bei größtem Erfolg steht, ist kein Heil zu erwarten. Hierzu ergibt sich aus den Forschungen Karl Trinchers ein weiterer Ansatz, der zu einer produktiven Analogie führen kann, und zwar in seinen Untersuchungen zur Funktion des Erythrozyten im Gesamtorganismus.

## 2. Die vier harmonischen Beziehungen der Erythrozyten-Population<sup>[6]</sup>

### Die Tatsache

Es konnte festgestellt werden, dass es ungefähr ebenso viele Erythrozyten

gibt wie alle anderen Zellen zusammen ( $10^{13}$ ), wobei eine „mittlere“ Sauerstoff-verbrauchende Zelle etwa 75-mal größer ist als der kernlose Erythrozyt.

Untersuchungen ergaben auch, dass die Konzentration des Sauerstoffs im Blut ungefähr die gleiche ist wie die Konzentration des Sauerstoffs in der Atemluft. Außerdem ist zu beobachten, dass Erythrozyten im Blutkreislauf eine altersvariable Population mit einem unterschiedlichen Funktionsspektrum der Sauerstoffaufnahme und -abgabe darstellen. Verallgemeinert kann man sagen, dass eine jede der  $10^{13}$  Sauerstoff-Verbraucher-Zellen des Organismus ein individuelles und zeitlich variables Sauerstoff-Bedürfnis besitzt. Es wäre ideal, wenn eine jede Zelle in den an ihr vorbei streichenden Erythrozyten immer einen adäquaten Sauerstoff-Spender finden könnte. Es wäre ein absolut ideales Verhältnis, wenn das „Bedürfnis-Spektrum“ der Sauerstoff-Verbraucher-Zellen dem „Spender-Spektrum“ der Sauerstoff-Träger-Zellen vollkommen entsprechen würde.

Wir stellen uns also im Geiste ein ideales Versorger-Verbraucher-Verhältnis vor, das z. B. bestünde, wenn allen Bewohnern einer Stadt genau die Menge Brot zugeteilt würde, die ein jeder Bewohner benötigt. In einer Kleinstadt, d. h. bei einer kleinen Zahl von Einwohnern, wäre es möglich, das Brot zielgerecht, dem Bedürfnis nach, zu verteilen, wobei in Betracht gezogen werden kann, dass das Bedürfnis eines jeden Einwohners ein wechselndes ist. In einer Großstadt jedoch, bei einer großen Zahl von Einwohnern, deren Brot-Bedürfnis örtlich und zeitlich verschieden ist, ist eine zielgerechte, schnelle und verlustfreie Brotversorgung schlechterdings unmöglich. Es müsste ein unerschwinglich teures „Informations-System“ ausgearbeitet werden, um das Versorger-Verbraucher-Verhältnis ideal zu gestalten. Ein solches Informations-System kann es aber, weil energetisch nicht durchführbar, nicht geben. Es müsste sich in der lebenden Natur, im Organismus mit seinen  $\sim 10^{13}$  Sauerstoff-Verbraucher-Zellen und seinen  $\sim 10^{13}$  Sauerstoff-Spender-Zellen, statt eines energie-aufwendigen Informations-Systems ein kostenfreies „Variabilitäts-System“ entwickeln. Durch das Variabilitäts-System wird das Versorger-Verbraucher-Verhältnis in Bezug auf die Sauerstoff-Abgabe und die

Sauerstoff-Aufnahme ideal gestaltet. Die Variabilität der Sauerstoff-spendenden Erythrozyten und die Variabilität der Sauerstoff-empfangenden Zellen müssen miteinander in einem adäquaten Verhältnis stehen. Darüber hinaus besteht auch eine Variabilität des Sauerstoffangebots der Atemluft in Abhängigkeit von der Meereshöhe. Die Erythrozytenpopulation kommt mit dieser Variabilität zurecht, indem sie sich insgesamt verjüngt, d. h. es werden die Erythrozyten früher reif und scheiden früher aus.

Die Erythrozyten zeigen damit insgesamt eine vierfache harmonische Beziehung zu den Bedingungen des Organismus und seiner Umgebung:

1. Die Quasi-Gleichheit der Sauerstoffkonzentration in der Luft und im Blut unter der Bedingung der vollständigen Sättigung des Blutes mit Sauerstoff („Erste harmonische Beziehung der Erythrozyten-Population“)
2. Die Quasi-Gleichheit der Zahl der Sauerstoffspenderzellen und der Zahl der Sauerstoffempfängerzellen des Organismus („Zweite harmonische Beziehung der Erythrozyten-Population“)
3. Die Entsprechung der Variabilität der Sauerstoffabgabe durch die verschiedenaltrigen Erythrozyten mit der Variabilität der Sauerstoffaufnahme durch die verschieden-sauerstoffbedürftigen Zellen („Dritte harmonische Beziehung der Erythrozyten-Population“)
4. Die Entsprechung der Variabilität des Sauerstoffangebots in der Atemluft mit der Variabilität der Erythrozyten-Population („Vierte harmonische Beziehung der Erythrozyten-Population“)

Diese vier harmonischen Beziehungen können als Modell für die Einrichtung harmonischer Geldbeziehungen verstanden werden. Deren Zweck ist, die Ausgestaltung der weltwirtschaftlichen Funktionsorgane zu ermöglichen und in eine fruchtbare Entwicklung zu bringen. Der politische Wille zu solchen Maßnahmen entsteht aus der Einsicht und aus intelligenten Initiativen. Es ereignet sich darin, was das „Erwachsenwerden der Menschheit“ genannt werden kann.

## Das Erwachsenwerden der Menschheit

### Erstes Hauptproblem:

Das eine Hauptproblem des Menschen in seiner momentanen Verfassung ist, dass er gleichsam einen „Embryo“ trägt,

<sup>6</sup> nach Karl Trinchler: Natur und Geist. 1981. S. 96 ff

der reif zu seiner Geburt wäre, den er aber nicht loszuwerden versteht. Die gesamte Menschheit geht gleichsam schwanger mit dem Embryo: Maschine, dem sie als nährenden Placenta dient, und den sie jetzt „gebären“ müsste. Was von der Maschinenwelt als Placenta eingenommen wurde, ist das Bewusstsein, das die Entwicklung der Technik genährt, garantiert und besorgt hat durch die Vorstellung, dass alles eine Maschine sei. Da nun der „Embryo“ dem Ende des Stadiums seiner Organogenese zuzustreben scheint, also die Maschinenzwecke beinahe erfüllt sind, müsste er auf seine „Geburt“ vorbereitet werden.

Zu diesem Zwecke hat das Bewusstsein des Menschen dazu überzugehen, andere als den reifen Embryo nährenden Maschinengedanken zu denken, wenn es sich nicht an der überreifen Frucht vergiften will. Mit M. Eigen stellen wir also in Anbetracht der sich abzeichnenden Vollendung des Maschinenwesens an seiner „Mutter“ die bange Frage:

*„Wird der Mensch in einer unbegrenzten technischen Evolution die Steuer in der Hand behalten können? Oder wird er einmal zur mehr oder weniger bedeutungslosen Zelle eines gigantischen sich selbst fortpflanzenden und ständig optimierenden Automaten absinken?“<sup>[7]</sup>*

Philosophisch bedeutet dies, die Herrschaft der die Moderne bestimmenden Fundamentalprinzipien zu ersetzen. Im frei bestimmten, d. h. von sich absehenden, Erkennen und Handeln („eine Reihe von Begebenheiten von selber anfangen können“) ist ein Zentralprinzip für eine Entwicklung bezeichnet, in der aus der Einheit von Erkenntnis, Wille und Motiv zu Produktion und Innovation eine Wirklichkeit des Menschen entsteht, in der er als deren Schöpfer und Mitgestalter erscheint – und sein wie der anderen Abhängigkeiten von abstrakten (nationalen, religiösen, ideologischen, ökonomischen, ...) Entwicklungszielen beendet.

## Zweites Hauptproblem:

Das zweite Hauptproblem des Menschen ist, dass er nicht in „biologischer“, ökologischer Weise mit dem Geldwesen umgeht. Das Geld erfüllt im sozialen Organismus eine vergleichbare Funktion wie der Erythrozyt im lebenden Organismus. Die sozialen Organismen ver-

halten sich insofern tödlich, als ihre verschiedenen Organe bestrebt sind, so viel wie möglich „Blut“ für sich zu behalten und den anderen zu entziehen. Wollte in einem lebenden Organismus z. B. die Leber alle Erythrozyten für sich in Anspruch nehmen, würde der Tod des gesamten Systems unausweichlich eintreten einschließlich der überversorgten Leber. Um dies zu verhindern, hat die Natur die Sauerstoffversorgung auf wunderbare Weise harmonisch geregelt. Eine analoge harmonische Regelung einzurichten, ist für den sozialen Organismus notwendig.

## Die Analogie

### Geld als Organisation der Versorgung des Menschheitskörpers mit dem Lebensnotwendigen

Eine ähnliche weisheitsvolle Regelung der Versorgung der Zellen und Zellverbände des Menschheitskörpers ist aber nicht mehr die Sache der Natur, die sicherlich die Erfindung des Geldes nicht beabsichtigt hat, sondern Aufgabe der moralischen Fantasie des Menschen und Sache ihres Aufwachens in die globale Verantwortung bezüglich der Gegenwart und Zukunft ihrer Gattung. Wie die Zellen zum Zwecke ihrer Arbeitsteilung und zum Bewahren ihrer Funktion vom Blut unmittelbar versorgt werden, müssten die Bedürfnisse der Menschen letzten Endes zum Zwecke der Entwicklung ihrer geistigen Natur aufgrund einer funktional einzurichtenden Selbstverständlichkeit erfüllt werden. Der Sinn der Erfindung und des Umganges mit Geld und ist im Grunde in der Garantie der freien Hervorbringung und Verwirklichung der Handlungsziele des Menschen zu sehen. Bei richtiger, lebendiger Handhabung des Geldes würde sich ein ähnliches ideales Versorger-Verbraucher-Verhältnis, wie es im Organismus stattfindet, einrichten lassen. Solange aber jede einzelne Zelle des sozialen Organismus (der Mensch) gezwungen ist, egoistisch sich seine Versorgung zu verschaffen, wird sich keine lebenserhaltende Harmonie, weder zwischen den Zellen, noch zwischen Versorger und Verbraucher einspielen können.

### Die harmonischen Beziehungen im Geldkreislauf

Die Analogie Erythrozyt-Geld weiterführend, lässt sich formulieren: Aus

x gelangt junges Geld in den Wirtschaftskreislauf. In den Produktionseinrichtungen nimmt das Geld Wert auf und gibt an allen Bedürfnisstellen des Gesamtlebens seinen Wert wiederum ab. Altes, wertlos gewordenen Geld wird in bestimmten Institutionen ununterbrochen aus dem Wirtschaftskreislauf entfernt, so dass seine Lebensdauer nicht durch partikuläre Interessen, sondern aus der Kenntnis der Gesamtzusammenhänge bestimmt wird.

### Die „Vier harmonischen Beziehungen des Geldwertes“ sind:

- I. Es ist bedingt, dass so viel Geldwert gebildet werden kann, als Güter erwirtschaftet sind.
- II. Es ist notwendig, dass so viel Geld zur Verfügung ist, als es Bedürfnisse gibt.
- III. Den unterschiedlich (günstigen) lokalen Bedingungen entsprechen unterschiedlich (günstige) Finanzzuwendungen.
- IV. Den Versorgungsverhältnissen entsprechen Preise und Einkommen.

Das vorhin breit ausgeführte Vorbild wird bei näherem Eingehen auf seine Angaben weitere, tiefer gehende Analogien entdecken und nachzeichnen lassen. Diese müssten sich jedoch in gangbaren Schritten als praktisch-produktiv erweisen.

Für die Wirtschaftswissenschaften ist es unerlässlich, dass ihr leitendes mechanistisches Prinzip abgelöst wird durch ein organisch-anthropologisches. Die Welt des Menschen ist für den Menschen einzurichten und nicht als Schauplatz der „Bewährung“ abstrakter Theorien zu missbrauchen. Das gescheiterte sozialistische Experiment im Osten sowie die Überlebens-Krise der westlich geprägten Industriegesellschaft genügen, um einzusehen, dass wir einer menschlichen Grundlage für die Gestaltung unserer Lebenswelt bedürfen.

Philosophie als Wahrerin der Würde des Menschen wird in der Notwendigkeit, einen anthropologisch fundierten Begriff von „Währung“ zu erarbeiten, eine ihrer zentralen Aufgaben zu erblicken haben, die im Verein mit den entsprechenden Wissenschaften in einer Art „European Citizens University“ anzugehen sein wird. Die Vorbereitung der zukünftigen Weltwährungsordnung ist von daher gesehen ein philosophisches Projekt, das

<sup>7</sup> M. Eigen, Nachwort in „Evolutionstrategie“ von Rechenberg J., Holzboog, Stuttgart, 1973, S. 154



zugleich den Kontinent „Europa“ seiner neuen Bestimmung zuführt. In dieser „ECU“ sind im engeren Sinne die Bürger der EU versammelt zu denken. Das wird die zukünftige „Europäische Nation“ auszeichnen, dass aus einer veränderten, Friede und Gemeinwohl bewirkenden mentalen Disposition hervorgeht.

### 3. Das Prinzip des unbegrenzten Wachstums der biologischen Information

#### Der Begriff

K. Trincher hat den Begriff der biologischen Information in einer vierstufigen Form entwickelt:

1. für die einzelne differenzierte Zelle am Beispiel des Erythrozyten,
2. für die Embryogenese durch die thermodynamische Analyse der Wärme-Produktion des sich entwickelnden Wirbeltieres,
3. für die Phylogenese durch die thermodynamische Interpretation des biogenetischen Grundgesetzes,
4. für die Zivilisation durch die Bestimmung der Rolle des Geistfaktors in der weiteren kulturellen Evolution.

Hierbei können drei charakteristische Besonderheiten der biologischen Informationsspeicherung vermerkt werden:

a) Die biologische Information ist eine in der Zeit ununterbrochen wachsende Größe, oder, mit anderen Worten, die lebenden Systeme in ihrer Gesamtheit und ununterbrochenen Aufeinanderfolge der Generationen verfügen über die Fähigkeit, in uneingeschränktem Maße Information – biologische Information – zu entwickeln.

b) Das uneingeschränkte Anwachsen der biologischen Information ist ein zeitabhängiger Prozeß und wird nicht durch den Energieverbrauch des lebenden Systems begrenzt. Der Informationszuwachs erfolgt bei konstantem Energieverbrauch, der durch die minimale interne Arbeit  $A_{min.int.}$ , die nichts anderes ist als die Arbeit der Strukturhaltung des lebenden Systems, gewährleistet wird.

c) Die biologische Information wächst mit der Zeit und ist also ein in die Zukunft weisender Prozess; zugleich mit der für die Zukunft offenen Disposition zur Erweiterung des Informationsgehaltes, der in der aktuellen Zeit des leben-

den Systems unbekannt ist, enthält die biologische Information den Gesamtbesitz der Informationsanhäufung der vergangenen Zeit. Dieser Doppelcharakter der biologischen Information, nämlich des Speicherungsvermögens in der Zukunft und der Bewahrung der schon in der Vergangenheit aufgespeicherten Information, kommt formelmäßig durch  $t!$  ( $t$  Fakultät) zum Ausdruck, wobei  $t$  die Zahl bei einer gewählten Zeiteinheit bedeutet. Da die Zeit ein Kontinuum ist und sich nicht durch eine ihr eigentümliche Einheit offenbart, so ist es klar, dass jede Zeiteinheit eine willkürliche, an bestimmte Prozesse gebundene Größe dargestellt. Wenn wir als Zeiteinheit „1“ die mittlere Lebensdauer eines vielzelligen Organismus wählen, dann bedeutet:

- $t$  die Zeitdauer des existierenden Organismus +  $t'$
- $t-1$  die Zeitdauer des nicht mehr existierenden Eltern-Organismus +  $t''$ ,
- $t-2$  die Zeitdauer des nicht mehr existierenden „Vor-Eltern-Organismus“ +  $t'''$  u. s. f.

wo  $t'$ ,  $t''$ ,  $t'''$ , ... die jeweilige Zeitdauer bedeutet vor der Geburt des Organismus, beginnend mit ( $t_1$ ).

Der Ausdruck:

$t! = t \cdot (t-1) \cdot (t-2) \cdot (t-3) \cdot \dots(0)$  bedeutet demnach die Einbeziehung aller vorangegangenen Informationsspeicherung, d. i. die Informationsspeicherung im Laufe der aufeinanderfolgenden Generationen, in den hypothetisch angenommenen Gesamtgehalt der biologischen Information, d. h. der Fähigkeit zu biochemischen Synthesen, Formbildungen und Verhaltensdispositionen (Instinkte, Triebe, Anlagen).

#### Biologische Information und Konsequenzen für den Menschen<sup>[8]</sup>

Das Prinzip des phylogenetischen Informationswachstums erstreckt sich auch in die Humanbiologie, sobald die Frage gestellt wird: Wohin treibt die menschliche Entwicklung? bzw. Welche Chancen hat die Menschheit zu überleben? oder: In welche Bahnen wird der Mensch durch die spezifische, humanbiologische Evolution gelenkt?

Infolge seiner Intelligenz, des Werkzeuggebrauchs und der Maschinen-

<sup>8</sup> vgl. Karl Trincher: Die Gesetze der biologischen Thermodynamik, 1981 S. 210 ff

erzeugung zeigt die energetische Entwicklung des Menschen eine um die von den Maschinen bewirkte Wärme-Produktion erweiterte Komponente. Die Evolution des Menschen vollzieht sich im thermodynamischen Sinne auf den zwei Wegen a) der fortschreitenden Technik und b) der geistigen Produktivität.

Der Alleingang auf dem Weg der Technik würde zur Aufzehrung der Ressourcen, zu Wirtschaftskriegen und zur Zerstörung der Umwelt führen. Letztlich ist dieser alleinige technische Entwicklungsweg wegen der Begrenztheit der Ressourcen physikalisch unmöglich und gegebenenfalls nur über einschneidende Veränderungen der Populationsstrukturen (Aufopferung von Milliarden von Menschen!) zu verlängern.

Soll die Menschheit bestehen bleiben, so Trinchers These, muss sie die thermodynamische Komponente der Technik unter die Kontrolle der von der Technik unabhängigen Vernunft bringen. Dies bedingt einschneidende Veränderungen in der Gestaltung des menschlichen Miteinanders; während dieses in den Zeiten der industriellen Revolutionen den Zwecken der Herstellung des Maschinenwesens unterworfen war, kommt es von nun an darauf an, dass sich Menschen ihre Zwecke aus der Freiheit ihrer Sittlichkeit selber geben, also unter sich das Gesetz der Anerkennung der Würde verbindlich erachten. Die Evolution der Menschheit ist demnach nicht eine technische Angelegenheit, sondern der je individuellen, autonomen Ethik. Ihre erst in neuen Organisationsformen der zwischenmenschlichen Wirklichkeit und ihrer Geldordnung einzurichtende Geltung knüpft das lebendige gesellschaftliche Band (*vinculum substantiale*), in dem die produktiven Intentionen, Fähigkeiten und Fertigkeiten ihre Vereinbarung mit den Bedürfnissen und Interessen finden.

#### Ausblick

Das „Experiment der Entwicklung“ vereinigt als Metapher für das Schicksal der Zivilisationsentwicklung auf der Erde die Herangehensweisen der Wissenschaften in dem wesentlichen Punkt, der eine Konjugation der Energie- mit der Nahrungsfrage notwendig macht, wodurch seitens der Wissenschaft ein Imperativ vorliegt, der seine

Anerkennung einfordert. Das Gefüge der Weltwährungen ist derart zu organisieren, dass ein Wendepunkt in der Entropieproduktion der globalen Wirtschaftsverhältnisse erreicht werden kann. Deren Gesamtsystem ist analog den für- und ineinander wirkenden Organen eines Organismus zu gestalten – eine Aufgabe, die einem europäischen Großprojekt würdig ist, das dem 21. Jahrhundert eine Entwicklungsrichtung gibt, die dem Katastrophenverlauf des 20. Jh. sein ins Positive gewendetes Spiegelbild der Sorge um das globale Gemeinwohl entgegensetzt. An die Stelle des angekündigten Kriegs um die Weltherrschaft (gemäß der Doktrin der westlichen Industriegesellschaft) ist ein Projekt zu setzen („europäisches Anti-Manhattanprojekt“), das aus der Mitte der europäischen Zivilgesellschaft hervorgeht, sich in den Universitäten, Akademien, Hochschulen und verwandten Einrichtungen beheimatet und sich gegen die zerstörerischen Tendenzen fehlgeleiteter Imperialpolitik behauptet. Ein notwendiges Motiv für die Bildung einer initiativfähigen „Community of Investigators“ in Europa und der friedensfähigen Weltgemeinschaft.

## Bild der Aufgabe



Sitzungssaal des Sicherheitsrates im UN-Hauptquartier in New York - By Neptuul Own work, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=32410206>



Die Sitzungen des Sicherheitsrats finden im „norwegischen Saal“ des UN-Gebäudes in New York statt, ein Geschenk des Staates Norwegen. Der vom Architekten Arnstein Arneberg gestaltete Raum ist mit einem Wandbild des Künstlers Per Krohg ausgestattet, das einen Phönix für

den Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt. Weitere Symboliken finden sich in den blauen und goldenen Seidenbehängen: Anker für den Glauben, Weizenähren für die Hoffnung, Herzen für die Barmherzigkeit.



## Zum Autor Anton Winter



geb. 1951 in Mödling bei Wien, Studium in Wien, Lehrtätigkeit Physik, Mathematik, seit 1996 größtenteils selbständig tätig als Publizist und Verleger, Mitherausgeber des mehrbändigen Werks zur österreichischen Geistesgeschichte „Verdrängter Humanismus – Verzögerte Aufklärung“, derzeit Beschäftigung mit den Entwicklungen der neueren Physik und ihren epistemologischen Anforderungen in Anlehnung an die Forschungen von Ernst Cassirer, Mitarbeit im Seitenstettner Kreis (Wege zu einer friedensfähigen Geld- und Gesellschaftsordnung).



## Steffen Henke: „Fließendes Geld für eine gerechtere Welt – Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat“

Tectum Verlag 2017, Paperback, 464 Seiten mit 44 Abbildungen, ISBN 978-3-8288-4023-2

€ 39,95 [http://shop.humane-wirtschaft.de/Henke\\_FG](http://shop.humane-wirtschaft.de/Henke_FG)

Wir brauchen ein anderes Geldsystem, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern wollen. Umweltzerstörung, Demokratieverlust und extreme soziale Ungleichgewichte sind unter anderem schädliche Wirkungen des bestehenden Geldsystems. Eine bessere Alternative existiert, doch sie ist noch zu wenig bekannt: Fließendes Geld.

Dieses Buch versucht den Spagat zu schaffen, einerseits in die inhaltlichen Tiefen vorzudringen, andererseits eine

Verständlichkeit zu liefern, so dass es für alle Leserinnen und Leser geeignet sein soll, die sich mit dem Thema beschäftigen möchten. Der Autor ist fest davon überzeugt, dass wir Menschen auch beim Geld zu neuen Wegen finden müssen.

Veränderungen im Geldsystem sind wegen gegebener Machtstrukturen nur dann erzielbar, wenn breite Bevölkerungsschichten dem Wandel zustimmen und ihn unterstützen. Dazu muss der seit Jahrzehnten stattfindende Erkenntnisprozess deutlich an Fahrt gewinnen. Geld greift mit hoher Intensität in so gut wie alle Bereiche unseres Lebens ein. Neuerungen beim Geld bringen deshalb hervorragende Potenziale für fast alle Gebiete, wie den Schutz der Natur, die Verbesserung demokratischer Strukturen oder den Frieden. Ziel muss es sein,

dass der Mensch nicht dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient.

Stimmen zum Buch auf <http://www.neuesgeld.net/>

„Das Buch gibt einen guten Überblick über die Gelddiskussion und wirbt für einen sehr guten, menschenfreundlichen Gedanken, wie der Titel schon sagt: fließendes Geld für eine gerechtere Welt. Gerade der Teil des Buches, der sich mit fließendem Geld beschäftigt, ist besonders wichtig. Auch wenn man nicht mit allen Aussagen des Autors zu Geld, Gelddefinition, Geldschöpfung, Geldsystem, Vollgeld usw. übereinstimmt, ist das Buch eine wertvolle Anregung zum eigenen Nachdenken über dieses wichtige Thema, gerade in Zeiten der aufkommenden Kryptowährungen.“  
Dr. Christian Kreiß

# Im Jahre 1 nach Trump

Werner Peters



D. Trump – von Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51025646>

**Wenn man sich die Aufgabe stellt, die Situation der USA im Jahre 1 nach dem Amtsantritt von Donald Trump zu beschreiben, dann sollte man der Versuchung widerstehen, sich in die Details seiner Amtsführung zu verlieren, seine Erfolge und Misserfolge aufzuzählen und zu kommentieren.**

**Man sollte auch gar nicht versuchen, eine Art Linie zu finden in den oft widersprüchlichen und teilweise erratischen Handlungen und Verlautbarungen des neuen Präsidenten der USA. Die Person Trump ist nämlich gar nicht so wichtig. Sie bekam und hat bedauerlicherweise durch die Aufmerksamkeit der Medien und deren Vielfältigkeitseffekt eine ihr gar nicht angemessene Bedeutung. Wichtig ist vielmehr das Phänomen Trump. Wie konnte eine Person wie Trump in das höchste Staatsamt eines einigermaßen aufgeklärten und demokratisch hoch entwickelten Landes kommen, und was bedeutet die Wahl Trumps für die Zukunft der USA (und in gewisser Weise für die Welt)?**

Von daher möchte ich die Analyse des politischen Zustands der USA auf die Frage zuspitzen: Ist die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA ein grundstürzendes Ereignis,

eine Zeitenwende, mit der das Ende des westlichen Modells der offenen Gesellschaft und der liberalen Demokratie eingeläutet wird, oder handelt es sich um eine gefährliche, aber letztlich temporäre Abweichung, eine Verwirrung der Gemüter, die bei den nächsten Wahlen wieder korrigiert wird?

Ich werde mich an die Beantwortung dieser Frage in drei Schritten herantasten: Zunächst geht es darum, das Wahlergebnis in der richtigen Weise zu interpretieren und zu bewerten.

Anschließend muss zumindest summarisch die gegenwärtige politische Situation in den USA, wie sie sich unter Donald Trump entwickelt hat, dargestellt werden.

Daran schließt sich als dritter und entscheidender Teil die Untersuchung an, ob es Anzeichen für strukturelle, fundamentale Veränderungen der amerikanischen Politik gibt und ob Gegenströmungen bemerkbar und wirkungsmächtig sind. Das sollte dann helfen, die Frage zu beantworten, ob und wie weit die Wahl Donald Trumps ein Wendepunkt in der amerikanischen Politik ist.

## Zum Wahlergebnis



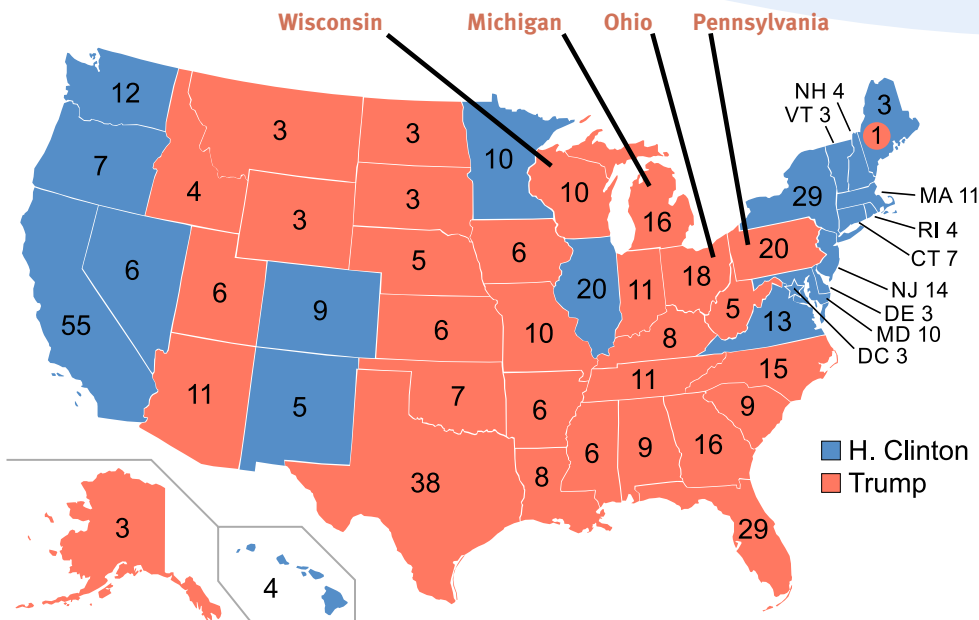
Vor der Wahl wurden seine Chancen unterschätzt, nach der Wahl wird das Ergebnis überschätzt. Ich meine damit nicht die Wahl an sich. Es zeigt sich jetzt schon, dass die Präsidentschaft Donald Trumps die politische Landschaft der USA und die Ausrichtung der amerikanischen Gesellschaft nachhaltig verändern wird. Aber es ist grundfalsch zu behaupten, dass diese Wahl sozusagen ein Naturereignis war, das so kommen musste, weil das Volk auf eine Botschaft wie die von Donald Trump gewartet hat, dass mit dieser Wahl das „wahre“ Amerika sichtbar geworden ist, dass es geradezu einen Erdbeben nach rechts gegeben hat. Die

Schlagzeilen am Mittwoch nach der Wahl hätten genauso gut lauten können: „Erster weiblicher Präsident gewählt.“ oder sogar: „Erster bekennender ‚Sozialist‘ US-Präsident: Bernie Sanders mit großer Mehrheit gewählt.“

Es ist nicht das Ziel dieser Analyse herauszuarbeiten, ob Sanders gegen Trump gewonnen und wie die politische Landschaft Amerikas sich nach einem Sieg von Sanders verändert hätte. Fakt ist, dass Trump nur gegen eine demokratische Kandidatin Hillary Clinton gewinnen konnte, die er zu einem wahren Monster dämonisieren und als Zerrbild alles dessen, was angeblich schief läuft in Amerika, vorführen konnte. An Sanders wäre die Demagogie gegen das „korrupte Establishment“ ebenso abgetropft wie der populistische Ruf nach Veränderung, den Sanders erheblich glaubwürdiger hätte bedienen können als Trump.

Dabei hat auch Hillary Clinton landesweit einen deutlichen Vorsprung vor Trump gehabt, aber die Wahl aufgrund des merkwürdigen amerikanischen Wahlsystems mit einem optisch hohen Abstand verloren. Nichtsdestoweniger hätte Hillary Clinton diese Wahl für sich entscheiden können, trotz des nicht zu leugnenden Trends nach rechts, der diese Wahl gekennzeichnet hat. Sie hat diese Wahl verloren, weil sie einen katastrophalen strategischen Fehler in ihrer Wahlkampfführung gemacht hat. In jeder kämpferischen Auseinandersetzung, ob beim Schach, beim Boxen, im Krieg oder eben im Wahlkampf gilt als geradezu eisernes Gesetz, dass man erst die eigene Basis deckt, bevor man zum Angriff übergeht. Hillary Clinton hat dieses Gesetz sträflich missachtet, indem sie es versäumt hat, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, die demokratische Basis zu decken und zu verteidigen.

Dabei war die Gefahr, die von Trump in den grundsätzlich demokratisch orientierten



Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2016 nach Bundesstaaten. Rote Staaten: Mehrheit für Donald Trump (Republikaner) – Blaue Staaten: Mehrheit für Hillary Clinton (Demokraten) – Ausnahme: Maine (ganz rechts oben) vergab eine Wahlmännerstimme an Trump und die anderen drei an Clinton. Von Gage – 2012 Electoral College map, CC-BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=35172210>

tierten sogenannten „rust-belt“-Staaten Pennsylvania, Michigan, Wisconsin (zusammen 46 Stimmen) zuzüglich dem „swing-state“ Ohio (18 Stimmen) ausging, nicht zu übersehen. Schon bei der republikanischen Vorwahl hatte sich Trump damit gebrüstet, dass er Michigan, einen bis dahin soliden demokratischen Staat, gewinnen könnte, weil die Menschen auf seine Botschaft von den durch die Demokraten verursachten Fabrikschließungen und Jobverlusten aufgrund des Freihandelsabkommen und seine völlig illusorischen Versprechungen, die Jobs zurückzubringen, mit Begeisterung reagierten. Clinton hat in einer Mischung aus sträflicher Nachlässigkeit, gepaart mit einer Spur Überheblichkeit gegenüber dieser Demagogie, das Ausmaß der Wut der Zurückgebliebenen gegenüber den politischen Eliten unterschätzt und nicht genug daran gearbeitet, die demokratische Basis, die in diesen Staaten solide vorhanden ist, entsprechend aufzurütteln und zu stärken. So ist sie z. B. während des eigentlichen Wahlkampfes nicht ein einziges Mal in Wisconsin gewesen, Pennsylvania und Michigan hat sie erst spät, zu spät wichtig genommen.

Sie brauchte diese Staaten nicht zu verlieren. Der Vorsprung von Trump in jedem dieser drei bisher demokratischen Staaten war gerade mal ein Prozent, er reichte aber aus, um eine tektonische Verschiebung der politischen Landkarte um 92 Stimmen im Wahlkolleg herzustellen, die das „Wun-

der“, wie Trump vor der Entscheidung seinen Anhängern verkündet hatte, wahr werden ließ. Die Wahl hätte also genauso gut gegen Trump ausfallen können. Das offizielle Wahlergebnis, der eindrucksvolle Vorsprung im Wahlkolleg, suggeriert eine Umschichtung der Wählerschaft, eine politische Landschaftsverschiebung, die so nicht stimmt. Unzweifelhaft hat es Abwanderungen demokratischer Stammwählerschaft zu den Republikanern (besser gesagt: zu Trump) gegeben, aber das Wahlergebnis zeigt deutlich, dass sich an der Basis keine grundlegenden Veränderungen ergeben haben. Trump hat seinen Sieg ganz wesentlich der Tatsache zu verdanken, dass er Menschen, die normalerweise nicht zur Wahl gehen, dazu bewegen konnte, ihre Frustration und ihren sonst stummen Protest an die Wahlurnen zu tragen, während es Hillary Clinton nicht geschafft hat, die demokratische Basis so von sich zu überzeugen, wie es Obama gelungen ist. Das gilt im Übrigen auch für Donald Trump. Er hat zwar etwa so viele Stimmen bekommen wie vier Jahre vorher der republikanische Bewerber Mitt Romney. Aber wenn man die Überläufer von den Demokraten und vor allem die große Zahl der bisherigen Nichtwähler abzieht, die dieses Mal gewählt haben, und zwar Donald Trump, so wird deutlich, dass er das republikanische Potential nicht ausschöpfen konnte. Die Wahlbeteiligung war mit 58,1 % auf dem niedrigsten Stand seit Jahrzehnten –

nur war es eben Trump gelungen, bisherige Nichtwähler zu mobilisieren.

Um es zusammenzufassen: Das Wahlergebnis lässt sich nicht als gesellschaftlicher Erdbeben interpretieren, aus dem Donald Trump einen Auftrag herleiten kann, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf umzukehren. Allerdings hat er die Macht dazu, und damit kommen wir zum Teil 2 der Analyse.

### Mit Macht ausgestattet



Mit der Wahl zum Präsidenten ist Donald Trump eine ungeheure Machtfülle zugefallen, die er auch bereits zügig nutzt, um seine politischen Vorstellungen und die Ideen seiner Vertrauten umzusetzen. Von den Verfassungsvätern ist das Amt des Präsidenten ganz bewusst als Gegenmodell zur (damaligen!) Rolle und Macht des britischen Königs als die schwächste der drei Gewalten konzipiert worden. Die eigentliche politische Kraft sollte beim Kongress, der Vertretung des Volkes, konzentriert sein. Der Präsident ist der „Chief Executive“, der die Gesetze ausführt, die der Kongress eigenständig verabschiedet. Im Laufe des 20. Jahrhunderts haben sich mit dem Entstehen des modernen Wohlfahrtsstaates und einer riesigen Bürokratie, deren Chef der Präsident ist, die Einflussmöglichkeiten des Amtes enorm ausgeweitet – von der Rolle des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Weltmacht USA ganz abgesehen.

Wenn auch der Kongress vollkommen souverän in seiner Gesetzgebungskompetenz ist, so hat sich doch im Lauf der Zeit auch auf diesem Gebiet eine Machtverschiebung ergeben, indem der Präsident über sogenannte „executive orders“ ohne eigentliche Gesetzesvollmacht in die Politik eingreift und diese maßgeblich beeinflussen kann. So hat Barack Obama, der sich in den acht Jahren seiner Präsidentschaft einer massiven Opposition, ja, geradezu Blockade des republikanisch beherrschten Kongresses gegenüber sah, mit dem Instrument der „executive orders“ weitreichende politische Entscheidungen getroffen. Diese „Anordnungen“ können aber, anders als Gesetze, auch genau so leicht wieder außer Kraft gesetzt werden, ebenfalls ohne den Kongress beizuziehen, und

Donald Trump hat mit diesem Instrument Hunderte von Verfügungen erlassen, die die politische Landschaft in seinem Sinne verändert haben:

- In der Umweltpolitik
- In der Wirtschafts- und Handelspolitik
- In der Finanz- und Steuerpolitik
- In der Sozial- und Gesundheitspolitik
- In der Außenpolitik
- Und nicht zuletzt in der Rolle des Staates in der Gesellschaft.

Es sind aber nicht nur seine Erlasse und Verfügungen, mit denen er langjährige politische Entwicklungen radikal umkehrt, fast noch gravierender sind seine personalpolitischen Entscheidungen, indem er Menschen an die Spitze von Ministerien und Behörden gesetzt hat, die genau das Gegenteil von dem auf ihrer Agenda haben, für das diese Ämter stehen. Besonders krass sind die Berufungen von Steve Pruitt als Leiter des Umweltressorts (EPA), der sich als entschiedener Gegner des Klimaschutzes profiliert hat, und von Betsy DeVos als Erziehungsministerin, die sich klar gegen das öffentliche Schulwesen positioniert hat. Mit solchen Personen in seiner Verwaltung ist die Absicht, das bisherige politische System von Grund auf in Frage zu stellen, wie es sein Berater Steve Bannon offen verkündet hatte, nicht zu übersehen. Auch die bewusste Nicht-Besetzung zahlreicher Stellen in den Ministerien und nachgeordneten Behörden, die zur Lähmung des Betriebs und zur Demotivation der verbliebenen Mitarbeiter führt, geht in dieselbe Richtung.

Wie weit Donald Trump damit eine grundlegende Veränderung im amerikanischen politischen System und in der Einstellung der Bevölkerung erreicht, wird abzuwarten sein. Die erfolgreiche Besetzung des frei gewordenen Sitzes im Obersten Gerichtshof durch einen erzkonservativen Richter wird jedenfalls auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte das Gewicht des rückwärtsgewandten Amerika verstärken. Aber seine Misserfolge sind ebenfalls nicht zu übersehen. Obwohl er in einer geradezu idealen politischen Konstellation regiert, mit einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern, ist er mit seinen großen Gesetzesvorhaben bisher gescheitert. Das ist nicht so sehr der Tatsache geschuldet, dass der Kongress im amerikanischen Regierungssystem völlig unabhängig vom Regierungschef ist und diese Rolle

auch in der Vergangenheit stets wahrgenommen hat. Während in einem solchen System ohne Fraktionszwang und ohne die Notwendigkeit einer stabilen Regierungsmehrheit wechselnde Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg die Regel waren, hat sich spätestens seit der Wahl Obamas im Kongress so etwas wie Regierungsfraktion und Opposition herausgebildet, insbesondere eine Fundamentalopposition der Republikaner. Nun ist diese mit der Wahl von Donald Trump sozusagen Regierungsmehrheit, aber sie ist nicht homogen, sondern ideologisch uneins. Die Mehrheit der republikanischen Fraktion stützt zwar (noch!) den Präsidenten, weil sie von ihm die Erfüllung ihrer wichtigsten Ziele erhofft, vor allem Steuerreformen zugunsten der Unternehmen und der Oberschicht, Deregulierung der Wirtschaft, Abbau der Sozialbürokratie, Rückzug des Bundes aus dem politischen Geschehen und Übertragung möglichst vieler Zuständigkeiten auf die Einzelstaaten. Aber an den Rändern dieser Fraktion gibt es ausreichend Abweichler, sowohl Ultra-Konservative, denen die Maßnahmen nicht radikal genug sind, und einige wenige Moderate, so dass bei den wichtigen Gesetzen bisher die Mehrheit für das Gesetzgebungsprogramm von Donald Trump meist nicht zustande gekommen ist. Ausnahmen wie die jüngst mit knapper Mehrheit durchgebrachte Steuerreform bestätigen die Regel, weil er sich hier um das heiß ersehnte Lieblingsprojekt aller Republikaner handelte: Steuererleichterungen für die Unternehmen und die Vermögenden. Wie prekär die Situation des republikanischen Präsidenten gegenüber einem mehrheitlich republikanischen Kongress ist, zeigt die Tatsache, dass Trump die Erhöhung der Schuldenaufnahme zur Deckung der Staatsausgaben nur mit Hilfe der Demokraten durchsetzen konnte. Seine eigenen Parteifreunde hätten die Regierung in die Insolvenz getrieben.

Neben dem durchaus renitenten Kongress erweist sich auch die dritte Gewalt im Staat, die Gerichtsbarkeit, als wirkungsmächtiges Bollwerk gegen den Versuch, in autoritärer Weise durchzuregieren. Sie hat bisher ihre Unabhängigkeit von der Politik eindrucksvoll unter Beweis gestellt, aber das ist keine Garantie für die Zukunft. Denn natürlich kann der Präsident im Laufe der Zeit die einzelnen Gerichts-

höfe mit ihm genehmen Personen besetzen. Das Ermittlungsverfahren über die mögliche Zusammenarbeit des Trump-Wahlkampfteams mit russischen Agenten zeigt ebenfalls, dass der Präsident nicht nur nicht allmächtig ist, sondern unter dem Gesetz steht.

Allerdings zeigt sich die Basis, die Donald Trump zu seinem Wahlsieg verholfen hat, von allen Misserfolgen und Verfehlungen des Präsidenten unbeeindruckt. Er verfügt zwar nur über eine Zustimmungsrate von 35 Prozent (bei 62 Prozent, die seine Amtsführung missbilligen) – die schlechteste Quote eines Präsidenten in seinem ersten Jahr – aber seine Anhänger stehen geradezu fanatisch zu ihm. Er ist auch bemüht, diese Basis sorgsam zu pflegen mit Reisen durchs Land und Veranstaltungen, die an Wahlkampfauftritte erinnern, und mit der Flut seiner unqualifizierten, aggressiven und meist wahrheitswidrigen Twitter-Verlautbarungen. Seine Basis liebt ihn und verehrt ihn, weil er gegen die Eliten zumindest verbal Krieg führt, weil er gegen das politische Establishment Politik betreibt, gerade weil ihn die Medien kritisieren, gerade weil er Normen verletzt. Sie sehen ihn als einen von ihnen.

### Zur rechten Zeit politisch unkorrekt



Zweifellos hat Donald Trump die politische Landschaft der USA radikal verändert, aber radikale Neuerungen, Außerkraftsetzungen der Vorgängerregierung, neue Programme und Zielsetzungen sind nichts Außergewöhnliches bei einem Machtwechsel – auch in positiver Hinsicht, wenn man nur an die Aufbruchsstimmung beim Wechsel von Eisenhower zu Kennedy denkt. Ein anderer dramatischer Paradigmenwechsel war die Machtübernahme durch Ronald Reagan, die die Ära des Neoliberalismus einläutete.

Mit der Wahl von Donald Trump ist etwas qualitativ anderes passiert, er hat die Normen und die über fünfzig Jahre gültigen ungeschriebenen Regeln des politischen Verhaltens gebrochen und er ist damit durchgekommen. So hat er zum Beispiel bei seiner Nominierung zum Kandidaten nach der Aufzählung einer langen Liste von Problemen, mit denen das Land konfrontiert sei, seine Rede damit beendet: „*And I alone can fix it*“.



Ein solch maßloser und autoritärer Anspruch widerspricht den innersten Prinzipien des amerikanischen Verständnisses von Politik, das geprägt ist von der Notwendigkeit der Gewaltenteilung und dem Prinzip der „checks and balances“ und dem ein gesundes Misstrauen gegen die Übertragung von Macht auf einen Einzelnen zugrunde liegt. Aber die Menge hat ihm zugejubelt.

Trump ist durchgekommen mit seiner Weigerung, der ungeschriebenen Tradition zu folgen, seine Steuerklärung offen zu legen. Er hat in den letzten Wochen vor der Wahl erklärt, dass er das Ergebnis der Wahl nicht anerkennen würde – ein Tabubruch ohnegleichen. Er kommt auch damit durch, dass er sich als Präsident *de facto* nicht von der Kontrolle seiner geschäftlichen Angelegenheiten zurückzieht.

Er reiht nicht nur im Wahlkampf, sondern auch weiter als Amtsinhaber eine Lüge an die andere. Er beschimpft seine politischen Gegner auf die brutalste und vulgärste Weise. Er erklärt die Medien, die ihm nicht gefallen, zu Volksfeinden. Der größte Bruch mit allem, was bisher gültig war, ist die Tatsache, dass viele seiner Wähler ihn für inkompetent und sogar gefährlich für das Amt des Präsidenten gehalten haben – und ihm trotzdem ihre Stimme gegeben haben.

Trump hat instinktiv darauf gesetzt, dass die Festung der politischen Korrektheit brüchig geworden war, dass die amerikanische Gesellschaft nicht mehr stark genug war, den bis dato anerkannten politische Verhaltenskodex zu verteidigen und den Tabubrecher in der Weise zu bestrafen, dass man ihm die Zustimmung entzieht. Im Gegenteil: diese Tabubrüche haben ihn bei seiner Anhängerschaft zum Helden gemacht. Hier spielt natürlich auch das neue Instrument der „Social Media“ eine ent-

scheidende Rolle. Zum ersten Mal war es möglich, ohne den Umweg über die Medien tagtäglich und ungefiltert mit der Basis zu kommunizieren.

Dass Trump sich nicht an die Spielregeln der liberalen Demokratie hält, ist nicht das Gefährliche, sondern dass die liberale Demokratie so geschwächt ist, so in die Defensive gedrängt, dass sie ihre Spielregeln nicht mehr bestimmen kann. Ob man ihn als Clown, Showman oder Usurpator bezeichnet, die liberale Demokratie hat für diese Art von Politiker noch kein Mittel gefunden. Dies ist umso gefährlicher, weil mit diesen Tabubrüchen ja eine ganz klare Strategie verbunden ist, nämlich die etablierte Politik, den bisherigen politischen Konsensus zu zerstören.

Jedes Mal geht eine Welle der Empörung durch das Land, wenn Donald Trump sich wieder einmal eine seiner Provokationen leistet. Warum aber zeigt die Empörung keine Wirkung, erweckt vielmehr den Eindruck von Hilflosigkeit?

Der Grund ist sicher darin zu sehen, dass die etablierte liberale Demokratie ihren Rückhalt bei der Bevölkerung vielleicht noch nicht ganz verloren, aber doch stark eingebüßt hat.

Trumps Wahl hat die Schwächen der liberalen Demokratie bloßgelegt:

- Sie ist zu selbstzufrieden mit den relativen Erfolgen bei der materiellen Befriedigung der Gesellschaft
- Sie ist zu eng verbunden mit dem kapitalistischen System, das in seiner Spätphase dabei ist, die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer zu spalten
- Sie ist zu unaufmerksam für die Opfer der Globalisierung
- Sie ist zu progressiv und elitär in kulturellen Fragen
- Und vor allem: sie ist ohne identitätsstiftende Ziele

Noch einmal: Trump hat diese Schwächen nicht geschaffen, sondern nur offengelegt. Seine Wahl hat deutlich gemacht, wie stark die Ängste und Bedürfnisse der Menschen sind, die sich von der liberalen Demokratie nicht mehr repräsentiert fühlen. Insofern war die Wahl Donald Trumps und die immer noch anhaltende Zustimmung, die er von einem nicht geringen Teil der amerikanischen Bevölkerung erhält, nicht nur ein momentaner Protest, sondern ein Indiz für eine tiefer liegende Krise.

Man kann also, um auf die Eingangsfrage zurückzukommen, sagen, dass die Wahl Donald Trumps für sich zwar kein epochales Ereignis war, aber ein Indiz dafür, dass in der amerikanischen Politik (und in den westlichen Gesellschaften allgemein) etwas grundsätzlich in Bewegung geraten ist.

### Unterschiede zum europäischen Staatsverständnis

Was hier mit Blick auf die USA gesagt wird, ist in gewisser Weise der Zustand in vielen der entwickelten westlichen Gesellschaften, wo der Populismus zu einer echten Gefährdung der Grundlagen der liberalen Demokratien heranwächst. Nichtsdestoweniger ist der „Trumpismus“ eine amerikanische Besonderheit, die einen Teil ihrer Wurzeln in bestimmten politischen Traditionen hat.

An erster Stelle ist hier die das amerikanische politische Selbstverständnis prägende Distanz des Bürgers zum Staat zu nennen. Der Staat, die Regierung, die Verwaltung wird nicht wie in Europa als sorgende Institution gesehen, sondern eher als Feind, der den Einzelnen in seiner individuellen Selbstverwirklichung einschränkt. Die Idee des Wohlfahrtsstaates – obwohl auch in den USA längst Realität – wird als fremd, ja schädlich für die Freiheit empfunden. Diese Distanz zum Staat verträgt sich merkwürdigerweise problemlos mit einer tiefen Identifikation mit dem spirituellen Gebilde USA, die zu einem für unser Empfinden bereits überzogenen Patriotismus führt. Für die meisten Amerikaner ist der Glaube an die Einzigartigkeit und Superiorität der amerikanischen Nation und des amerikanischen politischen Systems unerschütterlich. Aus diesem Glauben speisen sich zwei eigentlich gegensätzliche politische Strömungen, einerseits

der missionarische Eifer „to make the world safe for democracy“ und andererseits ein bewusster Isolationismus, um die amerikanischen Werte zu bewahren und nicht von der Schlechtigkeit der Welt angesteckt zu werden. Hier hat Trumps „America first“ seine Wurzeln, hier auch seine Kampagne gegen Einwanderung (die es im Übrigen in der Geschichte Amerikas in Abständen immer wieder gegeben hat).

Trumps konsequenter Kampf gegen den umverteilenden Wohlfahrtsstaat kommt dem amerikanischen Selbstverständnis von einer Nation freier Individualisten entgegen und findet deshalb auch über den Kreis seiner fanatischen Anhänger hinaus Zustimmung. Er konnte sich für seine „Bewegung“, wie er sein politisches Programm bezeichnet, schon auf einen fest organisierten Stamm von ideologisch gleich gesinnten Wählern stützen: die sogenannte „tea party-Bewegung“, die ungefähr mit der Wahl des in republikanischen Kreisen zutiefst verhassten Barack Obama aufgekommen ist und inzwischen die Partei der Republikaner sowohl ideologisch wie auch organisatorisch mehr oder weniger beherrscht. Ihr Credo war und ist:

- Steuersenkungen
- Deregulierung der Wirtschaft
- Abbau von Bürokratie
- Rückführung des Staatsdefizits
- Verbot der Abtreibung
- Übertragung von Bundeskompetenzen auf die Einzelstaaten

Diese politische Agenda war bereits formuliert und Teil des republikanischen Programms, bevor Trump auf die Bühne trat. Trump, der in machen Politikbereichen eher liberalere Positionen vertrat, hat dieses Programm übernommen. Er hat es konkretisiert und vulgarisiert und mit rassistischen und fremdenfeindlichen Punkten gewürzt, so dass es für ein breiteres Publikum attraktiv wurde. Es ist ein zutiefst illiberales, rückwärts gerichtetes und undemokratisches Programm. Ob er in den noch verbleibenden drei Jahren viel von dieser Agenda umsetzen kann, bleibt abzuwarten. Wie bereits ausgeführt, vollzieht sich die Veränderung weniger durch spektakuläre neue Gesetze, bei denen sich vermutlich die Widerstände eher noch verstärken dürften, sondern sozusagen unter der Oberfläche

mittels einer Vielzahl von Erlassen und Verfügungen und nicht zuletzt auch durch finanzielles Austrocknen missliebiger Programme, wie etwa die Aushöhung des Krankenversicherungsgesetzes durch Verweigerung der nötigen Zuschüsse. Bis die Folgen dieser Politik auf breiter Front spürbar werden und dann zu massiven Protesten und politischen Revolten führen, wird noch einige Zeit vergehen, in der die USA auf ihrem Weg in die Vor-Moderne gewaltigen Schaden leiden wird.

### Die Illusion vom Sieg der freiheitlichen Demokratie 🇺🇸

Und ob es tatsächlich eine Umkehr gibt und die Präsidentschaft Donald Trumps in der Rückschau dann als eine bedauerliche, aber vorübergehende Abweichung von den bisher gültigen Normen gesehen wird, oder ob diese neue Art von Politik in Form und Inhalt sich als Modell der Zukunft etabliert, steht ebenfalls nicht fest. Das Kernproblem ist nicht Donald Trump, sondern die Schwäche des politischen Establishments bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. Francis Fukuyama hat nach dem Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums den endgültigen Siegeszug der Demokratie gesehen und vom „Ende der Geschichte“ gesprochen, insofern die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit mit der globalen Etablierung der liberalen Demokratie an ihr vorbestimmtes Ende gekommen sei. Die Ernüchterung über diese Illusion hat nicht lange auf sich warten lassen. Aber Fukuyama hatte ja mit seinem Wort vom „Ende der Geschichte“ nicht einer naiven Utopie vom ewigen Frieden unter den Völkern das Wort geredet, sondern nur der Grundidee einer Entwicklung der Menschheit zur Freiheit Ausdruck gegeben. Dieser Strang in der Geschichte der Menschheit seit dem Beginn der Moderne ist in der Tat nachzuvollziehen, zuerst eine geistig-seelische Befreiung aus den Doktrinen der Religion mit ihren Vorstellungen vom Leben nach dem Tod im Paradies oder in der Hölle, dann die physische Befreiung von der Leibeigenschaft und der Servilität gegenüber Herrschern von Gottes Gnaden und schließlich die Befreiung von den unmittelbaren Nöten der Existenz durch eine vom Kapitalismus angetriebene und vom Wohlfahrtsstaat gemäßigte Wirtschaftsentwicklung.

Aber nach den Errungenschaften der „Freiheit wovon“ wird deutlich, dass der Raum der „Freiheit wozu“ leer ist. Die Antwort des Kapitalismus, der in den liberalen Gesellschaften die Wertvorstellungen bestimmt, nämlich Konsum und Unterhaltung, ist offensichtlich ungenügend, zumal der Kapitalismus in seiner Spätphase an seine Grenzen stößt und das Versprechen steigenden Wohlstands für alle nicht erfüllen kann – im Gegenteil: die sozialen Spannungen verschärfen sich.

Es herrscht ein tiefes Gefühl der Verunsicherung, der Orientierungslosigkeit, in das der Populismus mit scheinbar einfachen Lösungen und Identifizierungen aus der Vergangenheit (Nation, Gemeinschaft der Gleichen u. a.) leicht eindringen kann. Es gibt ein Bedürfnis nach Rückversicherung in einer unübersichtlichen globalisierten Welt, ein Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit – aber auch ein Bedürfnis nach einem Weltbild, das dazu inspiriert, sich für und in der Gesellschaft zu engagieren.

Die politische Führungselite hat keine Vorstellung davon, wie die Zukunft der Gesellschaft aussehen soll. Sie hält sich entweder nicht für zuständig oder weiß keine Antwort auf die alles entscheidende Frage des Menschen: Was gibt unserem Leben Sinn. Oder noch dramatischer: Was ist es eigentlich, was uns als Menschen ausmacht? Eine Frage, die auch angesichts der Entwicklung künstlicher Intelligenz immer dringender wird.

Was ist das Ziel der Freiheit, die uns die liberale Demokratie errungen hat? Der unfreie Mensch des Mittelalters hatte eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens: Das Leben nach dem Tod.

Die freie Gesellschaft muss sich diesen Sinn selber schaffen, wir brauchen eine gesellschaftliche Moral, die über Konsum und Unterhaltung hinausreicht, ja, die über uns selbst hinausreicht. Diese Forderung wird schon lange erhoben, aber sie wird jetzt, in der Spätphase der Moderne, besonders dringlich.

Francis Fukuyama hat die Kritik an seinem Wort vom „Ende der Geschichte“ aufgegriffen und seine These in ei-

nem Buch „Das Ende der Geschichte und der letzte Mensch“ geschärft und erweitert. Er beschwört darin die Gefahr, dass die liberale Gesellschaft sich selbst zerstört oder besser gesagt sich aufgibt, indem sie erschläfft, zerfasert und die Menschen sich nur noch um ihre Privatinteressen kümmern.

Der Begriff des „Letzten Menschen“ ist eine Anlehnung an Friedrich Nietzsche aus der Vorrede seines Zarathustra, wo dieser zu den Menschen redet: „Es ist an der Zeit, dass der Mensch sich ein Ziel stecke. Es ist an der Zeit, dass der Mensch den Keim seiner höchsten Hoffnung pflanze.“ Die Antwort der Zuhörer: „Wir haben das Glück erfunden, sagen die letzten Menschen und blinzeln“.

Schon vor Nietzsche und weniger poetisch-philosophisch als politisch-praktisch hat dasselbe Problem Alexis de Tocqueville<sup>[1]</sup> in seinem Buch „Über die Demokratie in Amerika“ beschworen:

*„Wenn die Bürger fortfahren, sich immer enger in den Umkreis ihrer kleinen häuslichen Anliegen einzuschließen und darin ruhelos tätig zu sein, so ist zu befürchten, dass sie zuletzt unzugänglich werden für jene großen und mächtigen öffentlichen Erregungen, die die Völker verwirren, sie aber vorwärtstreiben und erneuern.....Ich bekenne, dass ich davor zittere, sie könnten schließlich so sehr in den Bann einer feigen Liebe zu Gegenwartsgenüssen geraten, dass sie sich weder um ihre Zukunft noch die ihrer Nachkommen kümmern und dass sie lieber weichlich dem Lauf ihres Schicksals folgen, als dass sie nötigenfalls eine rasche und entschlossene Anstrengung zu ihrer Besserung unternehmen.“*

So weit Toqueville. Diese Sätze klingen, als seien sie für unsere Zeit geschrieben: eine müde gewordene Gesellschaft, die mit sich und ihren Errungenschaften zufrieden ist und deren einzige Sorge darin besteht, dass sich an ihrem Wohlstand etwas ändern könnte. Die demokratischen Errungenschaften, denen sich nicht

zuletzt dieser Wohlstand verdankt, werden als selbstverständlicher Besitz betrachtet, um den man sich nicht weiter kümmern braucht. Das Engagement für die Gemeinschaft, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, ist in der Breite verschwindend gering. Der Egoismus wird – oder wurde zumindest vor dem Zusammenbruch der Träume vom immer wachsenden Wohlstand – geradezu als Tugend legitimiert, da doch das kombinierte Streben aller nach materiellen Gütern die Gesellschaft als Ganzes vorantreibt. „Greed is good“ (Gier ist gut) war einige Zeit in den USA ein keineswegs zynisch, sondern ernsthaft gemeinter Wahlspruch.

Diese Atmosphäre einer demokratischen Lethargie, man könnte auch sagen, eines demokratischen Nihilismus, ist der Nährboden für ein politisches Phänomen wie Trump (oder auch die AfD).

Man könnte nun einwenden, dass der Trumpismus ja nicht in der Mitte der Gesellschaft entstanden ist, sondern von dessen Rändern kommt, den Abgehängten oder sich abgehängt Fühlenden. Aber dieser Einwand hält genauerer Untersuchung nicht stand. Zum einen ist es zwar richtig, dass die Basis der Trump-Bewegung das sogenannte Prekariat oder wie die Amerikaner es brutal formulieren „the white trash“ ist, aber die Bewegung hat sich nur dadurch zu einer politischen Kraft von Bedeutung entwickeln können, dass sie aus dem bürgerlichen Establishment scharenweise Zulauf bekommen hat. Und das hängt mit dem zweiten entscheidenden Aspekt der Entstehung des Trumpismus zusammen: der Glaube an den Wert der Demokratie ist dabei, der Gesellschaft verloren zu gehen, teils ist es die Schuld unfähiger und verlogener Politiker, teils ist es in einer sich selbst verstärkenden Wechselwirkung die Lethargie und das Desinteresse der Bürger am politischen Prozess. Der demokratischen Gesellschaft fehlt es an einer sie tragenden Moral, die über das kapitalistische Wohlstandsversprechen hinausreicht, einer Moral, die neben dem Recht auf individuelle Selbstverwirklichung die Bereitschaft zum Einsatz für die Gemeinschaft einfordert. Wenn es unserer Gesellschaft nicht gelingt, sich aus der al-

leinigen Bindung an rein materielle Werte wie Wachstum, Effizienz, Gewinn, Produktivität zu befreien, sich von der unseligen Fokussierung auf das Geld zu lösen, wird sie den Weg aller Gesellschaften gehen, die ihren moralischen Halt verloren haben und nur noch die bestehende Ordnung, besser gesagt Unordnung zäh verteidigen. Sie werden untergehen. Die Trumps sind nicht die Verursacher dieses Untergangs, sie sind nur seine Begleiterscheinungen, sie bieten sich der demokratischen Gesellschaft als Totengräber an.



**Zum Autor**

Dr. Werner Peters



Jahrgang 1941, Studium der Altphilologie und Philosophie in Tübingen und Bonn. Nach der Promotion (1967) mehrjähriger Studienaufenthalt in den USA (mit Stationen an der Harvard

Universität und am amerikanischen Kongress). Ab 1970 in Deutschland als Politikberater tätig, seit 1984 Gründer und Betreiber des Künstlerhotels Chelsea in Köln. Gründer der Gruppe „Kölner Kommunitaristen“, aus der u. a. die Kölner Freiwilligen Agentur entstanden ist. Gründer und langjähriger Vorsitzender der Partei der Nichtwähler.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden vor allem zur Theorie und Praxis der Demokratie.

**Buchveröffentlichungen u. a.:**

»The Existential Runner – Über die Demokratie in Amerika« (1992) (in den USA 1996 unter dem Titel „Society on the Run – A European View of Life in America“ erschienen). »Rätsel Amerika – Warum Amerikaner ganz anders sind« (2007/2009), »GENEROSITÄT – Für einen aufgeklärten Egoismus« (2013)

<http://www.hotel-chelsea.de>



Online bei uns zu bestellen:

<http://shop.humane-wirtschaft.de>

oder per Bestellkarte hinten in dieser Ausgabe.

1 Alexis de Tocqueville (1805 - 1859) gilt als Begründer der Vergleichenden Politikwissenschaft. Mehr unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Alexis\\_de\\_Tocqueville](https://de.wikipedia.org/wiki/Alexis_de_Tocqueville)



# Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

## Leserbrief zum Artikel „Zu viel der Ehre“ von Pat Christ – HUMANE WIRTSCHAFT 06/2017

Im Artikel an dem bestimmt auch Herrn Batailles geistiges Erbe mitgewirkt hat, fällt öfters das Wort **Staatsaufgaben**.

### Staatsaufgaben!?

Was sind Staatsaufgaben? Wer ist denn überhaupt dieser Staat? Ist der Staat vielleicht der Bundestag? Oder sind es die Ministerien und Gremien? Es könnten auch die Parteien sein ... Ist der Staat dort zu suchen, wo die Macht sitzt? Bundesbank – Bundeswehr – Polizei – Industrieverbände – Gewerkschaften – Du und Ich – ist das alles „Der Staat“? Wenn ich Teil des Staates bin, dann sind alle Tätigkeiten die ich verrichte staatstragend bzw. – da sich ein Staat als lebendiges Gebilde in ständigem Wandel befindet, staatsformend. Ob ich ehrenamtlich, selbständig oder angestellt tätig bin, ob ich aus Hass Menschen verprügele, aus Liebe Kinder zeuge, mich aus Frust besaue oder in Glückseligkeit nichts tuend den Tag verbringe – ich erledige immer Staatsaufgaben!

Genauso wie die kleine Honigbiene ihre Staatsaufgaben erfüllt, bis sie, wenn alles gut geht, nach den ihr zugestandenen 8.000 Flugkilometern den Löffel abgibt. Und nebenbei bemerkt, unser Bienenstock ist die ganze Welt und das Universum unsere Heimat. Ich trage dieses Universum in mir. Und nicht nur das. Ich trage die Zukunft des Universums in mir. Jede meiner Entscheidungen formt diese Welt. Ist doch cool, oder??

*Andreas Wunderlich*

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

## Wir sagen hier erneut herzlich Dankeschön für Ihre Spende.

Gerne auch in Kryptowährung! (Ξther)

Wer Ether spenden möchte: 0,03 Ξ sind heute ca. 22,- € (21.2.2018)



Die Kontonummer (Etherbase) für den Förderverein-NWO e. V. lautet: **0x64bcAa91936413Ef2003d9743b06D71D31d9103f** oder einfach den oben abgebildeten Schnecko scannen.

### Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)9161 - 87 28 673 oder im Briefumschlag senden an:

**HUMANE WIRTSCHAFT**  
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel gegen Rechnung:

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
ggf. Kundennummer: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)9161 - 87 28 673 oder im Briefumschlag senden an:

**HUMANE WIRTSCHAFT**  
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a. d. Aisch

Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement gegen Rechnung

Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Kundennummer (falls vorhd.): \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_



# BUCHEMPFEHLUNGEN

**Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)**  
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,  
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)

Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

**Anmerkung des Verlags:** „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchge-

sehene Auflage aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjensburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<http://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

**Prof. Dr. Margrit Kennedy: „Geld ohne Zinsen und Inflation – Ein Tauschmittel, das jedem dient“**  
9. Auflage, 2006, Goldmann Taschenbuch, 272 Seiten, 7,95 €, ISBN 978-3-442-12341-4

Warum das Geld die Welt nicht nur „in Schwung hält“, sondern immer wieder Krisen verursacht. Wie z. B. die Schulden der Dritten Welt, Umweltprobleme und die Produktion von Waffen mit dem Zins zusammenhängen.

Margrit Kennedy weist auf einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler in unserem Finanzsystem hin. Sie erläutert auf anschauliche Weise, wie die Entwertung der Landeswährung, verursacht durch Inflation,

Zins und Zinseszins, das Fundament unserer Gesellschaft bedroht. Wie jeder Einzelne an der Reformierung des Geldsystems mitwirken kann, zeigen praktische Beispiele.

[http://shop.humane-wirtschaft.de/produkte\\_kennedy\\_geld\\_ohne\\_zinsen](http://shop.humane-wirtschaft.de/produkte_kennedy_geld_ohne_zinsen)

**Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“**  
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5

Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizi-

enzhäuser – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: [www.oekoroutine.de](http://www.oekoroutine.de)

Zu beziehen im Shop: [http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz\\_oekoroutine](http://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine)

**Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“**  
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6

Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruinös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

*»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«*

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: [http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann\\_G\\_G\\_G](http://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G)

**Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“** Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine ernstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

[http://shop.humane-wirtschaft.de/werner\\_peters\\_generositaet](http://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet)

## Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekte Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



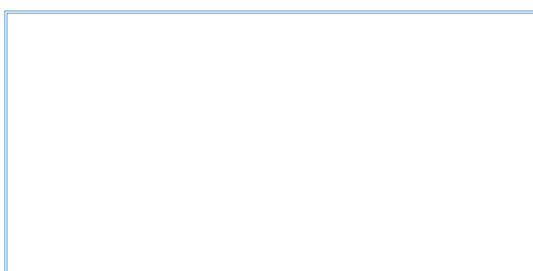
Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.  
*Eignet sich hervorragend zum Verschenken!*

D 6,50 EUR  
A 6,90 EUR  
CH 9,80 SFR  
0,009 ETH 4



# HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift



[www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de)



**1140-8-VM – Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom 2012“, korrigierte Auflage 2014, 484 Seiten, 16,80 €**

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf.

Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.



**1226-1-ME – Dirk Lohr, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Lohr et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, ISBN: 978-3-7316-1226-1 34,80 €**

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaublich geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriwelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.



**Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT**  
Einzelpreis 6,00 €

März/April	02/2017	0517-2-HW
Mai/Juni	03/2017	0517-3-HW
Juli/Aug.	04/2017	0517-4-HW
Sept./Okt.	05/2017	0517-5-HW
Nov./Dez.	06/2017	0517-6-HW
Jan./Feb.	01/2018	0518-1-HW
März/April	02/2018	0518-2-HW

Ältere Ausgaben auf Anfrage.

**Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT**



**Flyer Postkartenformat**, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €  
**Bestellnr.: 0911-1-HW**

**DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT**



**DIN-Lang Flyer**, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €  
**Bestellnr.: 0910-4-HW**

**Jahres-CD: 18,00 €** Alle Ausgaben eines Jahrgangs!  
**Verfügbar von 2010 bis 2017** – auch zum Download!

2016: 4016-0-HW

2017: 4017-0-HW



**Das Einsteigerpaket für Aussteiger**

Alle sechs Ausgaben aus 2017 in einer Baumwolltasche  
**24,95 €**



**Bestellnr.: 0617-0-HW**